

# Das Blättchen

Zweiwochenschrift für Politik, Kunst und Wirtschaft

Editorial .....	Kriegslieder
Jan Opal, Gniezno .....	An Kiews Seite
Wolfgang Hübner .....	Grenzenlose Anmaßung
Klaus Joachim Herrmann .....	Keine Blumen für die Panzer
Wolfgang Schwarz .....	Moskaus gordischer Knoten
Erhart Crome .....	Rückruf in die Geschichte
Stefan Pfüller .....	Bidens Bauernopfer
Herbert Bertsch .....	Zurück zu „Treu und Glauben“ – besser: neu beginnen?
Gottlieb Konrad Pfeffel .....	Die Stufenleiter
Detlef Jena .....	Wer war eigentlich Nikolai Kostomarow?
Mario Keßler .....	Todd Gitlins politisches Vermächtnis
Wolfgang Brauer .....	Zu den Wurzeln der Weltkultur
Alfons Markuske .....	Bismarck und sein Bankier
Stephan Wohanka .....	Moses 2.0 oder Die Singularität der Shoah
Reinhard Wengierek .....	Theaterberlin
Klaus Hammer .....	Leseerlebnisse bei Stefan Zweig
Ulrich Busch .....	Ostdeutschland seit 1989/90: Fotografische Zeugnisse
bebe .....	Medien-Mosaik
Thomas Behlert .....	DDR-Bildgeschichten und Nachwende-Comicstrips
Erhard Weinholz .....	Schreiben für den Sieg
Frank-Rainer Schurich .....	Der Fall Belle Gunness
Vor 90 Jahren: Leo Trotzki .....	Diktatur Brüning

25. Jahrgang (XXV)

N<sup>o</sup> 5

28. Februar 2022

Erscheint jeden zweiten Montag:

[www.das-blaettchen.de](http://www.das-blaettchen.de)

---

<b>Editorial: Kriegslieder</b> .....	1
<b>Jan Opal, Gniezno: An Kiews Seite</b> .....	2
<b>Wolfgang Hübner: Grenzenlose Anmaßung</b> .....	4
<b>Klaus Joachim Herrmann: Keine Blumen für die Panzer</b> .....	4
<b>Wolfgang Schwarz: Moskaus gordischer Knoten</b> .....	7
<b>Erhart Crome: Rückruf in die Geschichte</b> .....	9
<b>Stefan Pfüller: Bidens Bauernopfer</b> .....	11
<b>Herbert Bertsch: Zurück zu „Treu und Glauben“ – besser: neu beginnen?</b> .....	13
<b>Gottlieb Konrad Pfeffel: Die Stufenleiter</b> .....	16
<b>Detlef Jena: Wer war eigentlich Nikolai Kostomarow?</b> .....	16
<b>Mario Keßler: Todd Gitlins politisches Vermächtnis</b> .....	18
<b>Wolfgang Brauer: Zu den Wurzeln der Weltkultur</b> .....	19
<b>Alfons Markuske: Wieder gelesen: „Gold und Eisen. Bismarck und sein Bankier“</b> .....	22
<b>Stephan Wohanka: Moses 2.0 oder Die Singularität der Shoah</b> .....	24
<b>Reinhard Wengierek: Theaterberlin</b> .....	26
<b>Klaus Hammer: Leseerlebnisse bei Stefan Zweig</b> .....	28
<b>Ulrich Busch: Ostdeutschland seit 1989/90: Fotografische Zeugnisse</b> .....	30
<b>bebe: Medien-Mosaik</b> .....	31
<b>Thomas Behlert: DDR-Bildgeschichten und Nachwende-Comicstrips</b> .....	33
<b>Erhard Weinholz: Schreiben für den Sieg</b> .....	34
<b>Frank-Rainer Schurich: Der Fall Belle Guinness</b> .....	36
<b>Antworten</b> .....	37
<b>Bemerkungen</b> .....	39
<b>Vor 90 Jahren: Leo Trotzki: Diktatur Brüning</b> .....	42
<b>Impressum</b> .....	50

---

## Kriegslieder

Das Unvorstellbare, das Unfassbare ist geschehen: Seit dem Morgen des 24. Februar ist wieder Krieg in Europa. Ein Krieg, der bei weiterer Eskalation auch nuklear werden könnte. Ein Krieg, in dem ein Land zermahlen wird, dessen Politiker weiß Gott nicht die Engel auf Erden sind – aber es geht um ein Volk, das in den vergangenen 100 Jahren einen entsetzlichen Blutzoll zahlen musste. Erst unter Stalin, vor allem aber in jenem, von uns Deutschen angezettelten Krieg, in dem acht Millionen Ukrainer starben. Deren Kinder, Enkel und Urenkel wollen keinen Krieg.

Da gibt es ein Lied, das uns immer wieder die Tränen in die Augen trieb. Wer in der DDR aufwuchs, wird es kennen. Es wurde 1961, als der Kalte Krieg wieder einmal fast in einen „heißen“ umzuschlagen drohte, vom russischen Dichter Jewgeni Jewtuschenko geschrieben: „Meinst Du, die Russen wollen Krieg?“ Im Text heißt es: „Frag Mütter, die seit damals grau, / befrag doch bitte meine Frau. / Die Antwort in der Frage liegt: / [...] / meinst du, die Russen wollen Krieg?“

Gestern Abend – dieser Text hier wird am Morgen des zweiten Kriegstages geschrieben – stellten weinende Frauen auf den Straßen Kiews Reportern die Frage „Warum greift der uns an, warum bombardiert er uns? Was haben wir ihm denn getan.“ Nichts haben diese Frauen und deren Kinder „ihm“ getan. Die Führung seines Landes hat den Dichter zum Lügner gestempelt. Doch wir sind mit jenen Russen, die das nicht zulassen wollen.

Es ist Krieg. Und trotz des Dröhnens der Kanonenrohre und der Kampfhubschrauber über-tönen sich in Ländern, die (noch?) nicht unmittelbar davon betroffen sind, nicht zuletzt bei uns, die medialen Kampfschreiber und -redner in ihren Schuldzuweisungen an Moskau und im For-dern der größtmöglichen, möglichst ewig anhaltenden Strafmaßnahmen gegen den Aggressor. Dass sie damit Benzin in das Feuer blasen, sollte ihnen bewusst sein.

Ja, der Angreifer heißt Russland. Ja, Präsident Putin beging mit seinem Angriffsbefehl einen eklatanten Bruch des Völkerrechts. Daran ist nichts zu deuteln – und ihm ist durch die Völker-gemeinschaft Einhalt zu gebieten. Das legitimiert unseres Erachtens jedoch nicht ein noch laute-res Kriegsgeschrei durch den Westen. Es muss darüber gesprochen werden, wie wir aus diesem Krieg wieder herauskommen, bevor er seine derzeitigen regionalen Grenzen überschreitet.

Der Dichter Matthias Claudius schrieb 1779 sein „Kriegslied“: „s ist leider Krieg – und ich begehre / Nicht schuld daran zu sein!“ Nein, niemand begehrt schuld daran zu sein. Schuldig sind wir dennoch alle. Auch wir selbst. Wir haben immer wieder versucht, auf die Gefahren hinzuweisen. Wir haben die über Jahre eskalierende Politik von US-Administration und NATO immer wieder kritisiert und deren Gefahren offengelegt. Gelegentlich fiel auch bei uns mal ein kritisches Wort an die Adresse der russischen Politik. Gelegentlich und entschieden zu zaghaft. Auch wir haben versagt.

Nicht nur deshalb, aber auch deswegen, stellt sich dieses Heft ausdrücklich dem Thema „Krieg in der Ukraine“. „Kommt, reden wir zusammen / wer redet, ist nicht tot ...“, sagt Gott-fried Benn in „Kommt –“.

Noch kann man miteinander reden, noch ...

*Margit van Ham  
Wolfgang Brauer  
Detlef-Diethard Pries  
Wolfgang Schwarz (V.i.S.d.P.)*

---

---

## An Kiews Seite

*von Jan Opal, Gniezno*

Wladimir Putins feiger Krieg gegen die Ukraine stößt in Polen auf einhellige und entschiedene Ablehnung. Der Kreml-Herr ließ nun wahrwerden, was zuvor kraft haushoher militärischer Überlegenheit angedroht war. Dass er den Krieg vom Zaun brechen wird, war in Polen fast jedem klar. Anders als in Deutschland gab es da zuletzt keinerlei Illusionen – hierin waren sich alle politischen Lager erstaunlich einig. Und um zu beweisen, wie lebensnotwendig für Land und Leute die NATO-Mitgliedschaft ist, braucht es künftig keines weiteren Beweises mehr. Der Schulterschluss zu Litauen, Lettland und Estland wird ohnehin fester werden, vor allem in der nun gegen die russische Bedrohung gerichteten Verteidigungspolitik. Alle vier Länder sind am vergangenen Montag in Putins geschichtsphilosophischer Lehrstunde unmittelbar vor Beginn der Kriegshandlungen nicht von ungefähr ausdrücklich angezählt worden.

In seiner langen Rede hatte Putin auch die Mitte des 17. Jahrhunderts gesondert herausgegrif-fen, als sich die Kosaken am Dnestr von der polnisch-litauischen Union ab- und dem Moskauer Zarentum zugewandt hatten. Damit begann tatsächlich der lange Zyklus des Aufstiegs der Za-renmacht zur unumstrittenen Herrschaft zunächst über die Weiten Russlands und schließlich zur erstangigen europäischen Macht, die nach den Entscheidungen auf dem Wiener Kongress von 1815 zu einer Feste für die politische Reaktion in großen Teilen Europas wurde. Marx und Engels waren 1863/64 glühende Anhänger des schließlich vergeblichen polnischen Nationalauf-stands, weil sie gehofft hatten, so den schädlichen Einfluss Zarenrusslands auf gesellschaftliche Prozesse in Mitteleuropas brechen zu können. Am Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte Rosa Luxemburg das Konzept eines engen Schulterschlusses zwischen der westeuropäischen und der

jungen, allerdings immer stärker werdenden russischen Arbeiterbewegung. Die Feuertaufe erlebte diese Hoffnung in der Revolution 1905/06, als Arbeitermassen in den Industriezentren Polens und Russlands gleichermaßen für politische Freiheit kämpften und die Zarenherrschaft fast zum Einsturz brachten. Europas gesamte Geschichte wäre bei einem Sieg der Arbeiterrevolution fürderhin anders verlaufen, so aber blieb sie im Osteil des Kontinents noch für lange Zeit im Schatten der Zarenspur.

Noch Ende 1918 sprach Rosa Luxemburg davon, dass der Revolutionsprozess in Russland nur die Fortsetzung von 1905/06 sei, was damals begonnen habe, werde nun zu Ende geführt. Sie irrte sich gewaltig, denn der Brückenschlag nach Westeuropa, der über die Industriezentren Polens lief, war längst verlorengegangen. Einst hatte Rosa Luxemburg die russischen Kampfgenossen selber davor gewarnt, im Alleingang zu versuchen, das Zarentum zu stürzen und dessen tiefsitzendes Erbe auszumerzen. Die Entwicklungen in den Folgejahren bis hin zu dem unheilvollen Stalinschen Konzept vom Aufbau des Sozialismus in nur einem Land hatten noch einmal bewiesen, wie richtig sie mit ihrer Warnung lag. Es war die unheimliche Wiederkehr des Zarentums in anderen – jetzt roten Farben.

Putin lässt seit langem kein gutes Haar mehr an der Sowjetunion, hat mit wenigen Federstrichen die Zeit von Glasnost und Perestroika jetzt von seinem Redetisch gefegt. Diese Schlusstappe in der Geschichte der Sowjetunion war der wiederum vergebliche Versuch gewesen, mit der Entstalinisierung ernst zu machen, also einer demokratisch-sozialistischen Perspektive den späten Weg zu ebnen – mit voller politischer Freiheit. In all der Ratlosigkeit im Zerfallsprozess der Sowjetunion einigten sich die verschiedenen Führungsleute hier und dort, also auch in Russland selbst, auf den einen, für den Weltfrieden außerordentlich wichtigen Grundsatz: Wir trennen uns entlang der bestehenden Grenzen der einzelnen Sowjetrepubliken – ohne Gebietsansprüche und ohne Bevölkerungsaustausch.

Die Geschichte seither ist bekannt. Russland bekam mit Putins Machtantritt schließlich eine gelenkte Demokratie verordnet, die wiederum ganz offen den anderswo herrschenden Standards politischer Freiheit widersprach. Vielerorts wurde sie erklärt oder verklärt als ein spezifischer moderner Ausdruck russischer Zivilisation, die eben anders sei als die Zivilisation im Westen. Zugleich begann Putin das Konzept zu entwickeln, dass Russland in einer besonderen Verantwortung stehe für alle Russinnen und Russen, die nun außerhalb der Russländischen Föderation lebten. Das hat verständliche Seiten, so die Sorge bei offenkundiger Diskriminierung wegen Sprache, Herkunft und so weiter. Doch aus dem Fluch über den Zerfall der Sowjetunion, der machtpolitisch betrachtet ja auch ein empfindliches Zurückdrängen Russlands aus bisherigen geographischen Positionen bedeutete, wurde zunehmend ein böser Fluch für Russland selbst.

Die Entwicklungen in Georgien im Sommer 2008, auf der Krim und im Donbass im März 2014 verweisen bereits auf den schlimmen, mit nichts zu rechtfertigenden Irrweg zum jetzigen Krieg. Der Verlust an politischer, vor allem machtpolitischer Bindungskraft gegenüber großen Teilen der ehemaligen Sowjetunion wird ausgeglichen mit purem militärischen Machtspiel, weil dort tatsächlich niemand weit und breit Moskau Paroli bieten könnte. Die offenkundige Demütigung, als Macht mit Anspruch auf Weltgeltung an seiner südwestlichen Flanke peinliche Staatsgebilde unterhalten zu müssen, die ansonsten kaum jemand anerkennt, ist nun zum Platzen gekommen. Statt fleißig weitere Kleinstaaten einzusammeln, hat Putin nun entschieden, gleich die ganze ihm verhasste Ukraine einzunehmen. Die Welt ist jetzt eindringlich gewarnt – es ist die erschreckende Wiederkehr alter Großmachtpolitik aus Zaren- und Sowjetzeiten in anderer Färbung.

Der 24. Februar 2022 wird, auch wenn Putin und seine Leute zeitweise triumphieren sollten, als ein rabenschwarzer Tag in die Geschichte Russlands eingehen.

*Geschrieben am Tag des Überfalls, am 24. Februar 2022.*

---

# Grenzenlose Anmaßung

von Wolfgang Hübner

Passiert das jetzt wirklich? Viele Menschen werden sich das ungläubig gefragt haben, als sie die ersten Nachrichten über den Angriff Russlands gegen die Ukraine gehört haben. Die russische Armee beschießt militärische Ziele in der Ukraine, auch im Westen des Landes, weit entfernt vom Donbass. Russische Einheiten überschreiten die Grenze. Es ist eine grenzenlose Anmaßung. Alles, was man bis vor Kurzem noch für Übertreibung halten mochte, trifft jetzt ein. Präsident Wladimir Putin gab den Angriffsbefehl, und offenbar läuft das Ganze – von der Anerkennung der Donbass-Republiken über deren Hilferuf bis zum Einmarsch – nach einem gut vorbereiteten Plan.

Das Kriegsgeschrei war schon in den letzten Tagen ohrenbetäubend. Die Ukraine begehe einen Genozid an den Menschen in den Donbass-Republiken, behauptete Putin. Wenn Deutschland keine Waffen an die Ukraine liefere, werde es mitschuldig an der Ermordung Hunderttausender Ukrainer, konterte Kiews Botschafter in Berlin. Das ist die Sprache der Scharfmacher – ob sie nun russisch oder ukrainisch reden.

Der Westen hat sich höchstens halbherzig der russischen Sicht auf den stetig gewachsenen Konflikt zugewandt. Eine Verständigung wäre möglich gewesen – vor Jahren. Das ändert allerdings nichts daran, dass Putin sich jetzt im Bewusstsein seiner militärischen Macht außerhalb des Völkerrechts stellt. Russland wolle mit einer „speziellen Militäroperation“ die Ukraine demilitarisieren und denazifizieren. Ungeachtet aller problematischen Entwicklungen in der Ukraine: was für eine Doppelzüngigkeit eines Präsidenten, der im eigenen Land die Antifa schikaniert und sich im Kreis der verbündeten Parteien die rechtsextreme Schirinowski-Truppe leistet. Und was für eine unglaubliche Hybris. Sie passt genau in die Sicht, die Ukraine sei nur russisches Einflussgebiet, die Putin schon am Montag dargelegt hatte – in einer Rede, die der Prolog zur Kriegserklärung war. Die volle Solidarität gilt allen Opfern und Betroffenen dieses Krieges. Sie gilt nicht jenen, die den Krieg forcieren, egal auf welcher Seite.

Russische Panzer und Soldaten haben in einem Nachbarland nichts zu suchen. Während Putin der Ukraine vorwirft, faktisch eine US-Kolonie zu sein, benimmt er sich selbst jetzt kaum anders: Er will diktieren, was in der Ukraine zu geschehen hat. Auf lange Sicht blockiert Russland mit seinem Angriffskrieg alle Versuche, den Konflikt friedlich-diplomatisch zu lösen, und verprellt damit auch viele, die den Ruf Russlands nach Akzeptanz seiner Sicherheitsinteressen unterstützen.

Wer indessen jetzt, wie der Grünen-Politiker Robert Habeck, diesen Krieg als etwas bezeichnet, was man seit Jahrzehnten in Europa nicht gesehen habe, beweist ein kurzes Gedächtnis. 1999 ging die Nato – gebilligt von der rot-grünen Bundesregierung – mit Luftangriffen auf Jugoslawien los, um die Unabhängigkeitskrieger in Kosovo zu unterstützen. Die westliche Wertegemeinschaft hat sich damals das Völkerrecht zurechtgebogen. Auf dieses Muster bezieht sich Moskau seitdem. Was die eine Großmacht darf, will sich die andere auch erlauben.

nd, 26.02.2022. *Übernahme mit freundlicher Genehmigung des Autors und des Verlages.*

---

## Keine Blumen für die Panzer

von Klaus Joachim Herrmann

*Wenn du in den Krieg ziehst, bereite zwei Särge vor:  
Für den Feind und, nur für den Fall,  
für dich selbst.*

*Russisches Sprichwort*

Ein Berliner Grundschüler schreibt – wie in dieser Klasse auch an anderen Tagen üblich – an jenem Donnerstag das Datum an die Tafel: „24. 2. 2022“. Darunter setzt er jedoch „Beginn des 3. Weltkrieges“. Panikmache? Entsetzen war wohl die häufigste Reaktion auf den russischen Angriff auf die Ukraine. Wir erleben ein in seinen Folgen unabsehbares völliges Versagen von Politik und Diplomatie. Einen Krieg zwischen Russland und der Ukraine hat man ebenso wenig für möglich gehalten wie den Fall der Mauer oder gar den Zusammenbruch der Sowjetunion.

„Trauer und Scham“ bekennt Dmitri Muratow, Chefredakteur der *Nowaja Gadjeta*. „Unser Land hat auf Befehl von Präsident Putin einen Krieg mit der Ukraine begonnen“, sagt der Friedensnobelpreisträger. In seinen Händen halte der Oberbefehlshaber den „Nuklearknopf“, der wie der Schlüsselanhänger eines teuren Autos aussehe. „Ist der nächste Schritt eine nukleare Salve?“ Seine Zeitung erscheine an diesem Tag in Ukrainisch und Russisch. „Denn wir erkennen die Ukraine nicht als Feind und das Ukrainische nicht als feindliche Sprache an.“

Der Segen der Kirche bleibt aus. „Es ist ein Unglück geschehen“, klagt Metropolit Onufry von Kiew und der ganzen Ukraine, Oberhaupt der ukrainisch-orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats. „In tiefem Schmerz“ erinnert Kirill, Patriarch von Moskau und ganz Russland, das russische und das ukrainische Volk verbinde eine jahrhundertalte Geschichte. Diese gehe auf die Taufe Russlands durch den heiligen Fürsten Wladimir zurück. „Ich glaube, dass diese von Gott geschenkte Gemeinschaft dazu beitragen wird, die Spaltungen und Widersprüche zu überwinden, die zu dem gegenwärtigen Konflikt geführt haben.“

Zum Auftakt der Sitzung des Sicherheitsrates bekennt der UN-Generalsekretär, der Tag sei voller Gerüchte und Hinweisen auf eine Offensive gegen die Ukraine gewesen. Aber er habe nicht daran geglaubt, sei überzeugt gewesen, dass nichts Ernstes geschehen werde. „Ich habe mich geirrt“, räumt António Guterres ein. Wir alle konnten dem Truppenaufmarsch an den Grenzen zusehen. Aber jetzt erst, da der Überfall erfolgt ist, erweist sich das Undenkbare als denkbar.

Auch ich hatte es zunächst nicht glauben wollen und erinnere mich einer Autofahrt als Korrespondent Anfang der 90er aus Moskau in den Urlaub nach Berlin. An der ukrainischen Grenze wird die Auflösung der Sowjetunion sichtbar: Ein Tisch am Straßenrand, Grenzer spielen Karten, winken uns durch. Keine weiße, schon gar keine dicke rote Linie oder gar Panzersperren. Damals lud uns der Partner im Moskauer Außenministerium noch auf seine Datscha ein. „Das ist nicht so weit, die liegt aber schon in der Ukraine.“

„Meinst Du, die Russen wollen...?“ – das Nein auf die Frage im Gedicht von Jewgeni Jewtschenko, ob die Russen Krieg wollen, gehörte in der DDR zum Erbgut. Über deren Untergang sowie die Kriege in Afghanistan und Tschetschenien erstaunlich hinaus. Aber jetzt? Vertrauen ist zerstört. Wer stets noch um Verständnis für Russland bemüht war und es damit nicht immer leicht hatte, wurde böse überrascht. Wie viel Freunde sich nun abwenden, lässt sich nicht einmal ahnen. Ende der Gewissheiten. Alles scheint möglich. „Die russischen Panzer werden nicht mit Blumen begrüßt“, bestätigt der Kommandeur des Bataillons „Wostok“ vor dem Angriff auf Mariupol. „Die Menschen sind verängstigt, sie verstehen nicht, was vor sich geht. Das Auftauchen der russischen Armee hat sie schockiert.“

„Die Zukunft Russlands wird im Feuer dieses Krieges verbrennen, und es wird für lange Zeit zu einem Schurkenstaat in der Welt werden“, orakelt bitter der Petersburger Jabloko-Abgeordnete Boris Wischnewski. „Dieser fatale Schritt führt zu enormen Verlusten an Menschenleben und untergräbt die Grundlagen des etablierten Systems der internationalen Sicherheit“, schreiben in einem Offenen Brief hunderte russische Wissenschaftler und Wissenschaftsjournalisten. „Die Verantwortung für die Entfesselung eines neuen Krieges in Europa liegt allein bei Russland.“

Mit einem „Kurzen Abriss der Geschichte für die Tik-Tok-Kinder“ hält die *Komsomolskaja Prawda* dagegen: „2014 stürzten vom Westen finanzierte nationalistische Gangstergruppen in der Ukraine gewaltsam den ukrainischen Präsidenten. Sie ergriffen die Macht unter dem Motto: Für alles, was gut ist, gegen alles, was russisch ist. Sie haben die russische Sprache verboten. Die russischsprachige Bevölkerung in der Ostukraine rebellierte gegen die Nazis, weil sie nicht Ukrainisch sprechen und mit Russland verfeindet sein wollte. Daraufhin brach ein Krieg aus.“ Russland habe lange gezögert „unsere“ zu helfen und sich am 24. Februar endlich entschieden: „Direkte Online-Übertragung *kp.ru*“.

In seiner Ansprache an die Nation versuchte Wladimir Putin Erklärungen: „Dies ist eine Frage von Leben und Tod, eine Frage unserer historischen Zukunft als Nation. Die Bedrohung geht vom ukrainischen Territorium aus, das ‚russlandfeindlich‘ geworden ist und unter vollständiger äußerer Kontrolle steht.“ Was dem Westen recht ist, kann Russland billig sein, so die fatale Logik des Chefs im Kreml. Das Völkerrecht habe der Westen durch die Bombardierung von Belgrad, Libyen, Irak und Syrien mit Aggression und Einmischung ja auch gebrochen. Die Übernahme der Krim erfolgte nach russischer Lesart unter Berufung auf eine Volksabstimmung und den Westen – der habe mit dem NATO-Krieg auf dem Balkan und der Abtrennung des Kosovo von Serbien das Beispiel gegeben.

Der Westen müsse immer mehr Druck ausüben und zugleich den Dialog erhalten, lautete das gängige Allheilmittel für die Krise. Aber wahrlich nicht alles, was der Westen tat, war wohlgeant. Versäumt wurden im Überschwang des Triumphes im Kalten Krieg und auf dem Kiewer Majdan tragfähige Lösungen für die Zukunft. Die Ukraine als Brücke zwischen Ost und West zum Beispiel. Niemals ernst genommen wurden Moskauer Besorgnisse. Das ignorierte seinerseits arrogant den Präsidenten des slawischen Nachbarn. Dabei hat Wolodymyr Selenskyj deutliche Zeichen gesendet: seine erste Pressekonferenz zur Hälfte demonstrativ in russischer Sprache gehörte dazu.

Wenn Forderungen wie nach Sicherheitsgarantien und dem Ende der NATO-Osterweiterung schon vor der Verhandlung als unerfüllbar und unsinnig abgetan werden, kommt niemand weit. Maximalforderungen wie ein NATO-Rückzug auf die Positionen von 1997 wiederum laden zur Zurückweisung ein. Zwischendurch schmeißt man sich seine Diplomaten gegenseitig raus. Sanktionen gebe es sowieso, Gründe fänden sich immer, hatte Putin kürzlich fast nebenbei vermerkt. Der Publizist Konstantin Remtschukow kommentierte, „das kann auch ein Auslöser für manche Entscheidungen sein.“ Im Kreml wurden Emissäre höchster Ränge zu Gesprächen empfangen, als die Marschbefehle offenbar schon längst bereit lagen.

Я больше ни с кем не спорю, Правда у всех своя... Кому-то и лужа — море... , schreibt die russische Poetin Swetlana Tschekulowa. „Ich streite mit niemandem mehr, / Jeder hat seine eigene Wahrheit... / Des einen Teich ist dem anderen ein Meer...“

Die Moderatorin Tatjana Lasarewa berichtet: „Die Ukrainer schreiben: ‚Sagt den Russen, dass wir gegen den Krieg sind‘. Die Russen schreiben: ‚Sagt allen Ukrainern, dass wir gegen den Krieg sind‘.“ Noch gebe es keine Mobilisierung, beruhigen uns Moskauer Freunde. Doch sei es „schrecklich, dass anstelle von Stimmen Schüsse und Explosionen zu hören sind“. Aber niemand im Westen oder in Amerika habe über den ständigen Beschuss des Donbass und den Tod von Zivilisten gesprochen. „Lasst uns friedlich leben, lasst uns arbeiten, lasst uns gleichen Handel treiben! Nein, sie wollen uns wieder in die Knie zwingen, wie unter Jelzin.“ Der Künstler Dmitri Shagin erinnert, dass jeder zweite Mensch in Russland ukrainische Wurzeln habe. „Deshalb denke ich, dass wir uns selbst umbringen, wenn wir die Ukrainer töten.“

Die russische Kriegskasse ist prall gefüllt, das spricht für Planung. Nach Einschätzung von Experten hatte Russland im Januar 2022 Reserven von rund 630 Milliarden US-Dollar, davon 498 Milliarden US-Dollar Devisen und für 132 Milliarden US-Dollar Gold. Damit könnte das Land wohl zwei Jahre scharfer Restriktionen gut überstehen. Wäre solcher Reichtum nicht bessere Verwendung wert – Modernisierung der Wirtschaft, Ausbau der Infrastruktur, Anhebung der Gehälter, Renten, Sozialleistungen? Ein attraktives Russland hätte allemal größere Anziehungskraft als ein kriegerisches.

Was soll mit dem Waffengang erreicht werden? Doch wohl mehr als die Sicherung der abgespaltenen Gebiete, also die ganze Ukraine? Wer in ein solches Abenteuer hineingeht, sollte wieder hinaus finden können. Das hat sich schon beim demütigenden sowjetischen Abmarsch aus Afghanistan tragisch erwiesen. Die Flucht der US-geführten Westallianz aus Kabul sah nicht besser aus. Aber wie soll der Sieg aussehen? Ein Marionettenregime, anhaltende Besetzung gegen aktiven und passiven Widerstand der Bevölkerung? Die Welt protestiert, und die NATO rückt derweil zusammen und weiter vor. Die Wehretats werden steigen. US-Präsident Joe Biden versenkt freudig Nord Stream 2 und verschifft künftig sein Frackinggas nach Deutschland. Das alles kann der Kreml nicht wollen.

Direkte Auswirkungen auf die russische Innenpolitik sieht die *Njesawissimaja Gasjeta*. So komme ein „Wechsel von Putin an der Spitze des Landes unter diesen Umständen nicht in Frage“. Schließlich lasse ein „verantwortungsvoller Politiker sein Volk nicht im Stich, wenn das Land von Feinden und Russenhassern, Sanktionen und Erpressung umgeben ist“. Dessen belarussischer Sportsfreund Alexander Lukaschenko hat das mit dem ihm eigenen Zartgefühl als brutaler Alleinherrscher schon verkündet: „Wenn ihr uns weiterhin so angreift wie im Jahr 2020, werde ich für immer Präsident sein!“

---

## Moskaus gordischer Knoten

von Wolfgang Schwarz

*Wer einen Krieg beginnt,  
sollte niemals glauben,  
er könne dessen Entartung  
und Konsequenzen kontrollieren.*

Paul Kennedy

Als Moskau den USA und der NATO am 15. Dezember 2021 Vertragsentwürfe mit sicherheitspolitischen Forderungen (siehe *Blättchen 4/2022*) unterbreitet hat, mit deren Annahme es nicht im Ernst rechnen konnte, und dies mit dem ultimativen Verlangen verband, darüber nicht zu verhandeln, sondern die Dokumente gefälligst zu unterzeichnen, mag mancher sich gefragt haben: Und wenn das nicht klappt, was ist dann Putins Plan B?

Die implizite Ablehnung der russischen Forderungen durch USA und NATO erfolgte mit der Übergabe von deren schriftlichen Antworten an Moskau Ende Januar.

Und über „Putins Plan B“ muss seit dem Abend des 21. Februar 2022 nicht mehr gerätselt werden: Russland hat die von der Ukraine abtrünnigen „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk völkerrechtlich anerkannt, mit ihnen im gleichen Atemzug Freundschafts- und Hilfsabkommen abgeschlossen, und der russische Präsident konnte ab sofort reguläre russische Streitkräfte anweisen, in beide Gebiete als „Friedenstruppen“ einzurücken.

Wer jetzt überdies annimmt, dass es gar keines Planes B bedurfte, weil das aktuelle russische Vorgehen Plan A war, für den die Ablehnung der Forderungen vom 15. Dezember 2021 nur das Vorspiel zu liefern hatte, der dürfte ziemlich richtig liegen. Vorgeführt werden sollte lediglich nochmals, dass der Westen nicht bereit ist, berechtigten russischen Sicherheitsinteressen Rechnung zu tragen. Darüber hinaus dürfte sich Moskau in den vergangenen Wochen in dieser Annahme mehrfach bestätigt gesehen haben – nicht zuletzt durch die diplomatischen Intermezzi des französischen Präsidenten Emmanuel Macron und des deutschen Bundeskanzlers Olaf Scholz in Moskau, bei denen zwar stundenlang miteinander geredet wurde, jedoch ohne dass sich für Moskau Veranlassung zu der Erwartung ergeben hätte, die beiden Teilnehmer am sogenannten Normandie-Format könnten nun doch noch beginnen, auf Kiew ernsthaft Druck dahingehend auszuüben, seinen Verpflichtungen aus dem Minsk-II-Abkommen endlich nachzukommen und dem mit diesem Abkommen intendierten Friedensprozess in der Ostukraine Leben einzuhauchen. Andere westliche Akteure wie US-Präsident Joe Biden oder die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg ganz zu schweigen, hatten überhaupt nur noch Drohungen an die Adresse Moskaus auf Lager.

Nun hat Russland also die georgische Option gewählt, die der russische Sicherheitsexperte Dmitri Trenin in der vorangegangenen Ausgabe dieses Magazins als akute Gefahr ausdrücklich ausgeschlossen hatte. Allerdings war Trenins Blick dabei nur auf den Ausbruch des russisch-georgischen Krieges vom August 2008 gerichtet. Seinerzeit hatte der damalige georgische Präsident Micheil Saakaschwili das Geraune seiner US-amerikanischen Berater offensichtlich



missdeutet und in der Erwartung, die USA würden im Falle des Falles militärisch zu Hilfe eilen, seine Armee in Marsch gesetzt, um die abtrünnigen Gebiete Abchasien und Südossetien zurückzugewinnen. Moskau vereitelte dies bekanntlich mit überlegenen Truppen, und die USA blieben fern. Danach sprach Moskau die völkerrechtliche Anerkennung beider Gebiete als unabhängige Staaten aus und stationierte dort dauerhaft militärische Kräfte. Seither ruht der Konflikt, und der von der NATO am 3. April 2008 auf ihrem Gipfel in Bukarest gefasste Beschluss, Georgien (und die Ukraine) würde Mitglied des Paktes werden, ist auf unabsehbare Zeit Makulatur.

Recht hatte Trenin mit seiner Meinung trotzdem, denn nachdem die USA, die NATO und gesondert auch einzelne Paktstaaten in den vergangenen Wochen wiederholt erklärt hatten, im Falle eines militärischen Einmarsches Russlands die Ukraine nicht mit westlichen Streitkräften unterstützen zu wollen, war mit einem massiven militärischen Vorgehen gegen Donezk und Luhansk vor der Hand nicht mehr zu rechnen. Das hätte der Diplomatie Zeit verschaffen können, die Russland durch sein aktuelles völkerrechtswidriges Vorgehen zu nutzen jetzt ausgeschlagen hat.

Dass davon die westlich dominierte europäische Sicherheitsarchitektur, wie sie durch die mittlerweile fünf NATO-Osterweiterungen, unter Ausgrenzung Russlands, aber längst bis in dessen unmittelbares Vorfeld seit den 1990er Jahren errichtet worden ist, negativ tangiert würde, darf bezweifelt werden. Das Gegenteil wird der Fall sein. Und wenn etwa in Finnland oder Schweden die Kräfte Auftrieb gewinnen, die sich am liebsten ganz unter den „Schutzschirm“ der NATO begäben, spätestens dann wird auch keine georgische Option mehr zur Verfügung stehen. Ganz davon abgesehen, dass die jetzige Entwicklung Wasser auf die Mühlen all jener Kräfte im Westen ist, die Russland auf Dauer in der Rolle des Feindes sehen und aus Europa ausgegliedert halten wollen beziehungsweise grundsätzlich die Meinung vertreten, eine gesamteuropäische Friedensordnung unter Einschluss Russlands sei bestenfalls eine hirnlose Illusion.

Sollte der russische Präsident, dem ein gewisser Machismo in früheren Jahren nicht gänzlich fremd gewesen zu sein schien, sich jetzt wie Alexander der Große nach dem Zerhauen des Gordischen Knotens fühlen, dann dürfte er schief gewickelt sein. Denn wenn der Russland-USA-NATO-EU-Ukraine-Konflikt nicht bisher schon ein solcher Knoten war, dann ist er es jetzt ganz bestimmt.

Im Übrigen mag Russland die gegenwärtige Zuspitzung der Lage zwar als reaktiv im Hinblick auf jahrzehntelange Zurücksetzung durch den Westen empfinden, es hat sie gleichwohl selbst losgetreten. Und dass Putin dies noch dazu als einen geeigneten Moment empfand, die von keinem Experten, nirgendwo, bezweifelte Einsatzbereitschaft der ballistischen Kernwaffeneinsatzmittel Russlands durch entsprechende Teststarts praktisch unter Beweis zu stellen, ist Krisenmanagement nach Art von Hasardeuren und erinnert fatal an das bekannte Bonmot, dass man auch Selbstmord aus Angst vor dem Tode begehen kann.

Sollte die jetzige Zuspitzung des Konfliktes weiter eskalieren, bis hin zu einem Großkrieg mit der Gefahr, nuklear zu werden, dann braucht sich anschließend wahrscheinlich niemand mehr solche oder ähnliche Gedanken zu machen. Und dann wäre das Ende des Kalten Krieges 1989/90 – grausamer Zynismus der Geschichte – keine welthistorische Zäsur gewesen, sondern nur das, was man im Drama das retardierende Moment nennt. Die Entwicklung scheint sich zum Guten zu drehen, nur damit die nachfolgende Katastrophe mit umso größerer Wucht niederfahren kann.

\*

In seinem *Morning Briefing* vom 22. Februar 2022 vermerkte Gabor Steingart, Ex-Chefredakteur sowie -Herausgeber des *Handelsblattes* und inzwischen selbstständiger Nachrichten-Unternehmer: „Die Spirale der Aggression beschleunigt sich. Alle Beteiligten verhalten sich unvernünftig, aber rollengerecht. Ein Feuerwerk der Gewalt und der Empörung wurde [...] gezündet. Die Vernunft scheint auf irgendeiner Sanktionsliste zu stehen. Für sie ist im Moment kein Durchkommen.“

Und doch hatte Steingart eine Stimme der Vernunft parat – Horst Teltschik, Kohls außen- und sicherheitspolitischen Chefberater aus der Endzeit des Kalten Krieges: „Der Westen sollte

jetzt dringend Verhandlungen über die Abrüstung und die Rüstungskontrolle führen. Und dann würde ich wieder folgenden Punkt auf die Tagesordnung setzen: eine gesamteuropäische Freihandelszone.“

Steingarts Kommentar: „Einer wie Horst Teltschik zieht nicht in den Propagandakrieg, sondern hört zu, wägt ab und benennt Alternativen – Alternativen zum Krieg.“

Allerdings hat die Stimme der Vernunft bekanntermaßen immer nur so lange eine Chance, wie die Waffen noch schweigen. Auch diese Erfahrung hat der russische Präsident mit dem Beginn der militärischen „Sonderoperation“ gegen die Ukraine in den frühen Morgenstunden des 24. Februar 2022 leider in den Wind geschlagen.

Das hat, soviel kann jetzt schon gesagt werden, den Predigern von noch mehr Konfrontation und Aufrüstung im Westen gewaltigen Auftrieb beschert.

Sollte der Krieg rasch beendet werden können, wird eine Eiszeit im Verhältnis zu Russland folgen. Sollte der militärische Konflikt sich jedoch hinziehen, eventuell mit einem Guerillakrieg ähnlich jenem nach dem sowjetischen Überfall auf Afghanistan, dann könnte sich daraus noch sehr viel mehr entwickeln ...

*Abgeschlossen am 26. Februar 2022, 10:30 Uhr.*

---

## Rückruf in die Geschichte

*von Erhard Crome*

Meine Großmutter mütterlicherseits stammte aus einer Mennonitenfamilie, die nach dem Gründerkrach 1873 nach Russland ausgewandert war. Sie wurde in der Ukraine in einer wohlhabenden Unternehmerfamilie geboren. Die dort lebenden Deutschen trugen dazu bei, die Modernisierung und Industrialisierung Russlands voranzubringen. Am 2. August 1914, einen Tag nach der Kriegserklärung Deutschlands gegen Russland, wurden sie – wie alle mit „reichsdeutschem“ Pass – enteignet, mussten innerhalb von zwei Stunden ihr Haus verlassen und durften nur maximal 20 Kilogramm Gepäck mitnehmen; die Enteignungen hatten die Bolschewiki nicht erfunden, sondern nur gegenüber „eigenen“ russischen Privateigentümern fortgesetzt, was der vorherige Staat begonnen hatte. Die Familie war dann in Baschkirien interniert. Dort flohen sie nach der Revolution und kamen 1920 in Deutschland an.

Daran musste ich denken, als die Nachrichten immer weitere „Sanktionen“ des Westens gegen Russland vermeldeten. Der britisch-amerikanische Historiker Adam Tooze hatte bereits im Januar betont, Russland habe nicht nur militärisch Gewicht in der Welt, sondern sei als „strategischer Petrostaat“ ein viel zu großer Teil der globalen Energiemärkte, als dass Sanktionen „nach iranischem Vorbild möglich wären“. Russland verfüge über die viertgrößten Devisenreserven der Welt, was Putin „strategische Handlungsfreiheit“ gebe.

In einem militärischen Krieg ist in der Regel Bewegung. Im Sanktionskrieg dagegen kann jedes Mittel nur einmal eingesetzt werden, dann ist es verbraucht: „Nordstream 2“ kann nur einmal abgesagt werden, dann nie wieder. Zudem hatte Russland daran bisher nichts verdient, kein Gas ist dort durchgeflossen; Russlands Devisenpolster ist ohne diese Leitung angelegt worden, trifft das Land also nicht aktuell.

Hinzu kommt: Russland ist Meister in der „Retorsion“, wie es im Völkerrecht heißt: Weist du zwei meiner Diplomaten aus, weise ich zwei deiner Diplomaten aus. Wenn der Westen lange genug an der Sanktionsschraube dreht, gar Eigentum russischer Bürger im Westen konfisziert, fällt der russische Blick auf das westliche Eigentum in Russland. Dann sind wir wieder im August 1914. Allerdings hatte nach Angaben der Deutschen Bundesbank der Bestand russischer Investitionen in Deutschland 2021 einen Wert von 2,6 Milliarden Euro, der der deutschen Investitionen in Russland 23,7 Milliarden Euro. Vielleicht ist aber die Reduzierung deutscher Auslandsinve-

stionen hinterhältiger Zweck US-amerikanischer Sanktionspolitik. Nur scheint das in Deutschland außer dem Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft niemand zu begreifen.

Der Westen will aus der Geschichte nichts lernen, Wladimir Putin dagegen übt sich im Beschwören des Rückrufs in die Geschichte. Seine Rede an die Nation am 21. Februar zielte weiter, als „nur“ auf die Anerkennung der beiden „Volksrepubliken“ im Donbass. Das Ende der Sowjetunion hatte er 2005 „die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ genannt. Im Westen wurde gerätselt, was er meinte. Bereits Anfang der 1990er Jahre verwiesen russische Nationalisten darauf, unter den Zaren sei das Reich in Gouvernements eingeteilt gewesen. Die waren nicht nach nationalen, ethnischen oder religiösen Gesichtspunkten organisiert, sondern Verwaltungseinheiten, auch wenn in den einen stärker diese und in anderen stärker jene Nationalität lebte. Verwaltungseinheiten können aus dem Gesamtstaat nicht austreten. Hauptfehler der Kommunisten sei es gewesen, dass sie das ganze Land in national definierte Sowjetrepubliken umgewandelt hatten. Nur so konnten deren Anführer 1990 auf die Idee kommen, aus der Union auszutreten.

Diesen Gedanken griff Putin später auf. Am 21. Januar 2016 sagte er auf einer Sitzung des Rates für Forschung und Bildung der Russischen Föderation, mit dem Denken im Sinne einer Autonomisierung legten die Bolschewiki „eine Atombombe unter das Gebäude, das Russland heißt, und die zerriss es dann auch“, und setzte hinzu: „Und die Weltrevolution haben wir auch nicht gebraucht.“ In diesem Sinne hatte er zum Beginn des ersten Weltkrieges erklärt, Russland sei der Sieg durch diejenigen gestohlen worden, die politische Zwietracht gesät und aus Machtgier die nationalen Interessen verraten hätten. Gerade in Krisen- und Kriegszeiten bedürfe Russland einer starken und geeinten Führung, der das Volk uneingeschränktes Vertrauen entgegenzubringen habe. In diesem Sinne deuteten Putin und sein Gefolge drei Jahre später die beiden russischen Revolutionen von 1917: sie wurden mit Erschütterung, Kontrollverlust und Chaos negativ konnotiert. Die Februarrevolution galt als „erste Farbenrevolution“, um „unrussische“ liberale Gesellschaftsentwürfe ins Land zu bringen.

Insbesondere kritisierte er „die Rolle der bolschewistischen Partei bei der Zersetzung der russischen Front im ersten Weltkrieg. Und was haben wir davon gehabt? Wir haben gegen ein Land verloren, das ein paar Monate später selbst kapituliert hat. Und wir waren die Unterlegenen der Verlierer – eine in der Geschichte einmalige Situation. Und wofür das alles? Um des Kampfes um die Macht willen.“ Was hieß, Russland hätte den Krieg damals fortsetzen sollen, um ihn nicht gegen die Deutschen zu verlieren, die dann die Verlierer waren. Es hätte in Versailles mit am Tisch der Sieger gesessen. Die Kommunisten kamen nur an die Macht um den Preis der herbeigeführten Niederlage Russlands.

Insbesondere die Entscheidung der Bolschewiki in Sachen Autonomierechte sei falsch gewesen: kulturelle Autonomie wäre gut gewesen, das Recht auf Austritt aus der Sowjetunion dagegen war die „Sprengladung“, die die Sowjetunion zerstört habe. Hinzu kam – so weiter Putin bereits 2016 – die willkürliche Festlegung der Grenzen, wodurch zum Beispiel der Donbass zur Ukraine gekommen sei. Eine solche Aussage ist richtig und zugleich unhistorisch. Die „nationale Frage“ hätte Russland nach 1917 genauso zerstört, wie sie die Habsburger Monarchie und das Osmanische Reich zerlegt hat. Insofern war der von den Bolschewiki vertretene Internationalismus, der die Schaffung national definierter Staatlichkeiten in der Sowjetunion einschloss, die Möglichkeit, die „russische Erde“ nach Krieg und Bürgerkrieg wieder einzusammeln. Bedingung dafür war die Macht der Kommunistischen Partei. Deren Fall brachte nationale Egoismen wieder zum Vorschein. An der Spitze allerdings stand der Egoismus von Boris Jelzin, Michail Gorbatschow zu entmachten, indem er die Union zerstörte.

Die Grenzen der Sowjetrepublik Ukraine waren in der Tat willkürlich. Nachdem Stalin 1945 die Westausdehnung der Sowjetunion erreicht hatte, wurden jene Gebiete um Lwiv / Lemberg, die nie russisch waren, sondern polnisch oder österreichisch, mit der historischen russischen Ukraine um Kiew und dem Donbass zusammengelegt, um eine russisch und sowjetisch zuverlässige Bevölkerungsmehrheit zu sichern. (Das war keine russische Erfindung: Preußen hatte das nach der Einverleibung zuvor sächsischer Gebiete 1815 auch so gemacht.) Hinzu kam, dass der ukrainischstämmige Parteichef Nikita Chruschtschow 1954 die russische Krim der Ukraine „schenkte“.

Die Ukraine, die 1991 unabhängig wurde, war in sich gespalten. Der früher nicht-russische Westteil des Landes schielte nach Westen und der zuvor russische Osten wollte die Bindungen an Russland nicht verlieren. Die faschistischen Kampfgruppen, die 2014 auf dem Kiewer Maidan die Polizeikräfte der rechtmäßigen ukrainischen Regierung unter Präsident Wiktor Janukowitsch schlugen, waren, wie unabhängige Journalisten bereits damals recherchiert hatten, seit den 1990er Jahren in der Westukraine illegal mit US-amerikanischer Finanzierung ausgebildet worden. Die geopolitische Not-Reaktion Russlands, die Krim in die Russische Föderation einzugliedern und die „Volksrepubliken“ der russischen Nationalisten im Donbass zu unterstützen, veränderte das politische Kräfteverhältnis innerhalb der real verbliebenen Ukraine nachhaltig. Der Wegfall der pro-russischen Wähler von der Krim und im Osten ermöglicht den pro-westlichen Parteien seit 2014 eine dauerhafte strukturelle Mehrheit, was durch die Unterdrückung russischsprachiger Medien sowie das Verbot der Kommunistischen Partei und weiterer, als „separatistisch“ eingestufteter politischer Parteien 2015 noch verstärkt wurde.

Vieles in Putins Rede am 21. Februar war nicht neu, aber auf den Anlass bezogen neu zusammengeführt. Er unterstrich, dass die Leninschen Prinzipien des Staatsaufbaus nicht einfach ein Fehler, sondern schlimmer als ein Fehler waren, wie sich beim Zerfall der Sowjetunion zeigte. Wenn man in Sachen Ukraine die „Dekommunisierung“ vorantreiben wolle, gehe es nicht nur um Lenindenkmäler, sondern um die falschen Entscheidungen im Staatsaufbau. Das war ein Alarmzeichen. Die Signale wurden auf Krieg gestellt.

Der Rückruf hat, nachdem der Westen alle Forderungen Russlands seit Ende 2021 abgelehnt hatte, noch eine andere Dimension. Ivan Krastev und Stephen Holmes hatten in ihrem Buch: „Das Licht, das erlosch“ (2019) geschrieben, dass Russland nach 2011 dazu übergegangen war, die westliche Außenpolitik selektiv und brutal zu spiegeln. So hätte sich Russland offen und zugleich abgestritten in die Wahlen 2016 in den USA eingemischt, nicht um einen bestimmten Kandidaten durchzubringen, sondern um den US-Amerikanern vorzuführen, wie sich ein Volk fühlt, wenn sich äußere Mächte frech und ungeniert in seine politischen Verhältnisse einmischen, wie es in Russland in den 1990er Jahren geschah. In diesem Sinne verlief der Aufmarsch russischer Truppen gegen die Ukraine und dann der Militärschlag genau nach dem Drehbuch, dem die USA und ihre Kriegswilligen in den Kriegen gegen Jugoslawien, Irak und Libyen gefolgt waren. Ebenfalls gegen das Völkerrecht und gegen die Warnungen anderer Staaten. Dementsprechend musste sich Russland mit Protesterklärungen zufrieden geben. Jetzt der Westen. Der wird jedoch am Ende nicht darum herumkommen, mit Russland ernsthaft über ein tragfähiges System kollektiver Sicherheit in Europa zu verhandeln.

---

## Bidens Bauernopfer

von Stefan Pfüller

Als das Ergebnis der US-Präsidentschaftswahlen vom 3. November 2020 mit 306 Wahlmännern und -frauen für den Demokraten Joe Biden gegenüber 232 für den damaligen republikanischen Präsidenten Donald Trump feststand, wurde das in den meisten Staaten dieser Welt sicherlich mit einer gewissen Erleichterung registriert, konnte man doch die Hoffnung haben, dass die USA in der Gestaltung ihrer Außenpolitik wieder berechenbarer werden. Obwohl man nicht verkennen durfte, dass auch Joe Biden die Interessen seines Landes über alles stellte, erhoffte man sich doch, möglicherweise aufgrund des *gepflegteren* Auftretens, auch ein sensibleres Herangehen an die Probleme unserer Zeit. Dass die parlamentarische Basis des neuen Präsidenten in beiden Kammern des Kongresses fragil war, wurde in der öffentlichen Wahrnehmung des Wahlergebnisses jedoch mit weniger Aufmerksamkeit bedacht. Sofern das auf die Verbündeten der USA zutrifft, kann ein Grund für das Ignorieren dieser Tatsache darin gesehen werden, dass ein politisch starkes Oberhaupt der westlichen Führungsmacht in den jeweiligen Hauptstädten

dringend herbeigesehnt wurde, nachdem sich Amtsvorgänger Donald Trump auf alle Fälle in dieser Hinsicht als Fehlbesetzung erwiesen hatte.

Mit der Erstürmung des Washingtoner Kapitols durch wütende Trump-Anhänger am 6. Januar 2020 wurde aber deutlich, dass es Joe Biden künftig nicht nur mit den Abgeordneten des republikanischen, also des gegnerischen politischen Lagers zu tun haben wird, sondern auch mit zunehmendem Gegenwind in breiten Kreisen der amerikanischen Gesellschaft. Welche langfristigen Auswirkungen dieses unrühmliche Ereignis haben wird, war damals noch nicht im Detail vorhersehbar. Heute lässt sich jedoch mit Sicherheit sagen, dass Donald Trump auch in der Außenpolitik der USA noch nachwirkt.

Das geschieht nun zwar nicht durch aktives Mittun, vielmehr durch die vom jetzigen Präsidenten verspürte Notwendigkeit, sich der Unterstützung eines Teils der republikanischen Abgeordneten zu versichern, um nicht vorzeitig zu scheitern. Hier liegt es nun in der Natur der Sache, dass, bedingt auch durch das hochgradig polarisierende Zwei-Parteien-Wahlsystem, innenpolitische Themen weniger zum Schulterchluss geeignet sind als Angelegenheiten der Weltpolitik. Man kann mit Sicherheit annehmen, dass sowohl die Demokraten als auch die Republikaner vor 1990 das sozialistische Lager gleichermaßen als den größten erstzunehmenden Feind betrachtet haben und diese Sichtweise heutzutage gemeinsam gegenüber Russland huldigen. Leichte Nuancierung zwischen den beiden Parteien sind dabei von untergeordneter Bedeutung. Heftig geführte Auseinandersetzungen zwischen den jeweiligen Abgeordneten dienen sicherlich vor allem der Eigenprofilierung gegenüber den Wählern, denn nach der Wahl ist vor der Wahl.

Doch was folgt daraus? Wenn also Präsident Biden eine breitere Basis für seine Pläne anstrebt, kann er diese am ehesten erlangen, wenn er in der Außenpolitik die gewohnten Feindbilder bedient, und das auf eine Art und Weise, der sich auch die Republikaner nicht entziehen können. Es wird dies einer der Gründe dafür sein, dass das amerikanische Staatsoberhaupt in der aktuellen Krise um die Ukraine immer aggressivere Töne anschlug, nahezu täglich über einen unmittelbar bevorstehenden Einmarsch Russlands in die Ukraine dozierte und stetig Soldaten und Waffen in die osteuropäischen NATO-Länder schickte, gleichzeitig aber von Russland forderte, Maßnahmen zur Deeskalation der Situation zu unternehmen, insbesondere durch den Rückzug der auf dem eigenen Territorium befindlichen russischen Truppen nahe der ukrainischen Grenze. Im Falle der Nichterfüllung der amerikanischen beziehungsweise westlichen Forderungen wurde mit schwersten Sanktionen gegen Russland gedroht. Die Reihenfolge lautete also: Vorhersage eines bevorstehenden russischen Einmarschs in die Ukraine, in diesem Falle dann Sanktionen und nur eventuell noch Gespräche, um die vorhergesagte Entwicklung abwenden zu können.

Bedauerlicherweise hat die Entwicklung im Ukraine-Konflikt diesem Szenario weitgehend entsprochen, lediglich die Perspektive für Gespräche sind vorerst nahezu auf Null gefallen. Einige Staats- und Regierungschefs aus den NATO-Ländern dürften daran Gefallen finden, kann man doch somit den Ausbau der eigenen Militärpräsenz in den osteuropäischen Mitgliedsländern leichter begründen.

Der Einmarsch Russlands in die Ukraine am 24. Februar 2022 kann natürlich mit keiner Begründung gerechtfertigt werden. Das steht außer Zweifel. Russlands Präsident Putin scheint sich in einer Parallelwelt zu befinden, die mit der Realität nichts mehr gemein hat. Man nennt das Realitätsverlust. Trotzdem müssen einige Fragen erlaubt sein. Vor allem die, ob der vom Westen bestrittene Weg der Sanktionen tatsächlich eine Wirkung erzielt hat. Offensichtlich nicht. Die Erkenntnis sollte also sein, dass weitere, als inzwischen „schwerste Sanktionen“ bezeichnete Maßnahmen keinen wirklichen Effekt erzielen werden. Es muss auch hinterfragt werden, ob der Westen mit seinen mantraartig wiederholten Unterstützungsbeteuerungen für die Ukraine sich selbst und vor allem diesem Land einen Gefallen getan hat. Man kann feststellen, dass die ukrainische Führung davon quasi eine Sicherheit für das Land abgeleitet hat, die seitens des Westens eher in Worten und auf dem Papier bestanden hat. Bestes Beispiel dafür ist die Erklärung des ukrainischen Präsidenten am Abend des ersten Kriegstages, dass die Bevölkerung des Landes nicht in Panik geraten solle und der Sieg gewiss sei. Auch hier kann man von Verknennung der Realität sprechen.

Aufschlussreich ist auch eine Erklärung von US-Präsident Biden am ersten Kriegstag, wonach es wie vorausgesagt gekommen sei. Bedeutet das, dass man die Ukraine sehenden Auges ins Unglück rennen ließ, um „höhere“ Ziele zu erreichen? Dem Westen wäre also das Schicksal der Ukraine egal, nur um Russland aus der Weltpolitik ausschalten zu können. Bauernopfer ist dafür ein gängiger Ausdruck.

Letztlich bleibt die Frage, was wäre passiert oder eben nicht passiert, wenn der Westen bereit gewesen wäre, mit Russland an einem Tisch über dessen Vorstellung und Bedenken hinsichtlich der eigenen Sicherheit zu sprechen, egal, wie unterschiedlich die jeweiligen Ausgangspositionen gewesen sein mögen. Könnte es sein, dass es dann keinen Krieg in der Ukraine gäbe? Leider wurde, wie in Deutschland passiert, selbst das Nachdenken über eine andere Herangehensweise „unter Strafe gestellt“. So musste im letzten Januar der Chef der Marine, Vizeadmiral Schönbach, seinen Hut nehmen, nur weil er die Meinung vertrat, man müsse mit Putin „auf Augenhöhe“, will heißen ohne Vorbedingungen, über die russischen Sicherheitsbedenken sprechen.

Verhandlungen über eine echte Alternative, nämlich die Schaffung einer neuen, den veränderten Bedingungen in Europa entsprechenden Sicherheitsstruktur wurden Russland verweigert. Das Opfer ist die Ukraine, deren Sicherheit und Unabhängigkeit zu garantieren vom Westen offensichtlich zu leichtfertig versprochen wurde.

Größter Nutznießer innerhalb der NATO und der EU dürften zweifellos die USA sein, während deren europäischen Partner weitaus unmittelbarer die Folgen des Krieges, vor allem die Flüchtlingsströme, aber auch die langfristigen Folgen der Sanktionen zu tragen haben. Ob US-Präsident Joe Biden davon wesentlich in seinen Popularitätswerten profitieren kann, muss abgewartet werden. Sollte nämlich das Trump-Lager, vor allem der Ex-Präsident selbst seine „Begeisterung“ für Putins Vorgehen beibehalten, werden sich im Land zwischen New York und Los Angeles außenpolitische und innenpolitische Konflikte in einer Art und Weise vermischen und radikalisieren, wie es sich zu Joe Biden für seine Amtszeit garantiert nicht gewünscht hat. Donald Trump hat offensichtlich einen langen Schatten.

*Der Autor war im DDR-Außenministerium tätig. Er lebt in Berlin.*

---

## Zurück zu „Treu und Glauben“ – besser: neu beginnen?

*von Herbert Bertsch*

*Hast Du Sicherheiten?*

*Genügt nicht das Wort eines Ehrenmannes?*

*Gewiß: Bring einen!*

Mag es der Teilduplizität des Datums geschuldet sein oder unbegründetem Zufall – wir beginnen mit dem Bericht des *Handelsblatt* vom 2. Februar 2014 über ein Treffen, mit Pausen, beim „Besuch der alten Herren“ anlässlich „50 Jahre Münchner Sicherheitskonferenz“: Ex-US-Außenminister Henry Kissinger (90), Frankreichs Ex-Präsident Valéry Giscard d’Estaing (87), Egon Bahr (91), angeführt von Helmut Schmidt (95), die vom Moderator befragt wurden, ob es die NATO in zehn Jahren noch gibt. Antwort im Schmidt-Format: „Das ist mir ziemlich gleichgültig“. Egon Bahr machte die Sachaussage dann mittendrin: „Die Grundstruktur der transatlantischen Sicherheit ist unverändert geblieben.“

Das ist Schicksal der NATO und davon Betroffener in einer Zeitgenossenschaft, deren historisches Merkmal vornehmlich Veränderungen sind. Den freundlich Plaudernden war gewiss gewärtig, was sich in der Welt ereignet hatte; zum Beispiel der Untergang der Sowjetunion und der

von ihr dominierten Halbwelt. (Das in solchem Zusammenhang üblicherweise benutzte Zitat mit der Quelle: „Putin vor der Bundesversammlung der Russischen Föderation am 25. April 2005“ lautet richtig: „Vor allem sollten wir anerkennen, dass der Zusammenbruch der Sowjetunion eine große geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts war; häufig verfälscht zu „die größte“.)

Die „unveränderte Grundstruktur“ begründet wohl auch, warum die NATO sowohl die mehrfachen Angebote der Sowjetunion zum Beitritt ohne Dank dafür ausgeschlossen hat, als auch nur widerwillig dem Helsinki-Prozess zustimmte. Dies erst, nachdem in der zweijährigen Vorbereitung von echten Europäern zugestanden worden war, dass auch die USA und Kanada nicht nur als „Gast“, sondern gleichberechtigt als Staaten mitwirken und die Schlussakte unterzeichnen könnten. Ein schönes Beispiel für das Prinzip diplomatischer Regelungen: Wenn Wille da ist, finden sich auch Wege.

Seitens der als sozialistisch deklarierten Staaten, von denen Idee, Konzept und die materielle Vorbereitung ausgingen, wurde Helsinki zwar eine starke, wenngleich nicht vertragliche Anerkennung und Sicherung der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftssysteme in Europa: Befestigung des Status quo. Aber praktisch ohne vergleichsweise Möglichkeit der Aus- und Einwirkung „Europas“ einschließlich der Sowjetunion auf den „Rest der Welt“. Dafür verblieben eigentlich nur die Bezüge auf den „Prinzipien-Katalog“, in Sonderheit unter X.: „Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu und Glauben“; womit, dort undefiniert, auch Patt-Situationen gemeint sind, die vermittels des „Gleichgewichts des Schreckens“ geschaffen und länger erhalten werden konnten. Ein zwar belastungsfähiger, aber labiler Zustand, der bei fortwährender Abwesenheit oder Verlust von Vertrauen ständig in Gefahr schwebt, zur „Politik der Stärke“ umzuschlagen. Und Versuchungen kann man bekanntlich nur selten widerstehen.

In der Runde mahnte Kissinger („Ich habe schon von die Kennedy- Regierung gearbeitet“ – Originalzitat!) mit schmerzlicher Erfahrung aus Afghanistan und Irak zur Vorsicht: Wer irgendwie interveniert, müsse auch wissen, was er tut. Amerika habe Kriege begonnen, sei aber nicht in der Lage gewesen, sie zu einem stabilen Ende zu bringen. Deshalb, so der Amerikaner, müsse man daraus Lehren ziehen. „Wir dürfen uns nicht vom Augenblick der Wut verleiten lassen, wenn wir nicht darauf vorbereitet sind, den Krieg bis zum Ende durchzustehen.“ Das ist nun nicht die Absage an Gewalt; aber zumindest die Anregung, nicht ohne hinreichende Abwägung von Aufwand und Nutzen bei der Durchsetzung von Interessen tätig zu werden. In Zeiten von Krieg oder Kriegsgeschrei immerhin beachtenswert.

Um die Jahreswende zu 2022 erschien die so genannte „Streitschrift“ von Klaus von Dohnanyi „Nationale Interessen. Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche“. Ein Plädoyer für *deutsche* außenpolitische und internationale Interessen. Dazu Theo Sommer in *Die Zeit* vom 11. Januar: „Das Antriebsmoment der US-Politik sieht er weder im humanitären Engagement noch im Eintreten für Demokratie, sondern im nackten Verfolgen amerikanischer Großmachtinteressen. Aus innenpolitischen Gründen wolle Washington die Spannung mit Russland aufrechterhalten und versuche ferner, Europa als Teil einer westlichen Wertegemeinschaft in einen Weltmachtkonflikt mit dem erstarkenden China hineinzuziehen. Beides könne weder europäisches noch deutsches Interesse sein. [...] Die Verschlechterung des westlichen Verhältnisses zu Russland führt Dohnanyi auf die unbegrenzte Osterweiterung der NATO bis an die russische Türschwelle zurück.“

Am 2. Februar 2022 (acht Jahre auf den Tag nach der Unterhaltung in München), sah sich Mary Elise Sarotte spontan zu einem *Twitter*-Beitrag veranlasst, weil in *El Pais* Auszüge aus der US-Antwort an die russische Regierung vorab erschienen waren. „Wenn diese zutreffen“, so die Fachfrau, „bedeutet das die Wiedereröffnung der damaligen Auseinandersetzungen (‘battles’), die ich in meinem Buch ‚Not one inch: America, Russia, and the Making of Post-Cold War Stalemate‘ dargestellt habe“. Die Rede ist von ihrer jüngsten Publikation, auf dem dortigen Markt seit 30. November 2021.

Die Professorin Sarotte gilt als profilierte Historikerin zu Fragen des Kalten Krieges wie auch der Zeit danach bis in die unmittelbare Gegenwart mit Zugang zu US-amerikanischen Regierungsakten. Vermutlich hat sie auch länger in Beständen bei der Stasi-Unterlagenbehörde und

anderen Standorten in Berlin gearbeitet. In ihren Veröffentlichungen finden sich auch die entscheidenden Texte des Ex-Außenministers Baker von seiner Begegnung mit Gorbatschow Anfang Februar 1990 in Moskau und deren Auswirkungen und Entscheidungen in Washington mit weltpolitischen Konsequenzen bis auf den heutigen Tag. Deren Kern:

„Baker: Ich möchte Sie fragen, und Sie müssen nicht gleich darauf antworten: Nehmen wir an, die Vereinigung findet statt, was würden Sie bevorzugen: ein vereinigtes Deutschland außerhalb der NATO, absolut unabhängig und ohne amerikanische Truppen; oder ein vereinigtes Deutschland bei Beibehaltung der Verbindung zur NATO, aber mit der Garantie, dass deren Jurisprudenz (Rechtsordnung – *H.B.*) oder Truppen der NATO nicht weiter ostwärts über die gegenwärtigen Grenzen ausgedehnt werden? Gorbachev: Wir werden alles überdenken.“ Baker notierte: „End result: Unified Ger. anchored in a changed (polit.) NATO – whose juris. would not move eastward.“

Die Einbeziehung des ehemaligen DDR-Territoriums wurde die erste erhebliche Erweiterung der NATO in Richtung der sowjetischen Staatsgrenze als „Duldung“ ohne strategische Gegenleistung. Im „Westen“ wird als Erfolg gefeiert, dass dieses Ergebnis erzielt wurde, „ohne einen Schuss abgefeuert“ zu haben. Dabei wird übersehen, dass dieses Ergebnis für USA das eigentliche Ziel war; die deutsche Einheit nur mit dieser Hauptwirkung. Manche „Unterstützer“ dieses Kurses, der die NATO strategisch bis zur russischen Staatsgrenze geführt hat, interpretieren das als Nachweis der Friedfertigkeit der NATO in Vergangenheit, Gegenwart und mit Lizenz für Erweiterungen

Gibt es wirklich Grund für solche hehren Wertungen? Am 20. November 2019 wurde M.E. Sarotte in einem Podcast der Körber Foundation danach befragt, ob man nicht diesen ganzen Prozess unter „The winner takes it all“ rubrizieren sollte, was sie so bejahte: „Wie Präsident George H. W. Bush wörtlich sagte: Wir haben gewonnen, sie nicht. Wir haben uns durchgesetzt, sie nicht. Also machen wir, was wir wollen.“ Da passte die Baker-Variante nicht mehr. „Baker hörte auf, diesen Satz zu verwenden. Baker hörte auf, Gorbatschow zu sagen, die NATO bewegt sich keinen Zentimeter. [...] Es gibt mehrere Autoren, die behaupten irreführender Weise, das Thema sei nie aufgekommen. Das sei eine Erfindung von Moskau. Das stimmt nicht. Das Thema kam definitiv auf und zwar in mehreren Zusammenhängen, ist besprochen, ist erwähnt worden, ist bloß nichts vereinbart worden.“

Was wäre aber dann anders verlaufen, gäbe es Texte mit Unterschriften? Wäre die NATO dann wenigstens zum Disziplinierungsinstrument „maßgeschneidert“ zur internationalen Sicherheit „vor Deutschland mit Deutschland“ geworden, wie Bahr sich dies am Lebensende als wünschenswert vorstellte?

Am 18. November 2021 hielt Botschafter Frank Elbe, als Büroleiter und Redenschreiber von Außenminister Genscher war er Teilnehmer aller hier in Rede stehenden Verhandlungen, vor Bonner Studenten einen Vortrag „Zum Umgang mit Russland – Rückkehr zu bewährten Strategien“. Als Zustandsbeschreibung zitierte er „den bekannten amerikanischen Journalisten der *New York Times*, Tom Friedman“, auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2008 so: „Wir erwarten von Euch Russen, dass Ihr Euch wie eine westliche Demokratie verhaltet, aber wir werden Euch behandeln, als wäret Ihr weiterhin die Sowjetunion. Der Kalte Krieg ist für Euch vorbei, aber nicht für uns.“

Und mit diesem Anspruch sollte es auch hinsichtlich einer noch größeren NATO weiter gehen?

„Es ist verrückt, die Dinge immer gleich zu machen und dabei auf andere Ergebnisse zu hoffen.“ Deshalb riet Albert Einstein von diesen Verfahren ab und empfahl statt dessen: Neu beginnen!



# Die Stufenleiter

von *Gottlieb Konrad Pfeffel*

Ein schlauer Sperling haschte sich  
Ein blaues Mücklein. „Weh mir Armen!“  
Rief es, „ach Herr, verschone mich,  
Laß meiner Jugend dich erbarmen!“  
„Nein“, sprach der Mörder, „du bist mein:  
Denn ich bin groß und du bist klein.“

Ein Sperber fand ihn bei dem Schmaus.  
So leicht wird kaum ein Floh gefangen  
Als Junker Spatz. „Gib“, rief er aus,  
„Mich frei! Was hab ich denn begangen?“  
„Nein“, sprach der Mörder, „du bist mein:  
Denn ich bin groß und du bist klein.“

Ein Adler sah den Gauch und schoß  
Auf ihn herab, und riß den Rücken  
Ihm auf. „Herr König, laß mich los“,  
Rief er, „du hackst mich ja in Stücken.“  
„Nein“, sprach der Mörder, „du bist mein:  
Denn ich bin groß und du bist klein.“

Schnell kam ein Pfeil vom nahen Bühl  
Dem Adler in die Brust geflogen.  
„Warum“, rief er, indem er fiel,  
Zum Jäger, „tötet mich dein Bogen?“  
„Ei“, sprach der Mörder, „du bist mein:  
Denn ich bin groß und du bist klein.“

(1792)

---

## Wer war eigentlich Nikolai Kostomarow?

von *Detlef Jena*

Nikolai Kostomarow kam im Mai 1817 als Sohn eines russischen Gutsbesitzers im mittellrussischen Gouvernement Woronesch zur Welt. Seine Mutter war zu diesem Zeitpunkt noch eine Leibeigene. Sie wurde erst im September 1817 von ihrem Gutsherrn und Besitzer geheiratet. Dadurch war Nikolai von Geburt an ein Leibeigener seines Vaters. Dieser juristisch schwierige Status wurde noch komplizierter, als der Vater am 14. Juli 1827 von Leibeigenen erschlagen wurde.

Der väterliche Grundbesitz musste mit all seinen „Seelen“ unter Berücksichtigung der Besitzansprüche aller Verwandten des Erschlagenen verkauft werden, ehe die Mutter überhaupt zu Geld kam und der eigene Sohn durch Freikauf die persönliche Freiheit erhielt. Der entwürdigende Handel prägte Nikolais ganzen Lebensinhalt. Zunächst galt der Junge als ein intellektuelles „Enfant-miraculeux“ – als ein Wunderkind. Er wählte mit dem hinreichenden Selbstbewusstsein eines freien Menschen ein Studium der Geschichte an der ukrainischen Universität von Charkiv. Für den Russen Kostomarow war das kein Problem. Er dilettierte zunächst reichlich chaotisch in allen möglichen Bereichen der Geschichtswissenschaft, ehe ihn 1835 sein Profes-

sor M. M. Lunin zu systematischer Arbeit anhalten konnte. Wie viele Universitätsabsolventen diente Kostomarow nach dem Studium im Heer. Er wurde in der Provinzstadt Ostrogoschsk im Gouvernement Woronesh, stationiert.

Er machte er aus der Not eine Tugend. Um der lähmenden Langeweile des Garnisonsalltags zu entfliehen, durchsuchte das russische „Enfant-miraculeux“ das lokale Gerichts-Archiv und stieß auf Dokumente, die ihn zu Kernproblemen der ukrainischen Konflikte des 17. Jahrhunderts führten. Er schöpfte aus den Akten eine Geschichte der „Sloboda-Kosakenregimenter“, jener legendären Kosakenheere, die nach der ukrainischen Teilung von 1654 in Peresjaslawl und dem Waffenstillstand von Andrusowo 1667 zu der vom Moskauer Zarenreich kontrollierten weitläufigen „linksufrigen“ Ukraine außerhalb des Saporoger Kosaken-Hetmanats (Saporoger Sië) gehörten, während die rechtsufrige Ukraine bei aller Autonomie des Hetmans der Saporoger unter der Oberhoheit der Rzeczpospolita Polens und Litauens verblieb.

Kostomarow quittierte voller Begeisterung über dieses spannende Kapitel der ukrainisch-polnisch-russischen Geschichte den Heeresdienst und ging nach Charkiv zurück. An der Universität rebellierte der 20-jährige junge Gelehrte gegen die offiziellen Lehrmeinungen zur Geschichte: Warum ist die Geschichte nur auf die Politik, gekrönte Häupter, staatliche Institutionen und Gesetze fixiert? Warum erscheinen der niedere Kosak, der Bauer oder der Bürger nicht in der historischen Literatur – fragte er lautstark und voller Energie, wie ein freier Kosak!

Seine Gedanken, die auch den ukrainischen Nationaldichter Taras Schewtschenko in seiner Poesie leiteten, verdichtete sich bei dem russischen Historiker Kostomarow zu einem Programm. Der einfache Mensch aus dem Volk, mit all seinen Sehnsüchten, Zweifeln und seinem Glauben muss mit in das Zentrum der historischen Wissenschaft rücken und darin einen geachteten Platz einnehmen! Kostomarow wurde zu einem frühen Wegbereiter für die oral history und erkor die russisch-ukrainische Geschichte zu seinem Lebensinhalt.

Der griechisch-orthodoxe Erzbischof von Charkiv stoppte jedoch den Höhenflug, indem er Kostomarows Dissertation „Über die Ursachen und die Art der Vereinigung im Westen Russlands“ als schlichtweg unverschämte erklärte. Das Buch wurde verbrannt. Doch Kostomarow gab nicht auf. 1843 war ein zweiter Anlauf „Über die historische Bedeutung der russischen Volkspoesie“ erfolgreicher. Und die zarische Obrigkeit bewies Toleranz – selbst unter der Herrschaft Nikolaus I., der im Westen als „Gendarm Europas“ zum Inbegriff russophober Angriffe erkoren wurde.

Kostomarow wurde 1846 an der Universität Kiew Professor für russische Geschichte. Um ihn sammelte sich in der „Cyril und Methodius-Bruderschaft“ ein Kreis 'volkstümlicher' Gelehrter und Literaten, zu dem auch Taras Schewtschenko zählte. Es waren integre Persönlichkeiten, die von den vagen Idealen der slawischen Solidarität, Wechselseitigkeit und Wiedergeburt träumten. Ein Denunziant verriet die Diskutanten. Kostomarow saß als Staatsverbrecher ein Jahr in der Petersburger Festung ein. In der anschließenden Verbannung in Saratow begriff er zwar den Gegensatz zwischen Ideal und Wirklichkeit, arbeitete aber an der Geschichte des ukrainischen Kosaken-Aufstands unter der Führung Bohgdan Chmelnyzkyjs weiter.

Es zählt zu den Realitäten der inner-russischen Politik im 19. Jahrhundert, dass Kostomarow in den folgenden Jahren immer wieder mit der Staatsmacht in Konflikt geriet. Er wurde seiner Universitäts-Ämter beraubt – dann wiedereingesetzt, verbannt, rehabilitiert und dennoch in höchste akademische Würden berufen. Er wurde durch seine fachliche Kompetenz und durch die allgemeine Beliebtheit seiner volkstümlichen Art der Darstellung einer der bedeutendsten russischen Historiker seiner Zeit: weil er die schwierigen Probleme im Verhältnis Russlands zur Ukraine während einer langen Geschichte aufgriff, in der sich die Ukrainer immer wieder neuen Herren aus West und Ost, Nord und Süd, aus Polen, Österreich oder Preußen unterwerfen mussten.

Für ihn stand die Geschichte des einfachen Volkes im Mittelpunkt. Er hat als Russe Beachtliches für die ukrainische Nationalgeschichte geleistet. Im April 1885 ist er in St. Petersburg gestorben. An seinem Wohnhaus gibt es eine Gedenktafel. Im russischen Woronesh und im ukrainischen Charkiv sind Straßen nach ihm benannt worden. Und besonders hübsch: Man hat ihn auch in Kiew nicht vergessen. 1992 wurde in der Ukraine eine Gedenkbriefmarke Kostomarow

gewidmet. Zu seinem 200-jährigem Geburtstag gab die Nationalbank der Ukraine am 20. April 2017 eine 2-Hrywnja-Gedenkmünze heraus.

---

## Todd Gitlins politisches Vermächtnis

von Mario Kessler

Keine zeitgenössische Autorin ist mir so unter die Haut gegangen wie Sie. Ich habe Ihre drei Romane und mehrere Ihrer Erzählungen verschlungen, bewegt und erstaunt über die Sehnsüchte, Ängste und Ambivalenzen Ihrer Figuren und über das Zusammenspiel zwischen ihnen; und nicht nur bewegt und erstaunt, sondern erfreut über die flinken Bewegungen in Ihren Dialogen; und nicht nur das, sondern beeindruckt von der Art und Weise, wie Sie die düstere Klassenlage und die wirtschaftlichen Aussichten, die auf und durch Ihre Figuren wirken, aufgreifen und das Pathos und die Pathologien aufzeigen, die viele Millionen junger Menschen heute als ihr Schicksal erleben.“

Diese Zeilen entstammen einem offenen Brief, den der amerikanische Soziologe Todd Gitlin an die irische Schriftstellerin Sally Rooney richtete und die der *Forward*, eine linke jüdische Wochenzeitung in New York, auf seiner Internet-Seite am 21. Oktober 2021 veröffentlichte. Anlass war die Weigerung der Autorin, ihren Roman „Beautiful World, Where are You“ ins Hebräische zu übersetzen und in Israel erscheinen zu lassen. Als Unterstützerin der BDS-Bewegung (Boycott-Divestment-Sanctions; des oft undifferenzierten wirtschaftlichen und kulturellen Boykotts gegen Israel und die Israelis) verstand sie dies als Teil des Kampfes für ein Ende der israelischen Gewalt gegen Palästinenser. Sally Rooney hatte aber niemals Einwände gegen die Publikation ihrer Bücher in Diktaturstaaten erhoben, die ihre Minderheiten weit grausamer unterdrückten.

Er sei strikter Gegner der israelischen Besetzung des Westjordanlandes und der gewaltsamen Unterdrückung der dort lebenden Palästinenser, so Gitlin an Rooney. Er erinnerte daran, dass er im Jahre 2016 Mitverfasser eines Aufrufs für einen gezielten Boykott von Waren und Dienstleistungen aus allen israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten war. Doch schade die BDS-Kampagne, und vor allem der akademische Boykott, in ihrer Konsequenz gerade auch israelischen Gegnern der Okkupation, die vor allem an Universitäten zahlreich sind. Es gebe zudem, so schloss Gitlin seinen Brief, der zum politischen Vermächtnis wurde, keinen Beweis dafür, dass die BDS-Bewegung „zu Ergebnissen geführt hat, die tatsächlich den Palästinensern zugutekommen.“ Ihr Werk, mahnte Todd Gitlin die irische Autorin eindringlich, sei „eine großartige Hommage an den Geist, der danach strebt, sich aus den Gefängnissen herauszudenken und einen Weg zu einer schöneren Welt zu bahnen.“ Warum sollten gerade progressiv gesinnte Israelis auf dieses Werk verzichten?

Der am 6. Januar 1943 in Manhattan in einer jüdischen Familie geborene Todd Gitlin war schon als Student an den Eliteuniversitäten von Harvard, Ann Arbor und Berkeley politisch aktiv. Landesweit bekannt wurde er 1963/64 als Vorsitzender der Students for a Democratic Society, der wichtigsten studentischen Organisation der entstehenden Neuen Linken. Auch danach blieb Gitlin politisch präsent: Am 19. März 1965 initiierte er einen Sitzstreik vor dem Hauptquartier der Chase Manhattan Bank in New York, um gegen die Unterstützung des Apartheid-Regimes in Südafrika durch das Finanzhaus zu protestieren. Er war Mitorganisator der ersten landesweiten Demonstration gegen den Vietnamkrieg am 17. April 1965 in Washington mit rund 25.000 Teilnehmern. Ebenso war er bei zahlreichen späteren Anlässen, so im Protest gegen den Golfkrieg 1991 und den Irakkrieg 2003, in vorderer Reihe zu finden.

Auch Gitlins wissenschaftliches Werk speiste sich aus politischen Erfahrungen. Seinen Erstling „Uptown Poor Whites in Chicago“ schrieb er 1970 zusammen mit seiner damaligen Frau, der Juristin Nancy Hollander. Schon Gitlins Dissertation in Berkeley, ab 1980 als Buch mehrmals unter dem Titel „The Whole World Is Watching: Mass Media in the Making and Unmaking of the New

Left“ aufgelegt, zeigte, wie die Medien zunächst neue politische Entwicklungen ignorieren, sie dann aber erfolgreich vereinnahmen. Dieses Thema sollte ihn auch weiterhin beschäftigen.

Unter seinen fast zwanzig Büchern, darunter drei Romanen, ist „The Twilight of Common Dreams: Why America is Wracked by Culture Wars“ (1995) hervorzuheben. Das Werk ist von der Frage angetrieben, warum die politische Linke in immer kleinere Gruppen zerfiel, während die politische Rechte durch zunehmende innere Geschlossenheit einen Aufstieg erlebte. Stand die Rechte in der Vergangenheit für wenige Privilegierte, vor allem reiche, weiße Männer, und die Linke für die universalen Werte als Fürsprecherin der besitzlosen Massen, verstehe es die Rechte heute, hinter einer Rhetorik des Gemeinwohls und eines mitfühlenden Konservatismus ihre Herrschaftsinteressen zu verschleiern. Die Linken seien hingegen immer mehr „besessen von ihrer rassischen, ethnischen, religiösen und sexuellen Identität“ – Mahnungen, die 2022 so eindrucksvoll klingen wie 1995.

Als Gitlins Hauptwerk aber darf „The Sixties: Years of Hope, Days of Rage“ gelten, das 1987 erschien. Das Buch ist zum Teil eine historisch-politische Analyse, zum Teil ein Sozialreport, immer wieder unterlegt mit Erinnerungen an Freunde und Weggefährten. Gitlin zeigt, wie eine demokratische Linke viele kulturelle Kämpfe gewann, Anerkennung und Rechte für Nicht-Weiße, für Frauen, für sexuelle Minderheiten durchsetzte, doch nicht imstande war, die ökonomischen Kämpfe zu gewinnen. Die wirtschaftliche und mediale Macht verblieb beim militärisch-industriellen Komplex und seinen ideologischen Bannerträgern. Doch umso mehr brauche die Linke moralische Klarheit, Optimismus und einen langen Atem; die Kämpfe sind weiterzuführen, auch wenn sogar Teilsiege noch weit entfernt sind. Fanatismus führe jedoch bis in den individuellen Terror und sei ein Weg in die Selbsterstörung.

Seine außerordentlichen Leistungen erbrachten Todd Gitlin Rufe an weltweit führende Hochschuleinrichtungen: Nach Professuren in Berkeley und an der New York University war er seit 2002 Professor für Journalismus und Soziologie an der Columbia University in New York. Zahlreiche Gastprofessuren, darunter in Frankreich, sind ebenfalls Zeichen seiner großen internationalen Anerkennung. In Deutschland ist sein Werk jedoch noch zu entdecken.

Gitlins stete Warnung vor einem naiven Blick auf die Sowjetunion erwies sich als richtig. Doch von Fehlurteilen war auch er nicht frei: 1999 unterstützte er – im Sinne diesmal falsch verstandener Menschenrechte – den westlichen Überfall auf Jugoslawien, der reaktionäre Regime durch noch schlimmere ersetzte. Sein größter Fehler, und damit stand er nicht allein, war aber die Unterstützung des Afghanistan-Krieges 2001. Die Resultate dieses gescheiterten militärischen Abenteuers, der langsame Niedergang „des Westens“ und der mögliche Aufstieg einer autoritär verfassten Weltordnung sind heute voller Beklommenheit zu besichtigen.

Er blieb unermüdlich tätig. Zu nennen sind sein langjähriges umweltpolitisches Engagement, in dessen Folge die Harvard-Universität ihre Öl-Investitionen kündigte, oder sein Mitwirken bei Occupy Wallstreet (siehe auch sein Buch „Occupy Nation“, 2012). Er war Mitbegründer von „Writers for Democratic Action“; einer Initiative gegen die Wiederwahl von Donald Trump 2020. Zuletzt organisierte Gitlin mit dem Republikaner William Kristol einen Aufruf, um die republikanischen Angriffe auf das Wahlrecht zu stoppen. Er war und bleibt eine der wichtigsten Persönlichkeiten der amerikanischen Neuen Linken.

Am 5. Februar 2022 ist Todd Gitlin, der Kämpfer und Gelehrte, in Pittsfield, Massachusetts verstorben. Er wird fehlen.

---

## Zu den Wurzeln der Weltkultur

von Wolfgang Brauer

Dieses Buch ist ein atemberaubendes Werk, das auch Nicht-Spezialisten für die Kulturen des Orients in seinen Bann nimmt. Eigentlich ist es „nur“ der Begleitband zur gleichnamigen Aus...

stellung iranischer Kunst, die noch bis zum 20. März 2022 auf der Berliner Museumsinsel zu sehen ist. Tatsächlich handelt es sich um eine Gesamtschau von 5000 Jahren Kulturentwicklung der Region zwischen den Hängen des Zagros-Gebirges und den Gebirgsketten Afghanistans, zwischen Persischem Golf und Arabischem Meer sowie dem Kaspischen Meer und dem Kaukasus. Zum Erfassen der geografischen Dimensionen lohnt der Griff zum Atlas ...

Der Griff zum Handwörterbuch der Weltgeschichte lohnt nicht. Das oberflächliche europäische Geschichtsbild erinnert zumeist an eine Abfolge von barbarischen Reichen, die immer wieder der Zerstörung anheimfielen. Was uns bemerkenswert erscheint, wird hingegen gerne in die europäische Kulturtradition gepresst.

Im vorliegenden Band verweist Wouter F. M. Henkelmann auf die Kontinuität von Herrschaft und Kultur in der Region. Kyros, der Begründer des Perserreiches, setzt sich bewusst in die Nachfolge der Könige von Elam, die wiederum sehen sich als Erben des frühen 2. Jahrtausends und die Herrscher dieser Zeit betrachten sich als Erben einer langen Abfolge von 24 Königen aus den Dynastien „Awan“ und „Schimaschki“. Das darf man Geschichtsbewusstsein nennen ...

Die heutige Ruinenstadt Susa in Chuzestan war 5500 Jahre ununterbrochen bewohnt. Im Reich von Elam entwickelten sich komplexe Machtstrukturen, verbunden mit einer Schriftkultur bereits um 2100 v.u.Z. Leider sind wir für diese Zeit überwiegend auf archäologische Befunde angewiesen. Die Seuche der Raubgräber und der sie verursachende Kunsthandel wirken unheilvoll. Der Band bietet eindrucksvolle Beispiele der Archäologiegeschichte jenseits von Troja, Luxor und Mykene. Die Bemühungen Robert Dysons um das 800 v.u.Z. zerstörte Hasanlu werden ebenso geschildert wie die Grabungen von Ezzatollah Negahban, dem Begründer der iranischen Archäologie, in Marlik am Kaspischen Meer.

In gänzlichem Gegensatz zur griechisch-römisch geprägten europäischen Geschichtserzählung stehen die Darstellungen des Reiches der Achämeniden – das sind die „klassischen“ Perser von Marathon und Salamis – 550 bis 330 v.u.Z., immerhin das erste Weltreich der Geschichte mit einer Ausdehnung vom Syr-Darja bis zu den Rhodopen und der Libyschen Wüste. Nicht minder überraschend der Überblick über die Kulturleistungen der Parther (247 v.u.Z. bis 224 u.Z.). Auch hier trübt der römische Blick unser Bild des Reiches hinter dem Euphrat. Sicher gab es kriegerische Auseinandersetzungen, aber es überwogen wohl die ökonomischen und kulturellen Beziehungen. Die Parther waren Roms Scharnier zum China der Han-Dynastie. Mit Rom teilten sie auch „das Interesse an einer Kontrolle der Steppenvölker, die für West wie Ost gefährlich werden konnten“ (Josef Wiesehöfer).

Mit dem Reich der Sasaniden (224–651 u.Z.) entstand mit dem Untergang der Parther ein Rom gleichrangiges Weltreich. Auch hier fehlt uns außer Verwaltungstexten die schriftliche Überlieferung, daher dominierte bislang bei uns wieder die „römische“ Sicht. Wir sehen dieses Reich hauptsächlich als „Randkultur“, als Gegenspieler Roms abseits der „Zivilisationsgeschichte“. Wiesehöfer bedauert die daraus erwachsene Gleichgültigkeit dieser Epoche gegenüber: „Die Geschichte der beiden Reiche sitzt gleichsam zwischen den Stühlen ‚Alter Orient‘ und ‚Muslimische Welt‘. Dabei böte die Beschäftigung mit ihr die Gelegenheit, nicht nur den eurozentrischen Blick auf die Geschichte Eurasiens zu überwinden, sondern auch die vielfache Vernetzung der antiken Kulturen in diesen Räumen aufzuzeigen.“

Das Katalogbuch zeigt kunstvolle sasanidische Silberarbeiten von höchster handwerklicher Qualität. Die produktive Aufnahme unterschiedlichster Kulturtraditionen belegt zum Beispiel eine 24 cm im Durchmesser umfassende Silberschale aus dem späten 5./frühen 6. Jahrhundert. Angefertigt im Ost-Iran zeigt sie in der Mitte die indische Göttin Hariti auf einem Löwenthrone. Hariti ist die Beschützerin der Kinder. Über ihr schwebt das in der griechisch-römischen Mythologie beheimatete Paar Helios und Selene, unter ihr ruhen der indische Gott Schiwa und dessen Gattin Parvati. Im am linken Schalenrand stehenden Widderträger sieht Michele Minardi sogar frühchristliche Anklänge an das Sujet des „guten Hirten“.

In den 30er Jahren des 7. Jahrhunderts begann die Eroberung und Zerschlagung des Sasanidenreiches durch die arabischen Kalifen. 651 wird der letzte Sasanidenschah ermordet – ansonsten erfolgt die arabisch-muslimische Eroberung mit vergleichsweise geringem Blutvergießen.

Auch der Iran wird als Teil des gewaltigen Abbasidenreiches islamisiert. Im 10. Jahrhundert aber wird er durch Dynastien, die aus diversen Militärkassen erwachsen – wir würden heute von „Warlords“ sprechen –, von der arabischen Welt abgespalten. Religiös erfolgt eine stärkere Hinwendung zur islamischen Orthodoxie und kulturell ist in dieser Krisenzeit eine „iranische Renaissance“, die bis zum frühen 11. Jahrhundert andauert, zu registrieren. Das Katalogbuch führt beeindruckende Silberarbeiten und Keramiken an. Spannend ist die Darstellung der aufblühenden Kultur der städtischen Eliten entlang der Seidenstraße.

Die bereits angesprochene „Teilung der islamischen Welt in Ost und West“ befestigt sich endgültig mit dem Herrschaftsantritt der Seldschuken, die 1055 Bagdad erobern. Damit treten für einige Jahrzehnte Clans nomadischer Turkvölker die Herrschaft über die Region an. Die erscheint von außen gefestigt, gerät im Inneren aber von einer Krise in die andere und kann den Einfällen von Nomadenvölkern aus dem Osten nichts mehr entgegensetzen. Dennoch hatte sich „für die Bevölkerung im Alltag anscheinend wenig“ geändert, stellt Oliver Watson in seinem Beitrag fest. „Offenbar genöß sie soviel Reichtum und Stabilität, dass die Produktion urbaner Luxusgüter und deren Handel mit anderen Zentren in Iran florierte.“ Der Band dokumentiert wundervolle Werke der Kaschan-Keramik des 13. Jahrhunderts.

Ab 1217 verwüsten die Heere Dschingis Khans die gesamte iranische Welt. Höhepunkt war die Eroberung und Auslöschung Bagdads (1258). Die Mongolen richten auf ihrem Zerstörungsfeldzug eine ökologische Katastrophe an, die bis heute nachwirkt. „Die Verluste an Menschenleben kamen einem Völkermord gleich“, schreibt Robert Hillenbrand. Zugleich verweist er auf die historisch einmaligen Dimensionen des von Dschingis Khan und seinen Erben errichteten Weltreiches. Es umfasste vom Japanischen Meer bis zur Ostgrenze des römisch-deutschen Reiches den größten Teil der eurasischen Landmasse.

Als dieses Großreich ab 1260 wieder zerfiel, entstanden im Laufe des 14. Jahrhunderts die bis heute bestehenden Grundkonturen der asiatischen Staatenwelt. Von daher kommt auch eine tief wurzelnde kulturelle Prägung, die in ihren Urgründen bis auf die Zeit der Abbasiden und Seldschuken zurückgreift und von erstaunlicher Überlebenskraft ist. Diese zu ignorieren und durch aufgestülpte „westliche Werte“ ersetzen zu wollen, muss zwangsläufig scheitern. Das in den letzten 30 Jahren erlittene Fiasko des Westens im Mittleren Osten ist kein Zufall. „Wie so oft stellte auch hier der kulturelle Sieg letztlich die militärische Niederlage in den Schatten“, urteilt Hillenbrand über die Entwicklungen in der Region nach dem Sieg der mongolischen Heere.

An signifikanten Beispielen seien hier nur Firdausis „Buch der Könige“ – das zwischen 977 und 1010 entstandene Epos sollte zu einem der wichtigsten Überlieferer der iranischen Kultur werden – und die bedeutenden Schöpfungen der „timuridischen Renaissance“ des 15. Jahrhunderts genannt. Ausgerechnet die Nachfahren des Blutsäufers Timur (Tamerlan) bescheren seinem rasch wieder zerfallenden Reich eine kulturelle und wissenschaftliche Blüte unerhörten Ausmaßes. Als Orientierungsorte seien das usbekische Samarkand und das iranische Herat erwähnt. In dieser Zeit setzt die klassische Phase der persischen Literatur (und Buchmalerei!) ein. Die Autoren weisen völlig zu recht auf den erheblichen Einfluss der chinesischen Kunst – vor allem in der Keramik – hin.

1501 begründet Schah Ismail die Dynastie der Safawiden (bis 1722). Die Safawiden trugen entscheidend zur Grundlegung des heutigen Iran bei. Sie zentralisieren das Land, setzen das Persische als Sprache der Hochkultur durch und sorgen dafür, dass die Zwölfer-Schia (das Schiitentum) zur bis heute nicht nur die Politik, die Religion und Kultur, sondern de facto alle Lebensbereiche prägenden Richtung des Islam wird. Für die Safawiden-Schahs – sie fungierten in ihrer religiösen Rolle bis zu dessen Rückkehr als Stellvertreter des „verborgenen Imams“ auf Erden – brachte das zunächst Probleme mit den geistlichen Würdenträgern mit sich. Spätestens mit der Umgestaltung Isfahans zur neuen Hauptstadt Irans durch Abbas I. am Ende des 16. Jahrhunderts war das aber auch geklärt.

An diesem Punkt beendet das beeindruckende Katalogwerk seinen Gang durch 5000 Jahre Kunst und Kultur. Der Band wirft ein Vorurteil nach dem anderen über den Haufen. Er verführt – nicht zuletzt durch seine vorbildliche buchünstlerische Ausstattung – zu weiterer vertiefter Auseinandersetzung mit einem konstituierenden Baustein der Menschheitskultur.

Und – das sei hier nachdrücklich angemerkt – er provoziert nachdrückliche Zweifel an der gegenwärtigen Ausrichtung der westlichen Politik dieser Region gegenüber.

*Ute Franke / Ina Sarikhani Sandmann / Stefan Weber (Hrsg.): Iran. Kunst und Kultur aus fünf Jahrtausenden, Staatliche Museen zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz / Hirmer Verlag, Berlin und München 2021, 396 Seiten, 49,90 Euro.*

---

## Wieder gelesen: „Gold und Eisen. Bismarck und sein Bankier“

*von Alfons Markuske*

*Bleichröder war in der Politik  
des Kaiserreiches ständig überall präsent.*

*Fritz Stern*

Nach ihrem Ableben fallen Menschen binnen weniger Generationen dem allgemeinen Vergessen anheim. Das ist gängiges Schicksal. Auf ein Davonausgenommenwerden hoffen dürfen nur jene, die zu ihren Lebzeiten ganz Außerordentliches entweder geleistet oder angerichtet haben – es sei denn, die nachfolgende Geschichtsschreibung und -aufarbeitung ignoriert sie konsequent, also ebenso vorsätzlich wie zielgerichtet – und tilgt sie so aus dem öffentlichen Erinnern. Einer, dem Letzteres besonders gründlich widerfahren ist, war der jüdische Bankier Gerson Bleichröder (1822–1893), ab 1872 von Bleichröder. Beginnend 1859 avancierte Bleichröder ziemlich rasch zum jahrzehntelangen Geldbeschaffer, Vermögensverwalter, intimen Vertrauten und zugleich zu einem der engsten Mitarbeiter in strategischen Staats- wie operativen Regierungs- und immer auch ganz privater Angelegenheiten des Reichsgründers Otto von Bismarck und unter den wenigen Juden, die in Preußen wie im späteren Deutschen Reich überhaupt je nobilitiert wurden, zum ersten, der nicht zuvor zum Christentum konvertiert war. Fritz Stern: „eine Sensation“. Und dieser Bankier war zugleich ein international hoch anerkannter Akteur, bei Herrschenden in Frankreich und England ebenso wie in Russland. 1872 ernannte ihn London zum Generalkonsul in Berlin. Bleichröders Name, so Stern zusammenfassend, „war für seine Zeitgenossen ein geläufiger Begriff, der einen Beiklang von enormem Reichtum, Macht und geheimnisvollem Einfluß hatte“.

Als Fritz Sterns Monumentalwerk über Bismarck und seinen Bankier 1977 bei Alfred A. Knopf, New York, erschien, waren zum Eisernen Kanzler bereits mehr als 7000 Werke publiziert worden, über Bleichröder hingegen kein einziges.

Den Grundstein zum Vergessen des Bankiers hatte dabei Bismarck höchstselbst gelegt: „[...] nach dreißig Jahren der Zusammenarbeit, nach zahllosen Gesprächen und einem umfangreichen Briefwechsel“ übergang der vormalige Ministerpräsident von Preußen und spätere erste deutsche Reichskanzler in seinen drei Memoiren-Bänden Bleichröder praktisch komplett. Lediglich im letzten Band wird der Bankier ein einziges Mal beiläufig erwähnt, doch ohne direkten Bezug zu Bismarck.

Deutsch-nationale Historiker taten ein Übriges – aus augenscheinlich antisemitischen Gründen. Schlimm genug, dass der Nationalheroe Bismarck sich einen Geldjuden hielt, aber entscheidenden tätigen Anteil an der ersten deutschen Einheitswerdung durfte der nun keinesfalls gehabt haben. Fritz Stern: „Die Herausgeber von Bismarcks Gesammelten Werken (1924–1935) veröffentlichten keinen einzigen Brief Bismarcks an seinen Bankier [...]“.

Selbst noch in dem herausragenden, seinerzeit auch in der Bundesrepublik hoch gelobten Werk des DDR-Historikers Ernst Engelberg „Bismarck. Urpreuße und Reichsgründer“ von

1985 ist Bleichröder bedeutungslose Randfigur, erwähnt auf lediglich einer halben von insgesamt 839 Seiten und mit einer einzigen Fußnote bedacht. Die allerdings verweist zumindest auf Fritz Sterns Buch.

Dass die Verwandlung Bleichröders in eine, wie es Stern nennt, „Un- oder Nicht-Person“ in der deutschen Geschichtsschreibung im Übrigen unverändert fortwirkt, konnte erst jüngst wieder besichtigt werden – in dem ansonsten interessant gemachten ZDF-Dokudrama „Kaiserspiel. Bismarcks Reichsgründung in Versailles“. Bleichröder hatte, was bei Fritz Stern ausführlich nachzulesen ist, sowohl während Bismarcks Hinarbeiten auf den Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 als auch bei dessen Abwicklung eine aktive Rolle zu spielen. So lief etwa die Auszahlung geheimer preußischer Gelder in Höhe von 100.000 Francs an italienische Revolutionäre über Bleichröder; Ziel: aufständische Aktivitäten in Nizza, um Frankreichs Südflanke zu destabilisieren. Sterns Fazit: „Während des ganzen Krieges war seine [Bleichröders – A.M.] Anwesenheit evident.“ Auch der „Einkauf“ des Bayernkönigs Ludwig II. durch Bismarck, um die Kaiserkrönung Wilhelms I. in Versailles überhaupt zu ermöglichen, lief preußischerseits über Bleichröder, dem im Nachgang die jährliche Zahlung von 300.000 Mark aus dem Welfenreich (siehe unten) an den Bayernkönig oblag. In Anerkennung seiner Verdienste wurde Bleichröder zur persönlichen Teilnahme an der Kaiserkrönung im Spiegelsaal von Versailles geladen. (Noch in Versailles wurde ihm überdies das Eiserne Kreuz Zweiter Klasse verliehen.) Im „Kaiserspiel“ hingegen – und obwohl der Film die preußischen Kabalen um Ludwig II. in ihrer zentralen politischen Bedeutung herausstellt – kommt Bleichröder gar nicht vor.

Dabei spielte der Bankier für das letztlich Gelingen des Bismarckschen Kurses der deutschen Reicheinigung von oben und vermittels dreier Kriege – 1864 zusammen mit Österreich gegen Dänemark, 1866 gegen den zuvorigen Verbündeten und schließlich 1870/71 gegen Frankreich – eine sowohl finanz-, als auch innen- wie nicht zuletzt außenpolitische Schlüsselrolle, wie Fritz Stern minutiös herausarbeitet und nachgewiesen hat.

So hatte der Preußische Landtag am 22. Januar 1864 mit 275 gegen 51 Stimmen eine von Bismarck dringend geforderte Anleihe abgelehnt, mit der die erforderlichen Gelder „für das dänische Unternehmen“ sichergestellt werden sollten. „Bismarcks Dilemma“ formuliert Stern folgendermaßen: „[...] um außenpolitische Erfolge vorweisen zu können, die schließlich den Landtag bezwingen würden, brauchte er Geld, das zuguzustehen das Parlament nicht willens war.“ Doch Bismarck wäre nicht Bismarck mit der ihm eigenen Durchsetzungsstärke und Brutalität gewesen, hätte er sich dadurch von seinem Kurs abbringen lassen. Er erklärte runderhaus, wenn man ihm legale Mittel verweigere, werde er sie nehmen, wo er sie finden könne. Und als sein Instrument dafür, etwa „zur Flüssigmachung preußischer Kapitalien“ am Parlament vorbei und teils unter Bruch der preußischen Verfassung, fungierte ein ums andere Mal – Gerson Bleichröder; er „besorgte die Geldmittel für den Krieg“.

Der Bankier, der über die Jahre zugleich Bismarcks Privatvermögen durch finanzielle Investitionen und Spekulationen stetig und sehr erfolgreich mehrte, schoss seinem wichtigsten Kunden gegebenenfalls sogar private Mittel vor, so im Zuge der Kriegsvorbereitungen gegen Österreich, als geheime Vorkehrungen mit potenziellen ungarischen Aufständischen im Rücken Wiens großzügiger Finanzierung bedurften.

Ein weiteres pikantes Kapitel des Zusammenwirkens zwischen Staatsmann und Bankier erstreckte sich über lange Jahre. Im Ergebnis der Niederlage Österreichs im Krieg von 1866 hatte Preußen auf Betreiben Bismarcks das Königreich Hannover – Verbündeter Wiens – annektiert und als Provinz Preußen angegliedert. Dass Bismarck damit in Hannover mit den Welfen zugleich die älteste in Deutschland regierende Dynastie stürzte, kommentiert Fritz Stern so: „Bismarck, der Erzkonservative, warf Fürstenhäuser mit einer Hemmungslosigkeit über den Haufen [...], die sich kein deutscher Revolutionär als möglich erträumt hätte.“

Überdies wurde das Vermögen der Welfen im Umfang von 16 Millionen Thalern zugunsten Preußens konfisziert. Daraus wurde jedoch mitnichten totes Kapital, dieses Vermögen warf vielmehr jährlich erkleckliche Zinsen ab – bis zu 600.000 Thaler (etwa elf Millionen Euro) –, und Bismarck erreichte, dass ihm diese Zinsen, als Welfenfonds bezeichnet, vom preußischen Landtag zur freien Verfügung gestellt wurden. Also „ohne öffentlich Rechenschaft ablegen zu



müssen“. Heute pflegt man ein derartiges Konstrukt „schwarze Kasse“ zu nennen. Die benutzte man auch schon damals insbesondere für geheime Schmiergeldzahlungen. Fritz Stern gibt unter anderem folgendes Beispiel: „Bismarcks letztes Mittel, wenn er mit der Presse zu tun hatte, war Bestechung, ob mit der deutschen oder ausländischen, oft aus dem Welfenfonds finanziert, oft vom willfähigen Bleichröder durchgeführt.“ Und da Bismarck, so Fritz Stern, bei Gelegenheit einige Journalisten als „Reptilien“ bezeichnet hatte und politische Opponenten Bismarcks mutmaßten, er würde diese „Reptilien“ mittels des Welfenfonds „füttern“, wurde für diesen der Begriff „Reptilienfonds“ geläufig.

Der ist bekanntlich bis in unsere Tage in Gebrauch geblieben, wenn es um „schwarze Kassen“ geht. So nahm 1958 die SPD im Bundestag den damaligen Kanzler Adenauer unter Beschuss, er würde aus einem Reptilienfonds seines Kanzleramtes CDU-Wahlpropaganda finanzieren. Auch Journalisten wurden zu Adenauers Zeiten aus dieser Quelle regierungsfreundlich gestimmt, wie *DER SPIEGEL* 2007 in Erinnerung rief. Seit Mitte der 1970er Jahre schließlich soll sich Presseberichten zufolge auch die SPD nicht zu fein gewesen sein, im Kanzleramt einen millionenschweren entsprechenden Fonds zu unterhalten und damit auch eigene Parteifinanzierung zu betreiben.

Am Ende seines Buches vermerkte Fritz Stern: „Es gibt kein Epitaph für Bleichröder.“ Immerhin aber ist seine Grabstätte auf dem Jüdischen Friedhof in der Schönhauser Allee zu Berlin gut erhalten und neben den Gräbern solcher Persönlichkeiten wie etwa Max Liebermann durchaus ein Grund mehr, diesem Friedhof gelegentlich einen Besuch abzustatten.

*Fritz Stern: Gold und Eisen. Bismarck und sein Bankier, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg 1988, 860 Seiten; nur noch antiquarisch.*

---

## Moses 2.0 oder Die Singularität der Shoah

von Stephan Wohanka

Nach biblischer Überlieferung führte Moses das Volk Israel aus der ägyptischen Gefangenschaft in das gelobte Land; er ist auch der Mann, der den Israeliten die Zehn Gebote überbrachte. Wenn es um „biblische Themen“ geht, ist auch ein „moderne Moses“, der australische Historiker Anthony Dirk Moses, äußerst rühmig; diese Themen waberten „unter dem Schaum der Oberfläche“. Nebulös; was verdeckt der Schaum? Zum Beispiel, dass in Deutschland die Erinnerung an Auschwitz ein „christologisch geprägter Erlösungsnarrativ“ sei, die „Opferung“ der Juden“ als „Heilsgeschichte“ erzählt werde; dass das Ganze ein „Katechismus“ mit dem Ziel sei, „den Holocaust als die Negation der westlichen Zivilisation zu sakralisieren“. Oha; mehr Bombast ist kaum möglich.

A. D. Moses trat eine weltweite Debatte los, die auch namentlich hierzulande einige Wellen schlägt – es geht dabei um die Einzigartigkeit, die „Singularität“ des Holocaust und um die Beziehung, das vermeintliche innere, historische Band zwischen dem Massenmord der Nazis an den europäischen Juden und kolonialer Gewalt und Verbrechen. Gefragt wird: Versperrt nicht der Umgang mit dem Holocaust in Deutschland den Blick auf die Verbrechen des Kolonialismus? Die, die diese Frage bejahen, sagen: Auschwitz werde zu einer „Keule der Zensur“ – 1998 hatte Martin Walser auch von „Moralkeule“ gesprochen –, was zur Folge habe, dass andere Völkermorde „fetischhaft“ geleugnet würden, jeder Vergleich mit anderen, kolonialen Verbrechen „tabuisiert“ sei. So behaupten es jedenfalls der US-amerikanische Literaturwissenschaftler Michael Rothberg und der Historiker Jürgen Zimmerer,

Bis 1884 besaß Deutschland keine Kolonien; vorherige Kolonisationsversuche wie beispielsweise der Brandenburg-Preußens von 1682–1717 an der Goldküste, dem heutigen Ghana, wa-

ren nicht von Dauer. Es ist richtig, dass – ausgehend von diesem eher geringen Belang der Kolonien für Deutschland – der deutsche Kolonialismus und seine Verbrechen im Bewusstsein der deutschen Öffentlichkeit keinen herausragenden Platz einnehmen. Es dominieren im kollektiven Gedächtnis der von Deutschland maßgeblich verursachte Erste Weltkrieg, die Revolution von 1918/19, die Inflation von 1923, die Weltwirtschaftskrise 1929 und natürlich die Nazi-Herrschaft mit all ihren Folgen; namentlich die Erinnerung an Auschwitz.

Diese historischen Traumata sind bis heute noch so virulent, dass sie die deutsche öffentliche Meinung und Politik beeinflussen: Beispiele sind die gerade wieder aufkeimende Inflationsangst bis hin zur Ablehnung dauerhafter gemeinsamer europäischen Schulden und die pazifistisch motivierte Zurückhaltung bei Einsätzen der Bundeswehr im Ausland; oft zum Ärger westlicher Alliierten. Auch die Angst vor instabilen politischen Verhältnissen, die sich heute auch wieder in der Toleranz gegenüber autokratischen, Sicherheit versprechenden Regimen zeigt, speist sich aus historischen Quellen. Trotzdem – die Geschichte der kolonialen Verbrechen liegt nicht im Dunklen: Ob die Genozide an den Hereros und Namas im damaligen Deutsch-Südwest 1904, der Krieg gegen die Maji-Maji-Bewegung mit zwischen 75.000 und 300.000 Toten in den ostafrikanischen deutschen Kolonien oder die Niederschlagung des Boxer-Aufstands in China mit Tausenden von Opfern – all das ist bekannt und zunehmend Gegenstand einschlägiger Diskurse und Abhandlungen; von „leugnen“ kann keine Rede sein.

Eine Sonderstellung nimmt im deutschen kollektiven Gedächtnis der Holocaust ein. Der deutsche Staat sieht sich als Garant der Sicherheit Israels; diese sei „deutsche Staatsraison“, was heißt, dass beispielsweise die Bundesrepublik zu Sonderkonditionen U-Boote an den jüdischen Staat liefert. Daneben gibt es eine elaborierte Erinnerungskultur zur Shoah mit entsprechen Gedenktagen, Kranzniederlegungen und Reden mit dem Versprechen, so etwas nie wieder zuzulassen. Eine „Sakralisierung“ vermag ich zumindest nicht zu entdecken; eher eine routinierte Profanisierung, was nicht unbedingt schlecht sein muss und vielleicht auf eine gewisse kathartische Wirkung dieser Rituale hindeuten könnte. Auch die Täter der immer wieder vorkommenden antisemitischen „Ereignisse“ und Verbrechen beziehen sich desgleichen häufig auf den historischen Kontext der Judenverfolgung im 3. Reich.

Das Ansinnen der Moses, Rothberg, Zimmerer ist es, die Shoah in eine Reihe mit anderen – namentlich kolonialen – Verbrechen zu stellen und sie so ihrer Einzigartigkeit zu berauben. Das führt zu der Frage: War die Shoah tatsächlich einzigartig, singular? Der gerade medial umfänglich aufbereitete Jahrestag der Wannsee-Konferenz vom 22. Januar 1942 hat das meines Erachtens nach nochmals mit großer Deutlichkeit demonstriert: Da saß eine Männerrunde aus Spitzenfunktionären des NS-Regimes zusammen und verhandelte mit bürokratischer Routine ohne jedwede Emotion den Mord an 10 Millionen europäischer Juden; sie hätten mit gleicher Gelassenheit über jeden anderen Gegenstand staatlichen Handelns in gleicher Manier reden können. Schon da beginnt, was Hannah Arendt die „Banalität des Bösen“ nannte. Der auf der Konferenz protokollführende Adolf Eichmann, später mit der Organisation dieses monströsen, alle kulturellen und zivilisatorischen Werte und Errungenschaften infrage stellendes Verbrechens beauftragt, hat höchstwahrscheinlich keinem einzigen Juden ein Haar gekrümmt, geschweige denn selber umgebracht. Aber er und seine Helfershelfer stellten alle technischen und organisatorischen Ressourcen ebendieser Zivilisation in den Dienst „der Sache“ – der fabrikmäßigen Extermination von Juden; Georg Lukács spricht von „Todeskombinaten“. Und das nur und ausschließlich deshalb, weil sie Juden waren! Die Täter begingen einen Zivilisationsbruch; die Shoah ist keine „Heilsgeschichte“, sie ist „die Negation der westlichen Zivilisation“.

Dem auch vorgebrachten Argument, die „Judenfrage“ habe sich als „soziale Frage“ dargestellt, ja vom „Raubmord zur Finanzierung des Sozialstaats“ wird gesprochen, will ich entgegenhalten, dass – anders als im Kolonialismus – Landraub und Ausbeutung natürlicher Ressourcen keine Rolle spielten und der Antisemitismus als verschwörungsideologische Weltanschauung der Nazis für diese einen sozial- und machtpolitischen Mehrwert darstellte; auch teilweise in den von ihnen unterworfenen Ländern. Dass der Nazi-Staat sich an jüdischem Eigentum bereicherte und dass die deutschen „Volksgenossen“ von der jüdischen Vertreibung auch materiell profitierten, steht dem nicht entgegen; zumal sie sich damit auch zu Komplizen des Regimes machten.

Wie eingangs geschrieben, geht auf A. D. Moses die „Sakralisierung“ des Holocaust zurück; wozu das? Ich denke: Um behaupten zu können, dass das „Heiligtum Holocaust“ mit seiner Aureole die Debatte über andere Verbrechen, namentlich die kolonialen, gleichsam überblende, letztere in den Schatten stelle und so ihre historische Bewertung be-, wenn nicht gar verhindere. Und paradoxerweise ist es dann auch Moses, der den erst von ihm geschaffenen Nimbus „mit rebellischem Gestus“ zusammen mit anderen stürzt, um den Holocaust „zwanghaft der Gestalt kolonialer Gewalt“ anzuverwandeln, so der Historiker Dan Diner. Wenn Zimmerer und Rothberg schreiben, dass es in der Diskussion um die Singularität des Holocaust um die Abwehr der Debatte über die kolonialen Verbrechen gehe, so liegen sie falsch: Nicht die die Einzigartigkeit der Shoah behindert die Debatte, sondern deren mir völlig unverständliche Sakralisierung, was ihre Herausnahme aus dem „irdischen“ Diskurs bedeutet. Auschwitz ist ein singulär herausragendes deutsches Verbrechen in einer langen historischen Kette weltweiter Verbrechen; namentlich kolonialer, begangen von Deutschen und anderen. Die Anerkennung dieser Sonderstellung schmälert nicht die Grausamkeit der anderen Genozide; desgleichen führt deren – notwendige! – verstärkte Erforschung und Befassung nicht zur „Minimierung“ der Shoah. Nur diese Einordnung kann zu der von Zimmerer und Rothberg geforderten „multidirektionalen Erinnerung“ führen.

Und ganz am Schluss: Der moderne Moses führt nicht ins gelobte Land historischer Klarheit, sondern stiftet Verwirrung ...

---

## Theaterberlin

von Reinhard Wengierek

Diesmal: „König Lear“ – Renaissance Theater / „Der Diener zweier Herren“ – Berliner Ensemble.

\*\*\*

*Renaissance: Weg vom argen Weg der Erkenntnis*

Der Mensch als „armes, nacktes, zweizinkiges Tier“. Davon erzählt Shakespeare im „König Lear“ und jagt den alten, von Machtverlust und Verblendung gezeichneten Graubart durch alle denkbar irdischen Höhen und Tiefen, Natur- und Menschengewalten und schließlich auf den argen Weg der Erkenntnis. An dessen Ende kommt ihm denn auch die Erleuchtung, dass alles Streben auf Erden eitel sei und Narretei.

Man kann dieses schwarzschillernde Drama vom ewigen Jammer der menschlichen Kreatur wie ein seltsam fernes und gerade dadurch unheimlich nahes, uns arg betreffendes Märchenbuch ganz altmeisterlich aufblättern. Und das Gran Süße im Galligen, im Blöden Komisches, im blutspritzend Brutalen das Grotteske, im rasenden Irrsinn Hellsichtiges und im tiefsten Aberwitz das alltäglich Absurde sichtbar machen und damit die unglaubliche Tragödie zur Komödie des Menschseins.

Diesmal geht Regisseur Gunbert Warns, der neue Chef des Renaissancetheaters (einst Protagonist des längst vergangenen Schiller-Theaters), schon durch die Entscheidung für den sprachstarken Übersetzer und draufgängerischen Bearbeiter Thomas Melle (selbst ein erfolgreicher Dramatiker), einen ganz anderen Weg.

Da schillern, funkeln und blitzen nämlich keine menschlichen Ambivalenzen, leuchten keine subtil psychologischen Feinzeichnungen, da krachen vielmehr Grotteske und Farce zusammen und entwerfen geradezu lehrstückhaft ein Polit-Kabarett über den Versuch eines gesellschaftlichen Systemwechsels: Goneril (Katrin Striebeck) und Reagan (Jaqueline Macaulay), die beiden emanzenhaft rasenden Schwestern, wollen zusammen mit Edmund, dem Underdog (Matthias Mosbach), das Machtssystem Lear sprengen (Felix von Manteufel als fetter Tattergreis im Nachhemd). Die drei faseln viel von Systemveränderung, einfachen begeistert ein zünftiges Hauen und Stechen, wobei schnell klar wird: Hier wechselt kein System, hier passiert keine Revolu-

tion durch Frauenpower. Hier tobt ein blutriefender, kabarettistisch aufgeschäumter Comic mit depperten Männern und zwei wilden Weibern. – Das Publikum, angestachelt vom satirischen Gewitzel und saftigen Klamauk lacht sich scheckig. Und die Tragödie zugleich in den Orkus.

Von dort gibt dann Thomas Melle den beiden Furien unglaublich das unglaubliche Schlusswort: „Auch wir finden’s traurig, auch wir leiden mit./ Doch kein Paradies ohne Höllenritt./ Bald sind es solche wie wir, die entscheiden./ Vielleicht lässt sich dann das Schlimmste vermeiden.“

Von Traurigkeit und Leiden natürlich keine Spur. Was bleibt ist – immerhin im Sinne Shakespeares – die Warnung: Mit solchen Leuten wird jede Zukunft schlimm.

Übrigens: kürzlich gab es im Gorki-Theater eine „Lear“-Version, die mittels Frauenpower und Männerbashing den Klassiker queer aufmischt und mit Gendersternchen dekoriert: „Queen Lear“; Titelrolle: die große Corinna Harfouch. Sie aber konnte die zeitgeistgeile Chose aus futuristisch grell ballerndem Allotria im All mit dem Shakespeare-Raumschiff und düster existenzialistischem Endspiel an einer der Berliner Straßenbahnhaltestelle auch nicht wuppen. Darüber demnächst Näheres.

\*\*\*

*BE: Now we have the salad*

Venedig 1746: Eine als Mann verkleidete Frau auf der Suche nach ihrem Liebsten; ein Diener, der in Verkennung der Lage sich bei beiden verdingt. Und das Verwecheln, Verstecken, Misverstehen nimmt seinen rasenden Verlauf in Richtung Absurdistan... So geht Carlo Goldoni krachender *Commedia dell’arte*-Klassiker – ein Jahrmarktsspektakel deftiger Rokoko-Typen; seit jeher ein Festspiel für sportive Komödianten (und Komödiantinnen) mit jeder Menge Lust auf Zucker für deren Affen.

Doch das darf nicht sein. Jetzt im BE läuft „Der Diener zweier Herren“ mit Regisseur und Neu-Autor Antú Romero Nunes unter weitestgehender Vermeidung von Goldoni ganz anders. Weil, so steht es im Programmheft, die verrückte Klamotte ein Stück über Heimat, Fremde, Zuwanderung sein soll. Und noch dazu ein bissiger Kommentar auf Geschlechterrollen. Kann man, ganz im Geist unserer Zeit, ja alles machen mit Goldoni, dem tollen Scherzkeks volkstümlicher Massenunterhaltung – wenn’s denn wirklich klipp-klappt und zündet.

Aber was tut die Regie? Sie macht aus Italien einen wilden amerikanischen Südstaaten-Westen, wo auf „Quietlands“ eine mafios degenerierte Farmer-Gang haust, die ein breit gekautes Denglisch quatscht: „Now we have the salad“. Übersetzt via Übertitelungsanlage „Da haben wir den Salat“. Dieses Mackerdeppen-Team ist durchweg mit Frauen besetzt, die herausgeputzt mit Ekelmaske, Halbglatze, Dickbauch sowie Beinkleidern mit Hasenpfoten hinterm Hosenlatz breitbeinig und blöd an der Rampe herumrülpsen. Aha, die alten weißen selbstredend toxischen Kerle! Als lächerliche Macho-Kulisse für die mit ihren Geistesblitzen („I have a ghost-lightening“) alles überstrahlende, hinreißende Stefanie Reinsperger als Servant; bei Goldoni Truffaldino, der Diener.

Allein dieser Servant in Seppelhosen ist dicht bei Goldoni und natürlich meist kurz vorm Kollaps. Er verausgabt sich, zuweilen mit traurigem Augenaufschlag, tobt in wagehalsigsten Slapstickiaden sowie rhetorischen Schnellsprech-Örgien im gewitzten – und weil Stefanie eine Ösi ist – auch noch wienerisch eingefärbten äänglisch Kaugummi-Kauderwelsch. „Life is no sugar-licking“. Jaja, no Zuckerschlecken. Deshalb als Trösterle das Spielzeugschäfchen, das sie immerzu auf Rädchen hinter sich herschleppt.

Die quecksilbrige Reinsperger wuppt also allein das ganze dröge Western-Dingsbums mit den offensichtlich bloß fürs albern offensichtliche Männlichkeits-Bashing engagierten Macho-Pappkameraden. Mein Beileid für die unverschämt unterforderten Komödiantinnen Constanze Becker, Judith Engel, Lili Epply, Cynthia Micas.

Da soll man sich nun unentwegt lachend auf die Schenkel schlagen ohne zu kapieren, wie der Plot geht und was die ganze hässlich herumlungernde, unlustige Theaterei mit Colt-Gefuchtel und Cowboyhut-Posen eigentlich soll? Doch wir haben ja die Reinsperger! Wenigstens die als „Ghost-lightening“. Ansonsten: Kein Zuckerschlecken,ahaha.

# „Es spricht bloß von mir, aber es verrät mich nicht“. Leseerlebnisse bei Stefan Zweig

von Klaus Hammer

Am 27. Februar 1942 – schied Stefan Zweig in seinem Exilort Petropolis bei Rio de Janeiro aus dem Leben. Der Erfolgsschriftsteller, der einst als Repräsentant der Kulturnation Österreich galt, war zu einem von den Nationalsozialisten verfolgten und veremten jüdischen Flüchtling geworden. Als er den Fall von Singapur und den Vorstoß der deutschen Truppen durch Libyen in Richtung auf den Suezkanal vernahm, schien ihm das die einzige Konsequenz seiner düsteren Hoffnungslosigkeit und Untergangsstimmung zu sein.

„In meinen Novellen ist es immer der dem Schicksal Unterliegende, der mich anzieht“, hat Stefan Zweig wissen lassen. Wer aber für den Einzelnen gegen die Masse eintritt, gerät unweigerlich in die Zerreißprobe von Macht und Ohnmacht. Hilfloses Ausgeliefertsein, das ist nicht nur das Thema seiner letzten großen Arbeit, der „Schachnovelle“ (1942), sondern das ist auch das Lebensgefühl Zweigs und der Grund seines Todesgefühls. Aber mit seinem großen erzählerischen Werk hat er auch das nachgewiesen: Nur wer sein Ich anzunehmen, sein Selbst einzubringen vermag, der wird auch dieses Selbst durchlässig machen können für andere. Immer wieder hat Zweig auf die Bedeutung des Buches als „Eingang zur Welt“ verwiesen. Denn der Leser durchdringt, so Zweig, „wunderbar vervielfacht, mit dem Seelenblick Unzähliger“ Zeit und Welt. Er kann jene „Seelenarbeit“ leisten, die uns heute so nottut, sich selbst zu finden und durchlässig zu machen für andere.

Schon Stefan Zweigs erste Novelle „Brennendes Geheimnis“ (1911) erweist sich als ein großer Wurf: Trotz des Fehlens realistischer Details werden hier die verworrenen Gefühle und ungestillten Sehnsüchte der Jugend der Jahrhundertwende eindringlich beschrieben. Der eifersüchtige Knabe, der unter der Liebelei seiner erotischen Mutter leidet und alsbald den verhassten Verführer attackiert, wird für sein Schweigen gegenüber dem Vater mit der ersehnten Mutterliebe belohnt. Eigentlich haben der Knabe und der Verführer der Mutter, der forsche Baron, das gleiche Verlangen: sie begehren die Mutter und Frau – ein Tabubruch, den Zweig auf zwei Figuren verteilt.

Hier zeigt sich schon ein Grundzug Zweigscher Erzählkunst: Differenzierte Innenansicht seiner Figuren, behutsame Einfühlung in ihre psychologischen Motive. In einer späteren Novelle „Der Amokläufer“ (1922) lässt Zweig den Erzähler sagen: „Rätselhafte psychologische Dinge haben über mich eine geradezu beunruhigende Macht, es reizt mich ... Zusammenhänge aufzuspüren, und sonderbare Menschen können mich durch ihre bloße Gegenwart zu einer Leidenschaft des Erkennenwollens entzünden...“ In einer merkwürdigen Verbindung von Sympathie und objektiver Distanz versucht Zweig, dem rätselhaften Verhalten seiner Erzählfiguren auf die Spur zu kommen und zu den Wurzeln ihrer Handlungen und ihrer Leiden vorzudringen. Meist sind die Gestalten einer dominierenden Kraft unterworfen. Eine einzige Leidenschaft, die allmählich ihre ganze Existenz bestimmt, setzt sich gegenüber allen anderen Gefühlsregungen, Bestrebungen und Zielen durch. Indem er eine exemplarische Zusammenschau verschiedener Monomanien vorstellt, gibt Zweig einen Überblick über ihre Formen, Erscheinungsweisen und Auswirkungen. Seine fiktive epische Welt sollte als Kosmos menschlicher Möglichkeiten im Sinne von Balzacs „Comédie humaine“ verstanden werden.

Im Mittelpunkt seiner Novellen steht die „sich ereignete unerhörte Begebenheit“ (Goethe), die dem Geschehen eine unvermutete Wendung gibt und die alltäglichen Vorgänge in ein fremdes Licht taucht, in eine neue, aufschlussreiche Perspektive rückt. Die Technik der unvollständigen und daher ergänzungsbedürftigen Information treibt die Handlung voran und schafft jene dramatische Spannung, die der Gattung der Novelle entspricht. Während in den frühen Novellen innerer Monolog und Dialog gegenüber dem reinen Erzählbericht vorherrschen, bevorzugt Zweig bei den späteren die Konfrontation von Rahmen- und Binnenerzählung, ein Verfahren,

das zur Objektivierung und Distanzierung der erzählten Ereignisse beiträgt. Jetzt begegnen uns häufig ausführliche Rückblenden in der Form der Beichte, einer Lebensbeichte. Die meistens einsträngige Handlung ist in das Innere des Protagonisten verlegt und durch subjektive Wiedergabe emotional angereichert und perspektivisch getönt. Das Eingeständnis gegenüber Dritten, das in der Umsetzung vergangener Handlungen ins Wort den Charakter psychoanalytischer Bewusstmachung annimmt, gehört zu den Konstanten in Zweigs späterer Prosa – so im „Brief einer Unbekannten“ (1922), wo die anklagenden Töne sich vordrängen, oder in den „24 Stunden aus dem Leben einer Frau“ (1925), wo die Befreiungsgeste ganz in die Aussprache vor einem fremden Zuhörer verlegt ist. Die pathologische Abhängigkeit des jungen Spielers von den Casino-Tischen wird hier fast ausschließlich durch die Bewegung seiner Hände vermittelt. In krampfhafter Spannung drückt er sie im Augenblick des Verlustes zusammen, dann lösen sie sich „wie zwei Tiere, die eine einzige Kugel durchschossen“ hat und liegen endlich „auf dem grünen Tisch wie ausgeworfene Quallen am Wasserrand, flach und tot“.

Auf diese zwei Spielerhände startete eine britische Lady – der junge Mann könnte ihr Sohn sein, ein Verlierer, den sie retten möchte. Sie verliert sich aber selbst im Bett eines schäbigen Hotels, so ihr atemberaubend erzähltes Geständnis, das sie ein Vierteljahrhundert später berichtet, als sie und der Ich-Erzähler an der französischen Riviera Zeugen eines erregenden Skandals werden: Eine untadelige Frau verlässt über Nacht ihren Mann und zwei Kinder und ist mit einem wildfremden jungen Mann auf und davon. Wir haben es hier mit einer kunstvoll verschachtelten Novelle, einer unerhörten Begebenheit zu tun.

In seinem brasilianischen Exilort Petropolis spielte Zweig mit seiner zweiten Frau Lotte Meisterpartien aus einem Schachbuch, das er gekauft hatte, was der Bearbeitung der „Schachnovelle“ (1942) diente, die er gerade entwarf. Diese Novelle spielt an Bord eines Passagierdampfers auf der Nord-Süd-Reise in der Neuen Welt, hat aber eine Binnenhandlung im Wiener Hotel Metropole, das die Welt von gestern repräsentiert, doch der Gestapo als Hauptquartier dient. Hier verbüßt jener Dr. B., der aus „einer hochangesehenen altösterreichischen Familie“ stammt, seine Isolationshaft, und zwar mit einem heimlich entwendeten Schachbuch, einer „Sammlung von 150 Meisterpartien“, die er nun gegen sich oder mit sich selbst austragen muss. War ihm das Spiel mit den aus Brotkrümeln geformten Schachfiguren zunächst ein Mittel gegen die erdrückende Monotonie des Raumes und der Zeit, so führt das permanente Doppeldenken zu einer Bewusstseinspaltung. Er verfällt in Wahnsinn, wird aus der Haft entlassen und kann auf einem Schiff flüchten. An Bord ist auch der Schachweltmeister Mirko Czentovic, jener „unmenschliche Schachautomat“ mit den präpotenten Zügen eines Miniatur-Hitlers, der nur mit einem Brett vorm Kopf spielen kann. Zwischen beiden kommt es zum erbitterten Zweikampf, zum Zusammenprall der Gegensätze: zuerst der allen Zuschauern unbegreifliche Sieg des Dr. B., weil dieser viel schneller kombiniert als sein routinierter Gegenspieler, dem Nachdenken eine geradezu physische Anstrengung verursacht. Aber dann folgt die Revanche bis zum neunzehnten Zug, bei dem die Welt endgültig auseinanderbricht: Czentovic ermüdet und irritiert den Gegner durch seine Langsamkeit, er hält sich an die sichtbare Konstellation auf dem Brett, Dr. B. denkt sich jedoch in den Wartezeiten schon wieder eine andere und unsichtbare Partie aus, findet deshalb nicht mehr zum Spiel zurück – Abbruch des Zweikampfes, ein offenes Ende, das niemand anderes als der Autor beschließt.

Wie ein kariertes Schachbrett spaltet sich in dieser ergreifenden Novelle das Selbst des Protagonisten „in ein Ich Schwarz und ein Ich Weiß“, die gegeneinander spielen bis zur totalen Vernichtung der eigenen Identität.

Zweigs Erzählungen überzeugen in der Beschreibung der unter der Oberfläche des täglichen Lebens verborgenen Leidenschaften. Diese Kraft verdanken sie entweder dem Umstand, dass sie in der Ich-Form geschrieben sind, oder der Tatsache, dass bei der Verwendung der dritten Person als Erzähler scheinbar eine Identifizierung des Autors mit dem Helden besteht. Der Leser kann erkennen, wie wahrheitsgetreu Zweig die Grenzen des Unbewussten zu umreißen verstand, und er glaubt zu meinen, dass der Autor hier persönliche Erfahrungen enthüllt habe, ein Trugschluss, da seine Meinungen so gut wie überhaupt kein autobiographisches Material enthalten. Aber gerade die persönliche Nähe schafft eine Aura der Intimität.

Wie sagt der Ich-Erzähler in der Novelle „Verwirrung der Gefühle“, als er gleich zu Beginn ein Buch liest, das ihm gewidmet ist: „Von jenem Geheimsten meiner geistigen Lebensentfaltung weiß jenes Buch kein Wort: darum musste ich lächeln. Alles ist wahr darin – nur das Wesenhafte fehlt. Es beschreibt mich nur, aber es sagt mich nicht aus. Es spricht bloß von mir, aber es verrät mich nicht“.

---

## Ostdeutschland seit 1989/90: Fotografische Zeugnisse

*von Ulrich Busch*

Der Umbruch in Ostdeutschland, der Untergang der DDR und die deutsche Vereinigung liegen jetzt mehr als drei Jahrzehnte zurück – und sind doch nicht wirklich vergangen. Dies hat etwas damit zu tun, dass diese für Millionen Menschen so außerordentlich bedeutsamen Prozesse bisher äußerst einseitig, ideologisch voreingenommen und daher insgesamt völlig unzureichend rezipiert und geistig verarbeitet worden sind. Inzwischen versuchen zahlreiche Projekte, Veranstaltungen, Publikationen, Diskussionen, Dokumentationen, Filme, Ausstellungen und andere Formen der wissenschaftlichen, medialen und künstlerischen Auseinandersetzung das bisher Versäumte nachzuholen. Nicht alle Versuche dieser Art sind von Erfolg gekrönt. Ich denke hier zum Beispiel an die vielen TV-Serien und Spielfilme, worin plötzlich „der Osten“, die Geschichte der DDR und die Probleme Ostdeutschlands thematisiert werden. Es gibt aber auch Beispiele, wo dies ganz hervorragend gelungen ist und wo wissenschaftliche wie künstlerische Arbeiten entstehen, die das Vereinigungsthema in einem ganz neuem Licht erscheinen lassen. Hierzu zählt das breit angelegte publizistische Projekt „Entkoppelte Gesellschaft. Liberalisierung und Widerstand in Ostdeutschland seit 1989/90. Ein soziologisches Laboratorium“, das von der Soziologin Yana Milev 2018 begonnen wurde und seitdem erfolgreich durchgeführt wird.

Das Forschungs- und Publikationsprojekt umfasst insgesamt neun Bände, die im Verlag Peter Lang herausgegeben werden. Bisher liegen fünf Bände vor. Der fünfte Band „Zeugnisse. Teil I: Fotografie“ ist Ende 2021 erschienen. In ihm wird eine große Zahl ausgewählter Werke künstlerischer Fotografie vorgestellt und auf „ihre Zeugnishaftigkeit in Bezug auf die verschwundenen Lebenswelten der DDR und auf den Wert des Nachhalls derselben in unserer heutigen Gesellschaft befragt“. Im Unterschied zu wissenschaftlichen Texten, deren Autorinnen und Autoren zumindest immer bemüht sein sollten, Tatsachen wahrhaftig und möglichst objektiv darzustellen, erheben die hier vorgestellten Fotografien keinen derartigen Anspruch; sie bleiben subjektiv und wollen dies auch sein. Ihr Anliegen ist es, den Betrachter dazu einzuladen, sich anhand des dargebotenen Materials ein eigenes und differenziertes Bild von der jüngeren ostdeutschen Geschichte zu machen, von der Zeit des Aufbruchs seit 1949 über die Zeit des Umbruchs seit 1989/90 bis hin zu den Gegensätzen der 2010er und beginnenden 2020er Jahre. Dafür muss man sich allerdings etwas Zeit nehmen, denn bei einem flüchtigen Durchblättern des Bandes erschließt sich der Gehalt der einzelnen Fotografien nicht. Auch trifft zu, was im Vorwort steht, nämlich, dass es „die Kontextualisierung ist, die das Projekt von vornherein von dem üblichen Ausstellungsniveau abhebt“. Dies gilt explizit für den vorliegenden Band, welcher „Arbeits-, Kultur- und Lebenswelten in der DDR und deren Verschwinden in Folge der ‚Wiedervereinigung‘“ fotografisch dokumentiert und textlich interpretiert: „Es ist ein Abschied ohne Trost und Gnade.“

Der Band enthält 18 Positionen einer „Visuellen Soziologie“. Hierunter wird ein „empirischer Forschungsgegenstand“ verstanden, der auf Fotografie und Film als verbreiteten Methoden der Feldforschung basiert. Derartige Visualisierungen, wie sie hier vorgenommen wurden, sind in der Ethnologie schon länger bekannt, für die soziologische Forschung bisher jedoch Neuland. Es ist der Herausgeberin Yana Milev insofern hoch anzurechnen, dass sie, die vor ihrer

wissenschaftlichen Laufbahn bereits eine in Fachkreisen breite Anerkennung gefundene künstlerische Karriere „hingelegt“ hat, mit der Visualisierung eine neue Methode in die soziologische Forschung hat einfließen lassen. Es sei in diesem Zusammenhang auf den gehaltvollen Essay „Yana Milevs ‚Projektionsforum III‘ auf der documenta X“ von Christoph Tannert in vorliegendem Band hingewiesen. Immerhin war sie die erste und bisher einzige ostdeutsche Künstlerin auf einer documenta in Kassel. Der Autor beschreibt dort, wie Milev sich nicht scheut, „die Abrißbirne über der politischen Beschäftigungsliteratur zu schwingen“ und wie sie sich auch in ihren akademischen Arbeiten als Soziologin „ihr künstlerisches Rebellentum bewahrt hat“, mit unkonventionellen Forschungsmethoden arbeitet und „die Streicheleinheiten der Politik“, mit denen die Wiedervereinigung der Deutschen als Erfolgsgeschichte gepriesen werden soll, vehement attackiert. Das gefällt natürlich nicht allen in der *scientific community*. So bleibt der streitbaren Soziologin und wortgewandten Publizistin trotz beachtlicher wissenschaftlicher Produktivität heute nicht nur die gebotene offizielle Aufmerksamkeit und Anerkennung versagt. Ihr wird selbst von wissenschaftlichen Einrichtungen und Organisationen, die in der DDR verankert und deren Protagonisten überwiegend Ostdeutsche sind, mitunter die Anerkennung und Unterstützung verweigert. Allzu unkonventionell, politisch provokant und manchmal auch zu polemisch erscheinen den akademischen Eliten ihre Analysen und Essays. Unangepasste Intellektuelle hatten es noch nie leicht in Deutschland. Dies gilt immer noch.

Ähnliches gilt für die im Buch vertretenen Fotografinnen und Fotografen. Auch sie haben es vorgezogen, ein ungeschminktes Bild der Wirklichkeit zu zeigen und kein Hehl daraus zu machen, sich als „fremd im eigenen Land“ zu präsentieren. Ihre Bilder dokumentieren eine untergegangene, eine verschwundene Welt, eine Welt die ausgelöscht worden ist. Aber auch eine Gesellschaft im Umbruch und im Übergang, eine Welt, in der sich Vertrautes mit Fremdem mischt, Altes mit Neuem und Schönes mit Hässlichem. Ihre Fotografien wirken beeindruckend und nachdenklich stimmend auf den Betrachter, so zum Beispiel die Bilder von Christian Borchert, Rolf Anders, Evelyn Richter, Eva Mahn, Thomas Uhlemann, Maria Notbohm, Jens Röttsch, Barbara Klemm, Andreas Rost, Philipp Beckert, Marcel Noack und anderen Künstlern. Exemplarisch sei die Fotoserie „Stadtbau Ost“ von Jens Röttsch genannt, welche belegt, wie in den 2000er Jahren in ostdeutschen Städten Tausende von Neubauwohnungen abgerissen („zurückgebaut“) worden sind. Eine Fehlleistung, die erst heute jedem so richtig klar wird. Diese Fotos sind Farbaufnahmen, ansonsten finden sich in dem Buch aber größtenteils Schwarz-Weiß-Aufnahmen. Nicht alle kommen auf dem verwendeten Papier optimal zur Geltung. Die beabsichtigte Wirkung ist insgesamt aber trotzdem gegeben. Dem Buch ist eine möglichst große Verbreitung und Popularisierung zu wünschen. Leider steht dem der hohe Preis etwas entgegen. Aber Bibliotheken sollten das Geld dafür aufbringen!

*Yana Milev, Philipp Beckert, Marcel Noack (Hrsg.): Entkoppelte Gesellschaft – Ostdeutschland seit 1989/90. Zeugnisse Teil I: Fotografie, Verlag Peter Lang, Berlin 2021, 690 Seiten, 114,95 Euro.*

---

## Medien-Mosaik

von bebe

Eigentlich war die sympathische Niedersächsin Katharina Marie Schubert als Schauspielerin in Wien, München, Berlin und Hamburg und in vielen Nebenrollen von Spielfilmen und Fernseh-Reihen (oft als Mörderin im Krimi) ausgelastet. Trotzdem hat sie daneben offenbar noch dramaturgische Fachbücher gewälzt (vielleicht nicht ganz zu Ende gelesen) und einen Spielfilm geschrieben, den sie auch selbst inszenierte. Ihr Erstling „Das Mädchen mit den goldenen Händen“ hat viel von dem, was ein wirksamer Film braucht. Was ihm fehlt, ist Tempo. Doch das



ist das große Plus. Schubert nimmt sich Zeit zum Erzählen, und da gibt's nicht wenig. Zu einer erschütternden Mutter-Tochter-Beziehung kommt ein bisschen Märchenpoesie, Erschröckliches aus der jüngsten deutschen Geschichte und Kritik an der Geschichtsvergessenheit der heutigen Spekulanten. Anspruchsvoll gibt sich der Streifen, indem er (wenig nachvollziehbar) in Kapitel eingeteilt ist. Aber warum beispielsweise die Mutter verbissen an einem Kinderheim hängt, das ihr jahrzehntelang nichts bedeutete, wird nicht erklärt. Hauptdarsteller wie Corinna Harfouch, Birte Schnöink und Jörg Schüttauf als doppelbödig fieser Bürgermeister schaffen es, in einigen Szenen zu berühren. Dagegen steht die allzu spekulative Vorlage. Aber es ist ein Erstling. Vielleicht lernt Frau Schubert, dass man eine gute Idee doch auch an eine gute Drehbuchautorin weiterleiten sollte!

*Das Mädchen mit den goldenen Händen, Regie Katharina Marie Schubert, Verleih Wild Bunch Germany, seit 17.2. in einigen Kinos.*

\*

Die Romane von Torsten Schulz faszinieren durch ihre ungewöhnliche Mischung von Realismus und Phantasie. In seinem neuen Werk „Öl und Bienen“ blieb er sich treu. Er schlägt einen Bogen von der Nazi-Zeit bis heute, erzählt Geschichte in ihrer skurrilen Sicht. Der Hauptteil handelt 1979 in Beutenberge. Dass dieses Dorf bei Nauen existierte, ist dem Großvater der Hauptfigur Lothar Ihms, genannt „der Ihmsche“, zu verdanken. Der hatte kurz nach dem Ersten Weltkrieg seinem Gefühl vertraut und bei Nauen ein Ölvorkommen entdeckt. Schnell wurde Beutenberge als Stützpunkt der Ölförderer errichtet, als die Quelle versiegte und Großvater als Betrüger inhaftiert wurde. Ihms Vater, der damals noch nicht Lothars Vater war, fühlte sich berufen weiter nach Öl zu suchen, wurde aber in den Krieg geschickt und zeugte seinen Sohn 1944, kurz bevor er für Führer und Vaterland fiel.

Der Ihmsche (der nach seiner unverheirateten Mutter so hieß) wuchs heran und ahnte, dass er die Fähigkeiten des Vaters und Großvaters geerbt hätte. Er lauschte in der Nauener Umgebung heimlich nach einer Ölquelle.

Wenn diese Darstellung der Vorgeschichte weit hergeholt scheint, ist es nicht dem Rezensenten zu verdanken. Der Autor schildert sie etwas zu umständlich, ehe er zur eigentlichen Geschichte um den Ihmschen, seine Mutter – in deren von Bienen bevölkertem Haus er wohnt – und seinen Freunden Krücke und Blutblase kommt. Gemeinsam leben sie in den Tag hinein, ehe des Ihmschen frühere Arbeitskollegin Agnes das Idyll gehörig durcheinanderbringt. Dieser Teil liest sich amüsant, ist gespickt mit vielen hintergründigen DDR-Anspielungen vom Kleber Duosan-Rapid (der auf Bienen eine besondere Wirkung hat) über die Rockmusik der Siebziger bis zu den motorisierten Zweirädern aus DDR-Produktion.

Legendenartig lässt Torsten Schulz den Roman ausklingen, und dem Leser bleibt die Anregung, über nachzudenken.

*Torsten Schulz, Öl und Bienen, Klett-Cotta, Stuttgart 2022, 224 Seiten, 22,00 Euro.*

\*

Weder in der DDR, in die sie 1976 schneiten, noch in der Gegenwart, weder im mitteleuropäischen Mittelalter noch im Land der Mitte oder im Wilden Westen sind die Abrafaxe zu verorten, denn die drei Gnome sind Zeitreisende. Seit Herbst sind sie unter anderem mit Harun al Raschid in der Zeit um 800 u.Z. im Orient unterwegs. Noch ist es nicht zu spät, in die aktuelle Geschichte einzusteigen. Die Helden des *MOSAİK* haben ausgerechnet im Faschingsmonat ein kurioses Jubiläum zu begehen. Seit ihrem ersten Erscheinen bestreiten sie ihre Abenteuer nun im 555. Heft. Als Dankeschön an die Leser gelten alle Hefte dieser Ausgabe als Unikate, denn sie sind nummeriert. Abgesehen vom Sammlerwert können Leser damit auch etwas gewinnen. Wenn sie sich anmelden, nehmen sie an einer Verlosung teil, durch die sie Mitglieder der großen *MOSAİK*-Gestalten-Galerie werden können. Fünf Gewinner(innen) werden fürs Heft gezeichnet! Wahrscheinlich nur so klein, wie es Mutter und Vater der Abrafaxe (Lona Rietschel, Zeichnerin, und Lothar Dräger, Autor) auf dem Wimmelbild in der Mitte der 555 zu entdecken sind. Aber immerhin!

Auch sonst sind die neuen Geschichten, in denen sich Abrax, Brabax und Califax im Milieu von 1001 Nacht tummeln, lesenswert!

*Der siebenfarbige Smaragd, MOSAIK-Heft 555, Autor: Jens U. Schubert, 32 Seiten, 3,45 Euro.*

---

## DDR-Bildgeschichten und Nachwende-Comicstrips

von Thomas Behlert

Neben der Comiczeitung *Mosaik*, die sich nur auf die Erzählung einer Geschichte beschränkte, konnte man in der DDR noch *Atze* lesen, wenn man sich in Comics verliebt hatte. Ab und zu gab es auch einige in der *Trommel*, in der *ABC-Zeitung* und in der vormilitärischen Zeitung *S+T*. In der Kinder- und Jugendzeitung *Frösi* (*Fröhlich sein und singen*) gab es neben politischen Artikeln, Rätselseiten, lehrreichen Geschichten besonders gute Bildgeschichten zu bewundern. Obwohl die Zeitung durch den niedrigen Preis und aufwändige Bastelbögen, Kunstdrucke und Spielereien (3D-Brille) ein Verlustgeschäft für den Verlag Junge Welt war, zeichneten die besten Künstler für das monatlich erscheinende Heft.

Neben Krumbach, Kieser, Moese und Hambach prägte vor allem Jürgen Günther die Seiten der bunten Zeitschrift mit Bildgeschichten, Rätseln, Bastelbögen und zu Weihnachten mit einem Adventskalender. 1938 in Halle/Saale geboren, erlernte Günther zunächst den Beruf eines Lithografen. Obwohl er sich von klein auf mit Comics beschäftigte, begann er mit einer soliden Arbeit, denn es wollten die Mutter, eine Kriegswitwe, und der jüngere Bruder ernährt werden. Nach einer glücklichen Fügung begann Günther im DEFA-Studio für Trickfilme zu arbeiten. Hier lernte er weitere Zeichner kennen, die als Nebentätigkeit für die *Atze* und die *Frösi* werkten. Ein spontaner Besuch im Verlag Junge Welt, der den Kinderzeitungen-Sektor liebevoll betreute, verlief positiv, und es begann eine regelmäßige Tätigkeit bei der *Frösi*. Daneben zeichnete Günther einige Titelbilder für *Atze*, Bildergeschichten in der *Neuen Berliner Illustrierten (NBI)*, in der *Freien Welt* und in der sorbischen Jugendzeitschrift *Plomjo*.

Da die Familie Günther in Dresden wohnte und der Vorlauf für eine neue Zeitungsnummer groß war, konnten politische Themen ignoriert werden. Von 1974 bis Juni 1981 amüsierten sich die Leser der monatlich erscheinenden *Frösi* über den grünen Affen Otto und seinen kleinen Pinguin-Freund Alwin. Es gab sie als Comic-Helden, sogar mit Sprechblasen, Rätselfiguren und später sogar als Beigabe für einen Blasenkaugummi, der leider für fetzige Blasen nur bedingt geeignet war. Ein westdeutscher Kaugummihersteller ließ nämlich die Gummis billig in der DDR produzieren. Und da die in der DDR verbleibenden Kaugummis einen Comic Strip benötigten, entwickelte Günther über 50 kleine Geschichten mit Otto & Alwin für die rosa Gummis, die 20 Pfennig kosteten und an den Kassen von HO und Konsum lagen.

Neben Otto & Alwin gab es Flitzi in der *NBI*, den Zauberer Kängurumann Olaf und Mischa & Kalle (*Freie Welt*).

Nach der Wende stellten fast alle Wochen- und Monatszeitungen der DDR ihr Erscheinen ein. Oder dumpfbackige Westzeitungen ließen die übernommenen Zeitschriften am langen Arm verhungern, wie zum Beispiel *Die Woche* die politisch aufsässige und in der DDR mit einer verdammt hohen Auflage punktende *Wochenpost*. Ehemalige Mitarbeiter der *Frösi* gaben einige Zeit eine kreativ und intelligent gestaltete Rätselzeitung (*RätselEL*) heraus, für die Jürgen Günther Rätselkrimis zeichnete. In der *Berliner Zeitung* und etwas später auch in der *Sächsischen Zeitung* erlebten Günthers Bären Ed und Eddy lustige Abenteuer. Dann kam es aber zu Verstimmungen zwischen dem Künstler und dem Verlag Gruner+Jahr, die als Herausgeber von *Berliner Zeitung* und *Sächsischer Zeitung* fungierten. Sie hatten wohl ohne Absprache Comic-Strips von Günther in anderen Publikationen des Verlages verwendet. Man einigte sich schließlich, dass

für die *Sächsische Zeitung* neue Figuren zum Einsatz kamen und die Bären ganz nach Berlin umzogen. Doch 1997 stieg die *Berliner Zeitung*, auch noch mit der 300. Folge, ganz aus und ersetzte die spannenden, lustigen und oft auch rätselhaften Bildgeschichten durch billigere Syndikat-Ware. Für die *Sächsische Zeitung* arbeitete Günther aber weiter und übernahm sogar die Kinderrätsel, für die bisher der mittlerweile 80 jährige Richard Hambach, Günthers Vorbild, verantwortlich war. Nun hat der „Club der DDR-Comicfreunde“ einen 292 Seiten dicken Band herausgegeben, der alle Ed & Eddy-Strips enthält, außerdem Geschichten vom Löwen-Kasimir und seiner Freundin, der Ente-Josefine, und die Rätselkrimis „Die Spur führt in den Himmel“ mit Mister Blöff. Redakteur Guido Weißhahn setzte alles mit viel Liebe in die richtige Reihenfolge und präsentiert sogar eine unveröffentlichte Folge, die gezeichnet war, aber nicht mehr erscheinen konnte, da die *Sächsische Zeitung* im August 2009 die Kinderseite plötzlich in ihrer bisherigen Form aufgab.

Jürgen Günther, der mit der Malerin und Grafikerin Herta Günther verheiratet war, starb 2015 in Dresden. Kasimirs Motto soll nun als letzter Satz über allem stehen: „Werdet wieder zu Kindern!“

*Jürgen Günther, Kasimir & Co, Club der DDR-Comicfreunde, Dresden 2021, 292 Seiten, 35,00 Euro; nur als Club-Jahresgabe erhältlich: [www.DDR-Comics.de](http://www.DDR-Comics.de).*

---

## Schreiben für den Sieg

von Erhard Weinholz

Frohgemut, mit einem leichten Kribbeln im Bauch laufe ich kurz vor 10 dem Rathaus Schöneberg entgegen. Tempo, Tempo, der Betrieb auf dem Platz davor ist schon in vollem Gange: Auf dem Trödelmarkt hier in den Bücherkisten herumzustöbern ist seit Längerem schon mein Hauptvergnügen. Immer wieder finde ich Überraschendes. Letzten Herbst waren es Kataloge von DDR-Kunstaustellungen aus den 50er Jahren; man sieht, dass der stalinistische Realismus selbst damals keine so große Rolle spielte, wie manche es heute behaupten. Neulich, passend zu seinem hundertsten Geburtstag, Fühmanns *Spuk. Aus den Erzählungen des Polizeileutnants K.*, noch aus seiner staatsstreuen Zeit; ich hatte das Bändchen schon länger gesucht, wollte dafür aber keine zehn oder zwölf Euro ausgeben – hier kostete es nur zwei. Und zuletzt: den *Ergänzungsband zum Barsortiments-Lagerkatalog 1941/42*, einem Gesamtverzeichnis lieferbarer Bücher.

Man muss ihn vorsichtig behandeln, diesen Katalog vom November '42: Der Buchblock ist gebrochen, die Seiten sind an den Rändern braun und brüchig geworden – er war nicht für die Ewigkeit gedacht. Die beiden Herausgeber waren führend im Buch-Großhandel, kauften also von den Verlagen, lieferten an die Läden. Auf gut 200 Seiten sind etwa 5000 Druckwerke verzeichnet, Neuerscheinungen tragen einen \*. Man bekommt damit einen Überblick über die Produktion der Branche, Tendenzen werden deutlich, auch wenn sich der Charakter der sogenannten schönggeistigen Literatur nicht immer aus dem Titel erschließt.

Hitlerdeutschland hatte Ende 1942 den Gipfel seiner Macht schon überschritten: Zwar lag die Front im Osten noch in weiter Ferne, doch die Katastrophe von Stalingrad bahnte sich bereits an, und seit dem Frühjahr hatte das Hinterland zunehmend unter alliierten Bomberangriffen zu leiden. Der Krieg veränderte den Alltag mehr und mehr, und er beherrschte auch den Buchmarkt. Zum einen war Heldisches gefragt, von wem, ist allerdings schwer zu sagen. *Flakartillerie greift an, Panzer am Balkan, Wir tragen den Tod übers Meer, Seemacht Deutschland, Wiederaufstieg, Kampf und Sieg, Polizei im Protektorat, Frontgeist und Heimatseele ...* es waren – geschätzt – einige hundert Titel dieser Art damals im Angebot. Gern zog man gegen die Feindstaaten vom Leder, *Moskau ohne Maske, USA ohne Scham, Zeugen gegen England von Alexander bis Woolton*, man unterstützte die Verbündeten, *Japan. Tradition und Gegenwart, So kämpfte Finnland,*

und ließ Kollaborateure wie Jef Hinderdael mit dem Bekenntnis *So fand ich zu Deutschland* oder Alfred Fabre-Luce mit seinem französischen Tagebuch zu Wort kommen. Kriegsbedingt waren zudem Bücher wie *Dänisch auf Baustellen* oder das deutsch-russische Forstwörterbuch und wahrscheinlich auch die Anleitung *Das Eiserner Sparen und seine Vorteile*.

Goebbels wusste aber: Mit Heroismus allein war das Volk nicht bei der Stange zu halten, es brauchte Entspannung, brauchte das Heitere, Humoristische oder Besinnliche. Auch daran war kein Mangel, es gab Bohns fröhliche Bücher, es gab die Lustige-Bücher-Reihe, und Wilhelm Pleyers *Gurkenbaum*, dessen Früchte, wie Klemperer in *LTI* schreibt, aus sehr platten sogenannten Humoresken bestanden, war ebenfalls Jahrgang 41/42. Lebenshilfe bot *Unser Tag. Sprüche zum Tageslauf*, Ausgebombte konnten sich trösten mit *Wohnen nach dem Kriege. Preisgekrönte und ausgewählte Entwürfe zu dem neuen städtischen Wohnhaus nach dem Führererlaß zur Vorbereitung des deutschen Wohnungsbaues nach dem Kriege*.

Daneben erschien noch vielerlei vom Nazigeist Durchsetztes: Historisches, Rassenkundliches, Volksgemeinschaftliches, es erschienen Fachbücher aller Art, nur eine Sparte, in der die Bücher heutzutage dutzendweise auf den Markt kommen, spielte fast überhaupt keine Rolle – das Kochbuch. Auf den ersten hundert Seiten habe ich lediglich zwei angezeigt gefunden: ein Pilzkochbuch und *Die Feldküchengerichte. Nach dem Original-Feldkochbuch des OKW*.

Erstaunlich war, dass ein derart defaitistisches Buch wie Dino Buzzatis *Im vergessenen Fort*, das in den achtziger Jahren unter dem Titel *Die Tatarenwüste* noch einmal bei Reclam in Leipzig herauskam, zu Kriegzeiten überhaupt veröffentlicht werden konnte. Denn in diesem Fort vertut ein Offizier sein ganzes Leben im Warten auf einen Feind, von dem man nicht einmal weiß, ob er überhaupt existiert. Ein paar Seiten weiter bin ich auf einen zweiten mir bekannten Autor gestoßen: Wolf Durian. In *Robber* und *Ich war im wilden Westen*, die ich beide einst gelesen habe, verbinden sich, wie es im DDR-Schriftstellerlexikon von 1975 heißt, „genaue ethnographische Schilderungen und ein feines tierpsychologisches Verständnis mit erregenden Erlebnisberichten“. Solch ein Bericht war vielleicht auch *Infanterieregiment Großdeutschland greift an*; in besagtem Lexikon werden zwar zwei Jugendbücher aus den Jahren nach 1933 erwähnt, dieses aber fehlt. Dass man in der Bundesrepublik mit der Nazivergangenheit von Autoren oft sehr rücksichtsvoll umgegangen ist, verwundert nicht; von der DDR hätte man anderes erwartet.

Etwas habe ich durch diesen Katalog auch dazugelernt: Ich hatte immer gedacht, der Maisanbau sei auf Drängen Chrustschows eingeführt worden, doch schon 1941 erschien im Reichsnährstandsverlag *Deutscher Mais. Erfahrungen und Anregungen*. Er muss aber wohl als Fremder empfunden worden sein, sonst hätte man sein Deutschtum nicht so betont. Vor Rätsel gestellt hat mich der Titel *Vergnüglicher Stellungswechsel*, mit ca. 150 Zeichnungen. Aber es geht da, wie ich dann bei ZVAB gesehen habe, um Heiteres aus dem Heeresleben.

Von den Verlagen aus jener Zeit hat kaum einer die Jahrzehnte überdauert, viele sind mit dem Ende des 3. Reichs verschwunden, andere in den Jahren danach. Was aber von der im Lande geschriebenen und veröffentlichten Literatur der frühen Vierziger oder dieser Epoche insgesamt geblieben ist, diese Frage ist schwer zu beantworten. Es war alles in allem eine Literatur, die – auf die eine oder andere Weise – Anpassung an inhumane Verhältnisse förderte. Dennoch – oder grade deswegen? – wurden Hans Leip, Agnes Miegel, Ina Seidel, alle drei vor '45 viel gedruckt und hoch geehrt, im Westen weiterhin gern gelesen und für schulbuchtuglich gehalten. Zwar hat sich, hierzulande zumindest, der größere Teil der Schreibenden auch zu anderen Zeiten mit seinem Werk den Herrschenden anzuschmiegen gesucht, im Nazireich aber war es geradezu die Regel. Als Ausnahme wären auf alle Fälle Friedo Lampes *Septembertgewitter* und *Am Rande der Nacht* zu nennen. Lampe hatte erst nach 1933 begonnen, Prosa zu veröffentlichen; *Am Rande der Nacht* wurde jedoch bald nach Erscheinen verboten, *Septembertgewitter* fand so gut wie keine Beachtung, und er selbst, einer der wenigen literarisch bedeutsamen deutschen Autoren, die damals nicht emigriert sind, ist den allermeisten ein Unbekannter geblieben.

---

# Der Fall Belle Guinness

von Frank-Rainer Schurich

Eine der schwierigsten Aufgaben für den Criminalisten in psychologischer Beziehung bleibt die Beurtheilung der Frau, weil sie nicht nur somatisch und psychisch etwas ganz Anderes ist als der Mann, sondern weil sich dieser niemals voll und ganz in das Wesen einer Frau hinein-denken kann.“ Der dies 1898 in seiner „Kriminal-Psychologie“ schrieb, war kein geringerer als der Begründer der modernen Kriminalistik Hans Gross. Sein Thema: die Kriminalität der Frau.

Über Mörderinnen auf der Bühne der Geschichte und in den Szenarien von Literatur und Kunst ist schon viel geschrieben worden, denn das Böse ist immer und überall. Herausragend das Buch von Christian Bolte und Klaus Dimmler „Schwarze Witwen und Eiserne Jungfrauen“ über die Geschichte der Mörderinnen.

Die Spektralfarben, Erscheinungsweisen und Maskierungen von Weiblichkeit und Frausein sind sehr viel schillernder, abwechslungsreicher und leuchtender, als uns herrschende Rollenklischees glauben machen wollen. Aktive Aggressionen und perverse Brutalität, todbringende Skrupellosigkeiten und absolute, visionäre Grausamkeit sind ebenso weiblich. Denn wie Frauen eindrucksvoll beweisen, stehen sie nicht jenseits der Gewalt. Und es ist eine Illusion anzunehmen, Aggressions- und Konfrontationswillen seien bloße Errungenschaften einer patriarchalischen Sozialordnung und als „männliche“ Wahnvorstellungen auslöschar.

Nach einem Nietzsche-Zitat sind die Frauen im Zustande des Hasses gefährlicher als Männer, und bekannte Kriminalautoren wie Ingrid Noll, Colin Dexter und Henning Mankell wollen uns durch ihre Romane auf die ganz alltäglichen Mordgelüste aufmerksam machen, die jeden von uns beschleichen. Dazwischen Frauen mit ihren tödlichen Schattenseiten. Immer wieder tauchen in der Kriminalgeschichte Femmes fatales auf – Frauen, die tödlich sind für den Mann. Verführerische Frauen mit Charme und Intellekt, die ihren Partnern zum Verhängnis werden. Aber nicht nur ihren Partnern.

Ein besonders spektakulärer Fall sind die Mordtaten von Belle Guinness, geboren 1859 Trondheim (Norwegen) als Brynhilde Paulstadder. Im Alter von 24 Jahren kam sie in die USA und heiratete den Chicagoer Privatdetektiv Merrel Sorenson, der aber nicht mehr lange zu leben hatte. Beide kauften sich sehr günstig eine Farm in La Porte, Indiana. 90 Tage nach dem Umzug starb er. Die Umstände seines Todes bezeichneten die Ermittler als „mysteriös“, aber bei der Obduktion konnte kein Mord nachgewiesen werden. Man fand, warum auch immer, das Arsen nicht. Belle kassierte eine Versicherungssumme in Höhe von 8500 Dollar, denn sie hatte ihren Ehemann dazu überredet, eine Lebensversicherung abzuschließen.

Als nächstes heiratete sie Peter Guinness und hieß fortan Belle Guinness. Sie wohnte auf der einsamen Farm bei La Porte, und Belle wurde eine aufrechte Mitbürgerin in der Gemeinde und ein Pfeiler der Kirche. Sie besuchte das Bezirkswaisenhaus von La Porte und adoptierte drei Säuglinge, zwei Mädchen und einen Jungen.

Aber auch diese Ehe stand unter keinem guten Stern. Belle überredete ihren Ehemann, eine hohe Lebensversicherung abzuschließen. Kurze Zeit später war er tot. Die Mörderin erzählte der eilig herbeigerufenen Polizei, dass ihm das Metzgerbeil, unter dem er gerade saß, vom Küchenbord direkt auf den erkahlenden Schädel gefallen sei. Dass wollte die Polizei zunächst nicht glauben, denn ein heruntergefallenes Beil hätte aus einer Höhe von 30 Zentimetern niemals den Schädel gespalten. Man inhaftierte Belle, aber da sie so angesehen in der Gemeinde war, so hilf- und segensreich für die Menschheit, beugten sich die Behörden.

Nachdem die Sache noch einmal gut ausgegangen war, lockte sie nun reiche Verehrer zu sich nach Hause und tötete sie dann mit einem Hackebeil. Die Leichen vergrub sie auf ihrem großen Grundstück. Die Polizei rufen, das kam überhaupt nicht mehr in Frage.

Da sie sich nun auf die Schweinemast verlegte, ließ sie eine Räucherammer mit dem nötigen Zubehör zum Schweineschlachten bauen: Fleischerhaken, ein großes Fass, ein Fleischwolf, eine Schneidemaschine sowie ein Anzahl scharfer Messer und Hackbeile. Es ist zu vermuten, dass Teile von den ermordeten Verehrern auch im Fleischwolf landeten.

Belles Mordserie endete 1908, die genauen Umstände ihres Untergangs sind aber nicht bekannt. Am 27. April 1908 stand die Guinness-Farm in Flammen, man fand vier verkohlte Leichen, eine war die einer Frau, die aber mit Sicherheit nicht Belle Guinness war. Diese Frau war viel kleiner, wog 40 Kilo weniger und hatte ein schlecht sitzendes Gebiss, während Belle gesunde und kräftige Zähne besaß. Überreste von 14 noch erkennbaren Skeletten wurden auf dem Grundstück ausgegraben beziehungsweise waren im Schweinestall versteckt, zusätzlich fand man vier Kartons mit diversen Knochen. Die Ermittlungen ergaben, dass die Kinder nicht durch den Brand umgekommen waren, sondern man ihnen vorher den Schädel eingeschlagen hatte. Woher die Frauenleiche stammte, die sie als ihre eigene auszugeben erhofft hatte, blieb ungeklärt. Klar war aber nun, dass Belle Guinness durch Mord und Brandstiftung ihre Spuren verwischen wollte. Insgesamt soll sie 42 Menschen auf ihrer Farm innerhalb von vier Jahren ermordet haben.

D. L. Champion, Autor von zahlreichen True Crime-Stories, hatte diesen Fall 1954 unter dem Titel „Die Killer-Lady“ literarisch verarbeitet. Er schreibt am Ende der Erzählung: „Der Staat Indiana setzte eine hohe Belohnung auf ihre Ergreifung aus. Jede Polizeidienststelle in den Vereinigten Staaten war informiert. Aber Belle machte sich und ihre 115 Kilo rar. Mit den Jahren dehnte sich die Suche auf Australien, Kanada, England, Europa, Mittel- und Südamerika und Afrika aus, doch niemand hat je wieder wissentlich einen Blick auf Belle Guinness geworfen. [...] Die meisten Beamten neigen zu der Annahme, dass sie ruhig und respektabel in einem Federbett starb – und nicht durch den Fleischwolf gedreht wurde.“

In vielen Abhandlungen wird immer gefragt nach dem Warum, nach den Motiven für solche Misstaten. Manche Bücher über Mörderfrauen bieten gar ein wundervolles Ambiente für den „schönen“ Mord durch das schöne Geschlecht, wie die „Berliner Verbrecherinnen“ von Michael Kirchschrager oder das schon erwähnte Buch von Bolte und Dimmler, denen deshalb das Schlusswort gehört:

„Dass zarte Frauenhände, die in Parfümerien so geschickt und kunstvoll teure Duftflakons in hübsches Geschenkpapier einpacken oder am heimischen Schreibtisch Klassenarbeiten korrigieren, zu extremen Gewalttaten instande sein können, die denen des Mannes in nichts nachstehen, sorgt auch in unseren Tagen immer wieder für besonderes Aufsehen.“

---

## Antworten

**Ursula von der Leyen, immer Schärfere** – In der Truppe gelten Sie als eine der größten Fehlbesetzungen im Amt der Bundesverteidigungsministerin. Der erbärmliche Zustand des Equipments der Bundeswehr, meinen böse Menschen – von denen wir uns vorab schon mal nachdrücklichst distanzieren! –, sei auch Ihrem seinerzeitigen Tun zu verdanken. Dafür findet man in den Archiven absolut schicke Fotos der Ministerin im Kampfdress auf irgendwelchen staubigen Äckern. Jetzt aber, jetzt, da zeigen Sie's dem Putin aber richtig! Haben Sie eigentlich noch Ihre Felddienstuniform mit diesen tollen Springerschuhen? In Brüssel würde sich das doch absolut gut machen. Uns fällt dazu nichts mehr ein.

**Gabor Steingart, aufmerksamer Beobachter** – Am Tage vor Russlands Einmarsch in die Ukraine haben Sie davor gewarnt, im Hinblick auf den russischen Präsidenten den Singular zu benutzen, denn es gäbe „mindestens zwei Putins“, womöglich gar drei.

Der erste sei „der große Europäer und Deutschlandfreund, der unser Land [...] sehr zu schätzen weiß. Dieser Putin besuchte im Jahr 2001 die wiedervereinigte Bundesrepublik und meldete sich am 25. September 2001 am Rednerpult des Deutschen Bundestages in perfektem Deutsch zu Wort“ und habe sich „als Freund des europäischen Hauses zu erkennen“ gegeben: „Wir unterstützen die europäische Integration nicht einfach nur, sondern sehen sie mit Hoffnung. Wir

tun das als ein Volk, das gute Lehren aus dem Kalten Krieg und aus der verderblichen Okkupationsideologie gezogen hat.“ Dieser Putin sei „mittlerweile spurlos verschwunden“.

Der zweite Putin hingegen habe Maß genommen „an den Amerikanern, die ihren Widersacher Osama Bin Laden auch nicht dem Rechtsstaat überstellten, sondern ihn an Ort und Stelle mit Kopfschuss niederstreckten. Der unter Vorspiegelung falscher Tatsachen erfolgte Einmarsch im Irak ist diesem Putin nicht entgangen. Dass der Westen ohne UN-Sicherheitsratsbeschluss in das zerfallende Jugoslawien seine Bomberverbände schickte, hat ihn, den Milosevic-Freund, nicht gänzlich unberührt gelassen. Was die können, denkt sich Putin II., kann ich auch.“ Und annektierte die Krim sowie unterstützte die „Volksrepubliken“ von Donezk und Luhansk.

Doch damit nicht genug: Seit vergangener Woche hat Putin III. seinen Auftritt – als „Hasardeur und Abenteurer, der seine Panzer von Donezk und Luhansk weiter in Richtung Kiew rollen lässt“.

Ihr Resümee: „Der Westen ist nicht nur teilnehmender Beobachter. Wir haben Putin I. ignoriert. Wir haben Putin II. gewähren lassen. Jetzt sind wir dabei, Putin III. zu züchten. Seine Verwandlung ist auch unser Versagen.“

D'accord.

**Choguel Kokalla Maïga, anmaßender Malinese** – Sie haben kürzlich einfach mal so ein dänisches Militärkontingent, das gerade erst gelandet war, wieder nach Hause geschickt. Mit der lächerlichen Begründung, die Dänen hielten sich illegal im Lande auf, weil sie von der malinesischen Regierung nicht gerufen wurden. Also, wer sind Sie eigentlich? Ach so, derzeitiger Premierminister des Landes. Konnten wir ja nicht wissen. Hatten Sie in Paris – besser wäre natürlich Brüssel gewesen – nachgefragt, ob Sie das überhaupt sein dürfen? Ihr von den wahren Demokratien nicht hinnehmbares Verhalten wird eigentlich nur noch getoppt von einem gewissen Assimi Goïta – man hört, der soll so etwas wie der Interimspräsident Ihre Landes sein? –, der doch allen Ernstes verlangt, dass die ausländischen Truppen in Mali künftig jede Militäraktion vorab zu melden hätten, selbst Drohneneinsätze. Das ist nun überhaupt nicht mehr tolerierbar! Es geht die Regierung Malis gar nichts an, was zum Beispiel französische Truppen unternehmen. Immerhin geht es um für Frankreich wichtige Bodenschätze wie Uran, Erdöl, Gold, Diamanten und Phosphor – Essentials der europäischen Demokratie sozusagen. Da werden Sie doch mal Ihre persönlichen Eitelkeiten zurückstellen können. Immerhin dekolonisiert Präsident Macron derzeit das Musée du quai Branly. Da fallen bestimmt auch für Mali ein paar Masken und Idole ab ... Und jetzt lassen Sie auch noch die Russen ins Land? Das geht gar nicht. Sie müssen sich nicht wundern, wenn Frankreich seine Truppen zurückzieht. Aber wir können Sie beruhigen: Die kommen wieder. Die kamen immer wieder.

**Arnold Schölzel, noch so'n Federkrieger, aber von der anderen Seite** – Immer wieder überraschen Sie uns durch verblüffende Analysen der imperialistischen Machenschaften gegen absolut friedliebende Staaten, deren Chefs nichts anderes wollen, als in den Vorgärten der Präsidentenpalais zum Wohle ihrer Völker friedlich die Blumen zu gießen. Jetzt auch wieder in der *jugen welt*: „Ihrem Umfang nach zielt die russische Operation nicht auf die gesamte Ukraine. Wenn sie deren militärische Führung lahmlegt, ist für den Frieden in Europa möglicherweise alles gewonnen.“ Wir sitzen still und staunen. Nicht die gesamte Ukraine, natürlich nicht: Nur Charkiw, Luhansk, Kiew, Cherson, Mariupol, Hostomel, die Gegend um Odessa, Tschernobyl ... Entweder haben diese fiesen Bandera-Banditen ihre militärische Führung weit gestreut – oder aber unsere Atlanten taugen nichts. Wahrscheinlich Letzteres. Die wurden auch in Verlagen und Druckereien des Westens hergestellt. Auf der Grundlage amerikanischer – Hört! Hört! – Satellitenbilder: Jetzt erwarten wir von Ihnen nur noch eine Erklärung über den humanitären Hilfseinsatz tschetschenischer Sondereinheiten ... Wir erinnern uns dunkel, dass auch die Zaren immer wieder friedensstiftende Kosakenregimenter einsetzten, wenn es seitens der regulären Einheiten zu irgendwelchen Übergriffen kam.

Haben Sie eigentlich auch so eine chique Felddienstuniform, wie sie die Frau von der Leyen mal trug? Allein der Anblick dürfte doch auch das letzte Weichei rund um den Berliner Rosa-

Luxemburg-Platz zur Hab-acht-Stellung auf die richtige Seite bringen. Aber o.k., Sie haben recht. Schießen sollen mal die anderen, unsereins schreibt. Man kann ja schließlich nicht alles selber machen!

**Claudia Pechstein, olympische Fahnenträgerin und Kufenkönigin** – Sie wissen noch nicht so genau, ob Sie nicht doch noch einmal ... Ach Frau Pechstein, Mut! Sie kennen das doch: „Es ist keine Ente / Wir spielen bis zur Rockerrente ...“ Und was der Birr kann, das können Sie doch schon lange. Der kennt Eis doch allenfalls vom zugefrorenen Müggelsee. Und gegen Altersdiskriminierung muss man konsequent vorgehen.

---

## Bemerkungen

### Vorahnung

*von Renate Hoffmann*

Noch wehen kühle Winde  
vom Fluss herauf.  
Die Wellen ziehn gelinde  
in stillem Lauf.

Noch frieren Baum und Büsche  
und dort der Schlehdornstrauch.  
Im Wasser Frosch und Fische,  
die frieren auch.

Doch an den dünnen Haaren  
vom Trauerweidenbaum,  
fast ists nicht zu gewahren,  
man glaubt es kaum –  
da sitzen grüne Knöpfchen  
und staunen in die Welt,  
als wärens schlaue Köpfchen,  
die nichts im Dunkel hält.

Die Tage werden heller,  
die Wellen wandern schneller.  
Von fern ein Flötenton.  
Ist das der Frühling schon?

### Für Kurt Eisner und Gustav Landauer

Am 21. Februar erinnerte in München der Verein „Das andere Bayern – Verein für demokratische Kultur e.V.“ daran, dass vor 103 Jahren Kurt Eisner von einem Rechtsextremisten ermordet wurde. Zugleich erneuerte der Verein seine Forderung, den Münchener Marienhof nach Eisner zu benennen. Wir unterstützen diese Forderung, halten es aber noch wie vor für zwingender, Eisner gebührend in der Kardinal-Faulhaber-Straße zu würdigen. In der fielen seinerzeit die tödlichen Schüsse. München hätte so die einmalige Gelegenheit, seine damalige Faulhaber-Entscheidung zu korrigieren. Wer sich mit der Biographie des Kardinals genauer



befasst, wird recht braun besudelt aus deren Untiefen herauskommen ... „Uns kommt es aufrichtig aus der Seele: Gott erhalte unserem Volk unseren Reichskanzler“, telegraphierte Faulhaber im Juli 1933 an Adolf Hitler. Und nach dem gescheiterten Elser-Attentat vom 8. November 1939 ordnete Faulhaber in der Frauenkirche – der Kathedralkirche des Erzbistums – ein Te Deum an, „um [...] der Göttlichen Vorsehung zu danken, daß der Führer dem verbrecherischen Anschlag, [...] glücklich entronnen ist“. Natürlich war der Mann, also der Kardinal Faulhaber, im Widerstand.

München argumentiert gegen solche Vorschläge mit dem Verweis auf eine Kurt-Eisner-Straße in Ramersdorf-Perlach, einem Stadtteil am südöstlichen Rand der bayerischen Landeshauptstadt. Ansonsten sehe man, so teilt es der Verein mit, seitens der Stadtverwaltung keinen weiteren Bedarf an Ehrungen Eisners. Man könnte allerdings die Kardinal-Faulhaber-Straße auch nach Gustav Landauer benennen. Landauer wurde am 2. Mai 1919 in München-Stadelheim von Freikorps-Söldnern auf viehische Weise umgebracht. Der Gustav-Landauer-Bogen in Schwabing-West dürfte kein Hindernis sein. Das ist eine Spielstraße.

München hat an Eisner und Landauer noch einiges gutzumachen. „In München haben wir mit der Hinrichtung des Eisner den Nachweis geliefert, daß es uns nicht an Temperament fehlt. Die Berliner werden auch dankbar anerkennen müssen, daß wir ihnen den Landauer durchgetan haben. Immerhin waren dies nur Vorspiele für größere Kuren, die wir gelobt haben für den Fall, daß sich die Beschnittenen bei uns noch einmal mausig machen. Dann geht’s aus dem Vollen.“ Das ließ ein gewisser Ludwig Thoma am 8. April 1921 im *Miesbacher Anzeiger* drucken. Aber „dr Ludwig“ ist in Bayern sakrosankt, der ist dank seiner „Lausbubengeschichten“ fast Folklore. In unserer Republik müssen wir uns über nichts wundern.

*Günter Hayn*

## **Ein Finne in Fürth spielt Folk Noir**

Roman noir und Film noir, also schwarzer Roman beziehungsweise Film, sind durchaus gängige kulturelle Gattungsbegriffe. Keine glatten „Who’s done it?“-Werke, auch die Detektive oder andere Protagonisten dürfen ohne falsche Skrupel Gewalt anwenden. Prototypisch stehen hier die Krimiwerke von Raymond Chandler oder Dashiell Hammett, wo die Grenzen zwischen Gut und Böse nicht immer trennscharf auseinanderzuhalten sind.

Der im fränkischen Fürth wohnende finnische Musiker Mäkkelä gibt seiner Musik das Etikett Folk noir, also schwarze Folkmusik. Er ist ein Musiker, der in Vor-Pandemie-Zeiten viel unterwegs war... Und höchst unterschiedliche Orte tauchen auch in seinen Liedern auf, bevölkert mit Geistern, dem Teufel oder anderen dunklen Gestalten. Die musikalischen Einspielungen der Lieder verzichten auf elektronische Zusätze oder Gimmicks, insofern darf er als klassischer Songwriter bezeichnet werden, meistens reduziert auf seine dunkle Stimme und die Gitarre, manchmal mit Gastmusikern am Cello, dem Banjo oder der Violine verstärkt.

Entstanden sind die Lieder auf dem Album „Dog & Typewriter“ in der ersten Corona-Zeit, aber es ist beileibe kein „Covid-19“-Album. Wer musikalische Vergleiche sucht, mag Ähnlichkeiten zu den Liedern von Tom Waits, Nick Cave und sogar manchen frühen Stücken von Bob Dylan erkennen.

Aber Mäkkelä ist beileibe kein Imitator, seine schaurig-schön-düster-melancholischen Begegnungen und Erlebnisse schildert er sehr authentisch.

In seinen eigenen Worten:

„Because there a these days  
When I wake up in the backseat  
Of a van or in a bed some unknown person made for me  
I can look out of the window  
I can see my planet spin  
Have a coffee or just write a song  
That’s when I know this world is mine.“

Wer weiß, vielleicht ist dieses musikalische Panoptikum der Absonderlichkeiten tatsächlich so entstanden, zum Beispiel auf dem Rücksitz eines Lieferwagens...?!  
Thomas Rürger

*Mäckelä – Dog & Typewriter, CD, 9pm Records / Broken Silence 2021, 15,00 Euro.*

## Aus anderen Quellen

In einer Pressekonferenz im Anschluss an den Austausch mit Frankreichs Präsident Emmanuel Macron am 07.02.2022 in Moskau führte der russische Präsident **Wladimir Putin** unter anderem aus: Der Westen würde „immer noch versuchen, Russland mit dem Argument zu beruhigen, die NATO sei eine friedliche und rein defensive Organisation, ein reines Verteidigungsbündnis. Die Bürger vieler Staaten haben aus eigener Erfahrung gesehen, wie wahr das ist.“ Putin betonte des Weiteren, „dass, wenn die Ukraine der NATO beitrifft und versucht, die Krim mit militärischen Mitteln zurückzuerobern, die europäischen Länder automatisch in einen militärischen Konflikt mit Russland hineingezogen werden“.

*Russia's Key Security Concerns Ignored by US, NATO, sputniknews.com, 07.02.2022. [Zum Volltext hier klicken.](#)*

\*

Vom China-Russland-Gipfel in Peking Anfang Februar war in hiesigen Qualitätsmedien inhaltlich wieder einmal so gut wie nichts zu erfahren. Das ist nicht bloß Zeichen westlicher Arroganz, sondern überschreitet quasi, da systematisch betrieben, auch die Grenze zur Desinformation. Umso verdienstvoller ist es, dass **Rainer Böhme**, Dresden, und **Blätchen-Autor Wilfried Schreiber**, Berlin, über die Schriftenreihe dgksp-dp immer wieder den Zugriff auf Schlüsseldokumente nicht nur der russisch-chinesischen Beziehungen ermöglichen. So auch im Hinblick auf das jüngste Gipfeltreffen.

*Rainer Böhme / Wilfried Schreiber (Hrsg.): Zum Gipfeltreffen Russland – China (Februar 2022). Global Governance im Diskurs (V), Dresden, Februar 2022. [Zum Volltext hier klicken.](#)*

\*

Gedanken über die innerparteiliche Widersprüchlichkeit von Bündnis 90/Die Grünen gemacht hat sich in der Senderreihe Politisches Feuilleton von *Deutschlandfunkkultur* **Tanja Dückers** und dabei unter anderem festgestellt, dass die Partei zwar seit Jahren ein Tempolimit gefordert hat, es aber jetzt, wo mitregiert wird, nicht durchsetzen – womöglich, weil man Volkspartei werden und daher breitere Wählerschichten nicht verprellen will. Und: „Auf der anderen Seite verstehen viele WählerInnen nicht den identitätspolitischen zeitgeistigen Sprech aus *Body Positivity* und *Against Fat Shaming*, für den Ricarda Lang nach Ansicht der Grünen stehen soll.“ Dückers bezweifelt, „ob es ein geschickter Schachzug war, eine junge Studienabbrecherin wie die 28-jährige Lang gleich zur Co-Parteivorsitzenden zu machen“.

*Tanja Dückers: Eine Regierungspartei ist kein Nischenverein, deutschlandfunkkultur.de, 16.02.2022. [Zur Audiowiedergabe hier klicken.](#)*

\*

Palantir ist ein US-Unternehmen der besonderen Art, wie schon vor Jahren der Wirtschaftswoche zu entnehmen war: „Niemand ist besser als Palantir darin, Daten zu analysieren, Spuren zu folgen, Menschen aufzuspüren. Das sagen jedenfalls die Geheimdienste, für die das Unternehmen arbeitet.“ Und DIE WELT präzisierte seinerzeit, Palantir sei einer „der wichtigsten Technologiezulieferer der US-Geheimdienste“. Der Mann hinter Palantir heißt Peter Thiel und ist ein deutschstämmiger Selbmademilliardär – ebenfalls der besonderen Art. Mit ihm hat sich **Jan Böhmermann** eingehender beschäftigt. Unter der Fragestellung: „Ewiges Leben & Weltherrschaft – wer ist Peter Thiel, der künftige Chef von Österreich in Ungnade gefallenem Ex-Kanzler Sebastian Kurz?“ *ZDF Magazin Royale, zdf.de, 11.02.2022. [Zur Videowiedergabe hier klicken.](#)*

## Diktatur Brüning von Leo Trotzki

Das XI. EKKI-Plenum fand sich bemüht, mit jenen fehlerhaften Auffassungen Schluß zu machen, die sich stützen auf die „liberale Konstruktion eines Gegensatzes zwischen Fascismus und bürgerlicher Demokratie, wie auch zwischen den parlamentarischen Formen der bürgerlichen Diktatur und den offen fascistischen Formen ...“ Der Wesenskern dieser Stalinschen Philosophie ist sehr einfach: aus der marxistischen Verneinung eines absoluten Gegensatzes leitet sie die Verneinung des Gegensatzes überhaupt ab, und sei er auch relativ. Es ist dies ein typischer Fehler des Vulgärradikalismus. Wenn aber zwischen Demokratie und Fascismus keinerlei Gegensatz besteht, nicht einmal auf dem Gebiete der bürgerlichen Herrschaftsformen, müssen beide Regimes einfach miteinander zusammenfallen. Die Schlußfolgerung: Sozialdemokratie-Fascismus. Aus irgend einem Grunde nennt man indessen die Sozialdemokratie Sozial-Fascismus. Was in diesem Zusammenhange „Sozial“ eigentlich bedeutet, hat man uns bis jetzt immerhin nicht erklärt. Metaphysiker (antidialektisch denkende Menschen) haben für ein und dieselbe Abstraktion zwei, drei und mehrere, oft vollständig einander widersprechende Bestimmungen. „Demokratie“ überhaupt und „Fascismus“ überhaupt unterscheiden sich, wie wir gehört haben, durch nichts voneinander. Dafür muß es aber auf der Welt noch eine „Diktatur der Arbeiter und Bauern“ (für China, Indien, Spanien) geben. Eine proletarische Diktatur? Nein! Eine kapitalistische Diktatur? Nein! Also welcher Art? Demokratisch! Es zeigt sich, daß noch eine reine, über den Klassen stehende Diktatur auf der Welt besteht. Aber das XI. EKKI-Plenum hat doch erklärt, daß sich Demokratie und Fascismus voneinander nicht unterscheiden. Unterscheidet sich also die „demokratische Diktatur“ von ... fascistischer Diktatur?

Nur ein völlig naiver Mensch wird von den Stalinisten die ernste und ehrliche Beantwortung dieser prinzipiellen Frage erwarten: ein Übriges an Schmähungen — das ist alles. Indessen ist mit dieser Frage das Geschick der Revolutionen des Ostens verbunden.

Allein die Natur der Dinge wechselt nicht mit den Beschlüssen des EKKI-Plenums. Zwischen Demokratie und Fascismus besteht ein Gegensatz. Er ist durchaus nicht „absolut“ oder, um in der Sprache des Marxismus zu reden, bezeichnet durchaus nicht die Herrschaft zweier unversöhnlicher Klassen. Aber er kennzeichnet verschiedene Herrschaftssysteme ein und derselben Klasse. Diese beiden Systeme: das parlamentarisch-demokratische und das fascistische stützen sich auf verschiedene Kombinationen der unterdrückten und ausgebeuteten Klassen und geraten miteinander unvermeidlich in schroffe Zusammenstöße.

Die Sozialdemokratie, jetzt Hauptvertreterin des parlamentarisch-bürgerlichen Regimes, stützt sich auf die Arbeiter, der Fascismus auf das Kleinbürgertum. Die Sozialdemo-

kratie kann ohne Massenorganisationen der Arbeiter keinen Einfluß ausüben, der Fascismus seine Macht nicht anders befestigen als durch Zerschlagung der Arbeiterorganisationen. Hauptarena der Sozialdemokratie ist das Parlament. Das System des Fascismus bedingt die Vernichtung des Parlamentarismus. Für die monopolistische Bourgeoisie stellen parlamentarisches und fascistisches System bloß verschiedene Werkzeuge ihrer Herrschaft dar: sie nimmt zu diesem oder jenem Zuflucht, je nach den historischen Bedingungen. Jedoch für die Sozialdemokratie wie für den Fascismus ist die Wahl des einen oder des andern Werkzeugs von selbständiger Bedeutung, noch mehr: die Frage ihres politischen Lebens oder Todes.

Die Reihe ist ans fascistische Regime gekommen, sobald die „normalen“ militärisch-polizeilichen Mittel der bürgerlichen Diktatur mitsamt ihrer parlamentarischen Hülle für das gesellschaftliche Gleichgewicht nicht mehr ausreichen. Durch die fascistische Agentur setzt das Kapital die Massen des verdummtten Kleinbürgertums in Bewegung, die Banden deklassierter, demoralisierter Lumpenproletarier und all die zahllosen Menschenexistenzen, die das gleiche Finanzkapital in Verzweiflung und Elend gestürzt hat. Vom Fascismus fordert die Bourgeoisie ganze Arbeit: hat sie einmal die Methoden des Bürgerkriegs zugelassen, will sie für lange Jahre Ruhe haben. Und die fascistische Agentur, die das Kleinbürgertum als Prellbock benutzt und alle Hemmnisse aus dem Wege räumt, leistet die Arbeit bis zum Ende. Der Sieg des Fascismus führt dazu, daß das Finanzkapital direkt und unmittelbar alle Organe und Einrichtungen der Herrschaft, Verwaltung und Erziehung in stählerne Zangen zwängt: Staatsapparat und Armee, Gemeindeverwaltungen, Universitäten, Schulen, Presse, Gewerkschaften, Genossenschaften. Die Fascisierung des Staates bedeutet nicht nur Mussolinisierung der Verwaltungsformen und -griffe — auf diesem Gebiete sind die Veränderungen schließlich von zweitrangigem Charakter — sondern vor allem und hauptsächlich: Zertrümmerung der Arbeiterorganisationen, Zurückwerfung des Proletariats in amorphen Zustand, Schaffung eines Systems tief in die Massen dringender Organe, die die selbständige Kristallisierung des Proletariats unterbinden sollen. Eben darin besteht das Wesen des fascistischen Regimes.

Dem Gesagten widerspricht in keiner Weise die Tatsache, daß sich zwischen demokratischem und fascistischem Regime während einer gewissen Periode ein Übergangsregime herausbildet, das Züge des einen und des andern in sich vermennt: dies ist überhaupt das Gesetz der Ablösung zweier sozialer Regimes, selbst unversöhnlich miteinander verfeindeter. Es gibt Augenblicke, wo sich die Bourgeoisie sowohl auf die Sozialdemokratie als auch auf den Fascismus stützt, das heißt, sich zu gleicher Zeit ihrer versöhnlicheren und ihrer terroristischen Agentur bedient. So in gewissem Sinne die Kerenski-Regierung während der letzten Monate ihrer Existenz: halb stützte sie sich auf die Sowjets, um gleichzeitig eine Verschwörung mit Kornilow einzugehen. So die Brüning-Regierung, die auf einem Seile zwischen den beiden unversöhnlichen Lagern tanzt, den Stab

der Notverordnungen in den Händen. Doch ein derartiger Zustand von Staat und Regierung hat vorübergehenden Charakter. Er bezeichnet die Übergangsperiode, wo die Sozialdemokratie bereits der Erschöpfung ihrer Mission nahe ist, während zu gleicher Zeit sowohl Kommunismus als auch Fascismus noch nicht für die Machteroberung bereit sind.

Die italienischen Kommunisten, die sich schon lange mit dem Fascismus hatten beschäftigen müssen, protestierten mehr als einmal gegen den so vorbereiteten Mißbrauch mit diesem Begriff. Zur Zeit des VI. Kongresses der Komintern entwickelte Ercoli immer noch Ansichten über den Fascismus, die jetzt als „trozkistisch“ bezeichnet werden. Nachdem er den Fascismus als konsequentestes und bis zu Ende geführtes System der Reaktion definiert hatte, erläuterte Ercoli: „Diese Behauptung stützt sich nicht auf die grausamen Terrorakte, nicht auf die große Zahl der ermordeten Arbeiter und Bauern, nicht auf die Roheit der reichlich ungewandten Folterungsarten, nicht auf die Härte der Aburteilungen; sie ist begründet durch die systematische Vernichtung aller und jeglicher Formen selbständiger Massenorganisationen.“ Ercoli hat hier voll auf recht: Wesen und Bestimmung des Fascismus bestehen in der vollständigen Aufhebung der Arbeiterorganisationen und in der Verhinderung ihrer Entstehung. In der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft ist dieses Ziel durch bloße Polizeimaßnahmen nicht zu erreichen. Der einzige Weg dazu ist, dem Druck des Proletariats — im Augenblick seiner Schwächung — den Druck der verzweifelten kleinbürgerlichen Massen gegenüberzustellen. Eben dieses besondere System kapitalistischer Reaktion ist in die Geschichte unter dem Namen Fascismus eingegangen.

„Die Frage der Beziehungen, die zwischen Fascismus und Sozialdemokratie bestehen,“ schreibt Ercoli, „gehört ins gleiche Gebiet (der Unversöhnlichkeit zwischen Fascismus und Arbeiterorganisationen). In dieser Hinsicht unterscheidet sich der Fascismus kraß von allen übrigen reaktionären Regimen, die sich gegenwärtig in der modernen kapitalistischen Welt befestigt haben. Er verwirft jegliches Kompromiß mit der Sozialdemokratie, hat sie wütend verfolgt, aller legalen Existenzmöglichkeiten beraubt, sie zur Emigration gezwungen.“

So lautete ein im leitenden Organ der Komintern abgedruckter Artikel! Danach hat Manuilski dem Molotow die große Idee der „Dritten Periode“ eingegeben. Frankreich, Deutschland und Polen wurden in die „erste Reihe der revolutionären Offensive“ abkommandiert, zur unmittelbaren Aufgabe wurde die Machteroberung erklärt. Da aber vor dem Antlitz des proletarischen Aufstands alle Parteien außer der kommunistischen konterrevolutionär sind, bestand keine Notwendigkeit mehr, zwischen Fascismus und Sozialdemokratie zu unterscheiden. Die Theorie vom Sozialfascismus wurde eingeführt. Die Beamten der Komintern rüsteten um. Ercoli eilte zu beweisen, daß ihm die Wahrheit teuer sei, Molotow aber noch teurer, und . . . er schrieb ein Referat zur Verteidigung der Theorie des Sozialfascismus. „Die italienische Sozialdemokratie“, er

klärte er im Februar 1930, „fascisiert sich äußerst leicht.“ Aber ach, noch leichter servilisieren sich die Funktionäre des offiziellen Kommunismus...

Unsre Kritik an Theorie und Praxis der „Dritten Periode“ erklärte man gebühlich für konterrevolutionär. Die grausame Erfahrung, die das Proletariat teuer zu stehen kam, erzwang allerdings auch auf diesem Gebiet eine Wendung. Die „Dritte Periode“ ward in Rußland versetzt, sowie Molotow selbst — aus der Komintern. Die Theorie des Sozialfascismus indes blieb als einzige reife Frucht der „Dritten Periode“. Hier kann es Abänderungen nicht geben; mit der „Dritten Periode“ hat sich nur Molotow engagiert; im Sozialfascismus hat Stalin selbst sich verstrickt.

Als Leitmotiv für ihre Forschungen über den Sozialfascismus hat ‚Die Rote Fahne‘ Stalins Worte erkoren: „Der Fascismus ist eine Kampforganisation der Bourgeoisie, die sich auf die aktive Unterstützung der Sozialdemokratie stützt. Die Sozialdemokratie ist objektiv der gemäßigte Flügel des Fascismus.“ Wie bei Stalin üblich, sobald er zu verallgemeinern versucht, widerspricht der erste Satz dem zweiten. Daß die Bourgeoisie sich auf die Sozialdemokratie stützt und der Fascismus eine Kampforganisation der Bourgeoisie darstellt, ist unbestreitbar und schon lange vorher gesagt worden. Doch daraus erhellt nur, daß Sozialdemokratie ebenso wie Fascismus Werkzeuge der Großbourgeoisie sind. Wie dabei die Sozialdemokratie überdies noch den „Flügel“ des Fascismus bildet, ist nicht zu verstehen. Auch die zweite Feststellung des gleichen Autors ist nicht viel tiefsinniger: Fascismus und Sozialdemokratie sind nicht Gegner sondern Zwillinge. Zwillinge können erbitterte Gegner sein; andererseits müssen Verbündete keinesfalls am gleichen Tage von einer gemeinsamen Mutter geboren sein. Stalins Konstruktion gebriecht es selbst an formaler Logik, von Dialektik nicht zu reden. Die Kraft dieser Konstruktion besteht darin, daß niemand ihr widersprechen darf. Zwischen Demokratie und Fascismus besteht kein Unterschied im „Klasseninhalt“, lehrt nach Stalin Werner Hirsch (‚Die Internationale‘, Januar 1932). Der Übergang von Demokratie zu Fascismus kann den Charakter eines „organischen Prozesses“ annehmen, das heißt, „allmählich und auf kaltem Wege“ sich vollziehen. Diese Erwägung würde verblüffend klingen, hätte uns das Epigonentum nicht abgewöhnt, uns verblüffen zu lassen.

Zwischen Demokratie und Fascismus besteht kein „Klassenunterschied“. Das soll offenbar bedeuten, daß die Demokratie bürgerlichen Charakters ist wie der Fascismus. Das haben wir auch schon vor dem Januar 1932 gewußt. Indes lebt die herrschende Klasse nicht im luftleeren Raum. Sie steht in bestimmten Beziehungen zu den übrigen Klassen. Im „demokratischen“ Regime der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft stützt sich die Bourgeoisie vor allem auf die von den Reformisten im Zaum gehaltene Arbeiterklasse. Am vollendetsten kommt dieses System in England zum Ausdruck, bei der labouristischen wie bei der konservativen Regierung. Unter dem

fascistischen Regime zumindestens während seines ersten Stadiums stützt sich das Kapital auf das Kleinbürgertum, das die Organisationen des Proletariats vernichtet. So Italien. Besteht ein Unterschied im „Klasseninhalt“ dieser beiden Regimes? Stellt man lediglich die Frage nach der herrschenden Klasse, so ist kein Unterschied vorhanden. Nimmt man Lage und Wechselbeziehungen aller Klassen unter dem Gesichtswinkel des Proletariats, erweist sich ein durchaus großer Unterschied.

Im Laufe vieler Jahrzehnte haben die Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Demokratie, unter deren Ausnutzung und im Kampf mit ihr, eigne Festungen, eigne Basen, eigne Herde der proletarischen Demokratie gebaut: Gewerkschaften, Parteien, Bildungsclubs, Sportorganisationen, Genossenschaften etcetera. Das Proletariat kann zur Macht nicht im formellen Rahmen der bürgerlichen Demokratie gelangen sondern nur auf revolutionärem Wege; das ist durch Theorie und Praxis gleichermaßen erwiesen. Aber gerade für den revolutionären Weg benötigt es die Stützpunkte der Arbeiterdemokratie innerhalb des bürgerlichen Staates. Auf die Schaffung solcher Punkte lief ja die Arbeit der Zweiten Internationale in jener Epoche hinaus, da sie noch eine progressive historische Arbeit versah.

Der Fascismus hat zur grundlegenden und einzigen Bestimmung: bis aufs Fundament alle Einrichtungen der proletarischen Demokratie zu zerstören. Hat dies für das Proletariat einen „Klassensinn“ oder nicht? Mögen die hohen Theoretiker darüber nachdenken. Während er das Regime bürgerlich nennt — was unbestreitbar ist — vergißt Hirsch gleich seinen Lehrmeistern eine Kleinigkeit: den Platz des Proletariats in diesem Regime. Den historischen Prozeß ersetzen sie durch eine nackte soziologische Abstraktion. Der Klassenkampf jedoch wird auf dem Erdball der Geschichte geführt und nicht in der Stratosphäre der Soziologie. Der Ausgangspunkt des Kampfes mit dem Fascismus wird nicht durch die Abstraktion des demokratischen Staates, sondern durch die lebendigen Organisationen des Proletariats selbst gebildet, in denen seine ganze Erfahrung konzentriert ist und seine Zukunft vorbereitet wird.

Daß der Übergang von Demokratie zu Fascismus „organischen“ und „allmählichen“ Charakter haben kann, bedeutet offenbar nichts anderes, als daß man dem Proletariat nicht nur alle materiellen Eroberungen — ein bestimmtes Lebensniveau, soziale Gesetzgebung, bürgerliche und politische Rechte — sondern auch die Hauptwaffe dieser Eroberungen, seine Organisationen ohne Erschütterungen und ohne Kampf abnehmen kann. Unter Übergang zum Fascismus „auf kaltem Wege“ wird somit die schrecklichste politische Kapitulation des Proletariats verstanden, die man sich überhaupt vorzustellen vermag.

Die theoretischen Erwägungen von Werner Hirsch sind nicht zufällig; während sie Stalins theoretische Orakel weiterentwickeln, verallgemeinern sie gleichzeitig die gesamte gegenwärtige Agitation der Kommunistischen Partei. Ihr hauptsächlichstes Bestreben ist ja gegenwärtig auf den Beweis gerichtet: zwischen Brüningregime und Hitlerregime besteht ke-

Unterschied. Darin sehen augenblicklich Thälmann und Remmele die Quintessenz der bolschewistischen Politik.

Die Sache beschränkt sich nicht bloß auf Deutschland. Die Idee, der Sieg des Fascismus werde nichts Neues bringen, wird jetzt eifrig in allen Sektionen der Komintern propagiert. Im Januarheft der französischen Zeitschrift 'Cahiers du Bolchevisme' lesen wir: „Die Trotzlisten, die in der Praxis wie Breitscheid handeln, übernehmen jetzt die berühmte Theorie der Sozialdemokratie vom kleinern Übel, nach der Brüning nicht so schlecht sei wie Hitler, nach der unter Brüning Hungers zu sterben weniger unangenehm sei als unter Hitler und unendlich vorteilhafter, von Groener erschossen zu werden, als von Frick.“ Dieses Zitat ist nicht das dümmste, obwohl — man muß Gerechtigkeit üben — dumm genug. Doch drückt es leider die politische Philosophie der Kominternführer aus.

Die Ursache liegt darin, daß die Stalinisten die beiden Regimes unter dem Gesichtswinkel der Vulgärdemokratie vergleichen. In der Tat, geht man an das Brüningregime mit formal-„demokratischen“ Kriterien heran, ergibt sich der unwiderlegbare Schluß: von der stolzen Weimarer Verfassung sind nichts als Haut und Knochen geblieben. Doch für uns entscheidet das die Frage noch nicht. Man muß sie vom Standpunkt der proletarischen Demokratie betrachten. Dies ist das einzig verlässliche Kriterium auch für die Frage, wo und wann die „normale“ Polizeireaktion des verfaulenden Kapitalismus durch das fascistische Regime ersetzt wird.

Ob Brüning „besser“ ist als Hitler (etwa sympathischer?), diese Frage interessiert uns, wir müssen gestehen, wenig. Es genügt aber die Liste der Arbeiterorganisationen, um zu sagen: in Deutschland hat der Fascismus noch nicht gesiegt. Noch stehen gigantische Hindernisse und Kräfte auf dem Weg zu seinem Sieg.

Das gegenwärtige Brüningregime ist das Regime einer bürokratischen Diktatur, besser: der mit militärisch-polizeilichen Mitteln verwirklichten Diktatur der Bourgeoisie. Das fascistische Kleinbürgertum und die proletarische Avantgarde halten einander gleichsam die Wagschale. Wären die Arbeiterorganisationen durch Sowjets vereinigt, würden die Betriebsräte um Produktionskontrolle kämpfen — könnte man von Doppelherrschaft sprechen. Durch die Zerstückelung des Proletariats und die taktische Hilflosigkeit seiner Avantgarde ist dem noch nicht so. Jedoch allein die Tatsache, daß machtvolle Arbeiterorganisationen vorhanden sind, die unter bestimmten Bedingungen dem Fascismus vernichtenden Widerstand leisten können, hält Hitler von der Macht ab und verleiht dem bürokratischen Apparat eine gewisse „Unabhängigkeit“.

Die Brüningdiktatur ist eine Karikatur auf den Bonapartismus. Diese Diktatur ist unbeständig, unsicher, kurzlebig. Sie bedeutet nicht den Beginn eines neuen sozialen Gleichgewichts, sondern kündigt vielmehr den Zusammenbruch des alten an. Unmittelbar auf eine nur geringfügige bürgerliche Minderheit gestützt, von der Sozialdemokratie gegen den Willen der



Arbeiter toleriert, bedroht vom Fascismus, ist Brüning zu Verordnungsdonnern fähig, nicht aber zu realern. Das Parlament mit dessen eigener Zustimmung nach Hause schicken, einige Verordnungen gegen die Arbeiter erlassen, den Weihnachts-Burgfrieden dekretieren, um unter dessen Hülle einige Bescherungen vorzunehmen, einhundert Versammlungen auflösen, ein Dutzend Zeitungen konfiszieren, mit Hitler Briefe, würdig eines Provinzapotheekers, wechseln — das ist alles, wozu es bei Brüning langt. Weiter reicht sein Arm nicht.

Brüning ist genötigt, das Bestehen der Arbeiterorganisationen zu dulden, weil er nicht heute schon Hitler die Macht zu übergeben gewillt ist, und weil er nicht selbständige Kräfte zu ihrer Liquidierung besitzt. Brüning ist genötigt, die Fascisten zu tolerieren und zu begünstigen, weil er den Sieg der Arbeiter auf den Tod fürchtet. Das Brüningregime ist ein Übergangregime von kurzer Dauer, das der Katastrophe vorausgeht. Die gegenwärtige Regierung kann sich nur deshalb halten, weil die Hauptlager noch nicht dazu gekommen sind, die Kräfte zu messen. Der richtige Kampf hat noch nicht begonnen. Er steht noch bevor. Die Pause bis zum Kampf, bis zu dem Zeitpunkt, wo sich die Kräfte offen messen werden, füllt die Diktatur der bürokratischen Ohnmacht aus.

Die Weisen, die sich dessen rühmen, daß sie keinen Unterschied „zwischen Brüning und Hitler“ kennen, sagen in Wirklichkeit: ob unsre Organisationen noch bestehen oder ob sie bereits zertrümmert sind, ist ohne Bedeutung. Hinter dieser scheinradikalen Phraseologie versteckt sich die niederträchtigste Passivität: einer Niederlage können wir doch nicht entgehen! Man lese nur aufmerksam das Zitat aus der Zeitschrift der französischen Stalinisten: das ganze Problem läuft darauf hinaus, unter wem es sich besser hungern läßt — unter Brüning oder unter Hitler. Wir aber stellen die Frage nicht so: wie und unter welchen Bedingungen läßt sich besser sterben, sondern: wie müssen wir kämpfen und siegen. Unsre Schlußfolgerung ist: die Generalschlacht muß geliefert werden, bevor Brünings bürokratische Diktatur vom fascistischen Regime abgelöst wird, das heißt, bevor die Arbeiterorganisationen vernichtet sind. Auf die Generalschlacht muß man sich vorbereiten, in dem lokale Kämpfe weitergetrieben, verbreitet und verschärft werden. Dazu muß man im Besitze einer richtigen Perspektive sein und vor allem: man darf nicht als Sieger den Feind proklamieren, der vom Siege noch weit entfernt ist.

Hier ist der Kern der Frage, hier ist der strategische Schlüssel zur Lage, hier ist der Ausgangspunkt für den Kampf. Jeder denkende Arbeiter, und um so mehr jeder Kommunist, ist verpflichtet, sich Rechenschaft abzulegen über die ganze Leere, die ganze Nichtigkeit des faulen Geredes von Stalins Bureaucratie, Brüning und Hitler seien ein und dasselbe. Das heißt die Dinge verwirren. Schändlich verwirren aus Angst vor den Schwierigkeiten, aus Angst vor den großen Aufgaben. Antworten wir ihnen. Ihr kapituliert, ohne den Kampf aufgenommen zu haben, ihr erklärt, wir hätten bereits eine Niederlage erlitten. Ihr lügt! Die Arbeiterklasse ist gespalten,

geschwächt durch die Reformisten, desorientiert durch die Schwankungen der eignen Avantgarde, aber noch nicht geschlagen, ihre Kräfte sind nicht erschöpft. Nein, Deutschlands Proletariat ist mächtig. Die optimistischsten Berechnungen werden gewaltig übertroffen werden, wenn seine revolutionäre Energie sich den Weg in die Arena der Aktion gebahnt haben wird.

Brünings Regime ist ein Regime der Vorbereitung. Wofür? Entweder für den Sieg des Fascismus oder für den Sieg des Proletariats. Es ist ein Vorbereitungsregime aus dem Grunde, weil beide Lager sich auf den entscheidenden Kampf erst vorbereiten. Brüning mit Hitler zu identifizieren bedeutet, die Situation vor dem Kampfe mit der Situation nach der Niederlage zu identifizieren; bedeutet, im voraus die Niederlage als unvermeidlich zu betrachten; bedeutet die Aufforderung, ohne Kampf zu kapitulieren.

Die erdrückende Mehrheit der Arbeiter, besonders der Kommunisten, will das nicht. Auch die Stalin-Bureaukratie will es natürlich nicht. Doch man muß nicht von den guten Aussichten ausgehen, mit denen Hitler die Straßen seiner Hölle pflastert, sondern von dem objektiven Sinn der Politik, ihrer Richtung, ihren Tendenzen. Es ist notwendig, den passiven, ängstlich abwartenden, kapitulationsbereiten, deklamatorischen Charakter der Politik Stalin-Manuilski-Thälmann-Remmele zu entlarven! Es ist notwendig, daß die revolutionären Arbeiter begreifen: der Schlüssel zur Position ist bei der Kommunistischen Partei; aber mit diesem Schlüssel versucht die Bureaukratie Stalins, das Tor zur revolutionären Tat zu verschließen.

---

Die Weltbühne, Nr. 9/1932.

# DAS BLÄTTCHEN

Zweiwochenschrift für Politik – Kunst – Wirtschaft  
Erscheinungsweise: online  
<https://das-blaettchen.de>

Herausgeber:  
Wolfgang Sabath †  
und der Freundeskreis des Blättchens

Redaktion:  
Margit van Ham  
Wolfgang Brauer  
Detlef-Diethard Pries  
Wolfgang Schwarz (V.i.S.d.P.)  
Telefon: 0178 . 629 70 61  
E-Mail: [redaktion@das-blaettchen.de](mailto:redaktion@das-blaettchen.de)

## **Hinweis für Autoren:**

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein.  
Ein Veröffentlichungsanspruch besteht nicht.

Es werden keine Honorare gezahlt.

Manuskripte bitte nur in elektronischer Form und aktueller Rechtschreibung.  
Es wird gebeten, in den Texten von Fußnoten und der Verwendung von Links abzusehen.

## **Soli-Konto:**

Wolfgang Schwarz  
IBAN: DE43 1203 0000 1011 4525 03  
BIC: BYLADEM1001  
Zweck: Blättchen-Online

Redakteur dieser Ausgabe: Wolfgang Brauer  
Redaktionsschluss: 27. Februar 2022

---